

Stadt Mülheim an der Ruhr
Stabsstelle Sozialplanung und Statistik

KOMMUNALE PLANUNG
FÜR ALTER UND PFLEGE 2023
Gelingende
Lebensbedingungen
für ältere Menschen
in Mülheim an der Ruhr



Die „Kommunale Planung für Alter und Pflege 2023“ wurde erarbeitet von

Jörg Marx, Dez. V, Stabsstelle Sozialplanung und Statistik

Redaktionelle Mitwirkung:

Thomas Konietzka, Leitung Sozialamt

Birgit Mohr, Stab Projekte und Prozesse, Sozialamt

Ulrike Bourguignon, Dez. V, Stabsstelle Sozialplanung und Statistik

Marcus Sprenger, Dez. V, Stabsstelle Sozialplanung und Statistik

Kommunale Planung für Alter und Pflege 2023 in Mülheim an der Ruhr

Inhaltsverzeichnis

Gelingende Lebensbedingungen für ältere Menschen in Mülheim an der Ruhr	1
Vorwort	1
Zielsetzung der Planung	5
Bevölkerungsentwicklung	7
A Lebenslagen älterer Menschen	12
1. Materielle Versorgung	12
1.1 Grundsicherung	13
1.2 Wohngeldbezug	17
2. Wohnen	20
2.1 Qualität des Wohnens	20
2.2 Alleinlebend - Verhinderung von Isolation und Einsamkeit	23
3. Pflege	26
3.1 Die Lebenslagen der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner während der Pandemie	28
3.2 Die Lebenslagen der ambulant versorgten Menschen während der Pandemie	29
3.3 Pflegende Angehörige	30
4. Die Besonderheit der „Babyboomer“ (Exkurs)	33
5. Handlungsauftrag	35
B Gelingende Lebensbedingungen im Alter	37
1. Vorbemerkung	37
2. Seelische Gesundheit	40
3. Gutes Leben im Quartier - das Engagement der Wohnungsunternehmen	42
4. Hilfen aus einer Hand - Die kommunale Senioren- und Wohnberatung als wichtige Ansprechpartnerin für ältere Bürgerinnen und Bürger und ihre Angehörigen	44
a. Seniorenberatung	45
b. Wohnberatung	45
c. Netzwerkarbeit	46

5. Anders wohnen – Alternative Wohnformen in Mülheim an der Ruhr	50
6. Hilfe und Unterstützung im Haushalt - <i>Nah&Fair</i>[®] - Kooperationsgemeinschaft haushaltsnaher Dienstleister	53
7. Gesellschaftliche Teilhabe - Stätten der Begegnung als verlässliche Anlaufstellen	55
8. Sicherheit, Mobilität und (digitale) Information und Teilhabe	56
8.1 Sicherheit	56
8.2 Mobilität	56
8.3 Information	57
8.4 Digitalisierung im Alter	59
9. Angebotsübersicht zu den vorhandenen Versorgungseinrichtungen und Begegnungsstätten	62
9.2 Tagespflege	63
9.3 Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Bewohner	64
9.4 Ambulante Dienste	66
9.5 Wohnen mit Service	68
9.6 Stätten der Begegnung	69
C Entwicklung eines Unterstützungsnetzwerkes	71
1. Vorgeschichte	71
2. Projektauftrag	73
3. Projektskizze (Kurzfassung)	73
4. Ziele des nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzwerkes	84

Gelingende Lebensbedingungen für ältere Menschen in Mülheim an der Ruhr

Vorwort

Was macht ein gutes Leben im Alter aus?

Welche Bedingungen braucht es für ein gelingendes und zufriedenes Leben im Alter?

Was können wir als Gemeinschaft dazu beitragen, dass die Menschen in unserer Stadt auch dann noch ein selbstbestimmtes Leben führen können, wenn sie älter oder bereits hochaltrig sind?

Mit diesen und anderen Fragen befassten sich die Teilnehmenden der Jahresfachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) am 27. und 28. September 2022 in der Stadt Regensburg. Die Tagung stand unter dem Thema „Für ein gutes Leben im Alter – Mit Seniorenbüros kommunal gestalten“. Peter Stawenow aus Berlin, der ehrenamtlich im Vorstand der BaS engagiert ist, sprach in seinem Beitrag über die Einführung eines erstmalig auf Landesebene geschaffenen Altenhilfestrukturegesetzes für das Land Berlin, an dem er selbst mitwirken konnte.

Er sagte in seinem Vortrag:

„Wenn wir aus der Sicht vom älteren Menschen ausgehen, dann subsumiert sich gutes Leben im Alter im engeren wie im weiteren Sinne unter 10 Begriffen mit dem Anfangsbuchstaben „B“, die zum „Erkennungszeichen“ dieses Gesetzes werden könnten.

Grundlage für die Leistungsbeschreibung bildeten die Begriffe des Absatz 2 des §71 SGB XII.

Die Begriffe sind (unabhängig von der Reihenfolge oder Wertigkeit aufgestellt):

Betätigung – reicht vom Ehrenamt bis zum Hinzuverdienst zur Rente

(Be)wohnen – reicht von Wohnraumanpassung bis zum Wohnumfeld/Kiez

Beratung – reicht von Telefonauskunft bis zur Rechtsberatung durch Anwälte

Betreuung – reicht von nachbarschaftlicher Hilfe bis zum Hospiz

Begegnung – reicht vom Treffen auf der Straße bis zur Berliner Seniorenwoche

Bildung – reicht vom Museumsbesuch bis zur Volkshochschule/Seniorenuniversität

Bewegung - reicht vom Kiezspaziergang bis zum ÖPNV

Beteiligung – reicht von Befragung bis zu den Landesseniorenmitwirkungs-gremien

Bedienungsfreundlichkeit – reicht von online Banking bis zum Fahrkarten-automaten

Beköstigung – reicht von der Selbstversorgung bis zur Fremdversorgung in Einrichtungen

Für alle Bereiche gilt der Begriff **Barrierefreiheit**.

Zu berücksichtigen ist der Begriff **Bedürftigkeit**.“

Gelingt es uns in Mülheim an der Ruhr, das Älterwerden als Chance zu begreifen und die Lebensbedingungen älterer Menschen so positiv zu beeinflussen und zu gestalten, dass diese Bedingungen erfüllt werden?

Die vorliegende Planung will hierzu Antworten und Hinweise geben, wie es gelingen kann, dass Menschen im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können und so lange wie möglich unabhängig von fremder Hilfe und staatlicher Unterstützung bleiben. Sie wird aufzeigen, dass diese Bedingungen auch dann erfüllt sein müssen, wenn Menschen aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen sind.

Seit der letzten Kommunalen Planung für Alter und Pflege im Jahr 2019 ereigneten sich mit dem Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 für viele Menschen eklatante und unerwartete Veränderungen in ihrem Leben. Hiervon betroffen waren in besonderem Maße Menschen mit Hilfebedarf. Die Notwendigkeit, schnell und unbürokratisch diese Hilfen zur Verfügung zu stellen, Menschen nicht in Isolation und Einsamkeit zurückzulassen, führte bereits im März 2020 in Mülheim an der Ruhr zu einer Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität. Dem Aufruf, sich zu Beginn der Pandemie zivilgesellschaftlich zu engagieren, kamen mehr Menschen nach, als die Organisatoren in Hilfsorganisationen, im Centrum für bürgerschaftliches Engagement, bei der Berufsfeuerwehr und in der Stadtverwaltung sich hätten träumen lassen. Laut der begleitenden Statistik der Berufsfeuerwehr wurden von März bis September 2020 mehr als 5.000 Hilfeleistungen von mehr als 20 Organisationen, karitativen und privat organisierten Gruppen erbracht. Es zeigte sich, dass wir in Mülheim an der Ruhr über ein lebendiges Gemeinwesen verfügen, in dem professionelle und bürgerschaftlich engagierte Menschen vernetzt zusammenarbeiten. Ein wesentliches Ziel der *Kommunalen Planung für Alter und Pflege 2019* war die Erarbeitung eines Konzeptes zur Gründung eines Unterstützungsnetzwerkes, das als Teil der Regelstruktur der kommunal getragenen sozialen Arbeit dauerhaft installiert werden soll. Die Mitglieder der *Kommunalen Konferenz für Alter und Pflege* und des *Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales* begrüßten diese Zielsetzung, ein solches Unterstützungsnetzwerk ins Leben zu rufen, und erteilten der

„Arbeitsgruppe Nachbarschaft“ 2019 den Auftrag zur Erarbeitung dieses Konzeptes. Die Arbeit der Gruppe zur Bildung eines Unterstützungsnetzwerkes wurde im Frühjahr 2020 durch die pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen unterbrochen, im Verlauf des Jahres 2021 fortgesetzt und unter den Eindrücken, Erfahrungen und Entwicklungen der aktuellen Krisenlagen im August 2022 fertiggestellt. Die für 2021 vorgesehene Kommunale Planung für Alter und Pflege wurde auf dem Hintergrund der Herausforderungen der COVID-19-Pandemie ausgesetzt und für 2023 neu aufgelegt.

Seit Beginn der Pandemie stand die Organisation bürgerschaftlicher Hilfemaßnahmen im Mittelpunkt der sozialen Arbeit der AG-Mitglieder und der im Sozialamt verantwortlichen Mitarbeitenden. So kam der Kontakt zur Medical School Hamburg, hier: zu Prof. Dr. Harald Karutz, zustande, der im Rahmen einer befristeten Beauftragung als Sachgebietsleiter der Mülheimer Berufsfeuerwehr das Psychosoziale Krisenmanagement koordinierte. Die von ihm und seinen Mitarbeitenden verfassten Psychosozialen Lageberichte für den Krisenstab der Stadt untermauerten nachdrücklich die Notwendigkeit, sich dem Ziel zuzuwenden, die kommunale Daseinsvorsorge zukünftig krisenfester und unter Förderung einer individuellen wie kollektiven Resilienz auszurichten.

Die Entwicklung des Konzeptes erfolgte fortan in Kooperation zwischen den Mitarbeitenden der Stadt, den Mitgliedern der AG Nachbarschaft und unter wissenschaftlicher Begleitung durch Prof. Dr. Harald Karutz.

Geht es nach dem Vorschlag der AG Nachbarschaft, soll dieses Konzept die Grundlage eines gemeinsamen Förderantrages der Stadt Mülheim an der Ruhr und der Medical School Hamburg an das Land NRW werden. Erste Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Landes haben im November 2023 stattgefunden.

Mülheim an der Ruhr, im Januar 2024

Gesetzliche Grundlage der Kommunalen Planung für Alter und Pflege

Mit der Einführung des Alten- und Pflegegesetzes NRW (APG) wurde von Seiten des Gesetzgebers darauf hingewiesen, dass es bei allen Maßnahmen der Altenhilfe im Sinne einer kommunalen Daseinsvorsorge stets um den Gesamtblick auf die Menschen in ihren jeweiligen Lebensverhältnissen gehen soll.

Die im § 1 formulierten Ziele machen dies deutlich:

„(1) Ziel dieses Gesetzes ist die Sicherstellung einer leistungsfähigen und nachhaltigen Unterstützungsstruktur für ältere Menschen und pflegebedürftige Menschen sowie deren Angehörige durch die Förderung der Entstehung, Entwicklung und Qualität von Dienstleistungen, Beratungsangeboten, Pflegeeinrichtungen und alternativen Wohnformen.

(2) Sämtliche Maßnahmen nach diesem Gesetz sind darauf auszurichten, das Selbstbestimmungsrecht von älteren Menschen und pflegebedürftigen Menschen in jeder Lebensphase zu sichern.“¹

Daraus folgt die Verpflichtung der Kommunen und Landkreise, eine „Örtliche Planung“ vorzulegen.

In § 7 APG, Abs. 1, heißt es dazu:

„(1) Die Planung der Kreise und kreisfreien Städte umfasst

1. die Bestandsaufnahme der Angebote,
2. die Feststellung, ob qualitativ und quantitativ ausreichend Angebote zur Verfügung stehen und
3. die Klärung der Frage, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen zur Herstellung, Sicherung oder Weiterentwicklung von Angeboten erforderlich sind.

Sie umfasst insbesondere komplementäre Hilfen, Wohn- und Pflegeformen sowie zielgruppenspezifische Angebotsformen wie persönliche Assistenz und die Weiterentwicklung der örtlichen Infrastruktur. Die Planung hat übergreifende Aspekte der Teilhabe einer altengerechten Quartiersentwicklung zur Sicherung eines würdevollen, inklusiven und selbstbestimmten Lebens, bürgerschaftliches Engagement und das Gesundheitswesen einzubeziehen.“²

¹ Gesetz zur Weiterentwicklung des Landespflegerechtes und Sicherung einer unterstützenden Infrastruktur für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige (Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen - APG NRW, § 1).

² Gesetz zur Weiterentwicklung des Landespflegerechtes und Sicherung einer unterstützenden Infrastruktur für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige (Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen - APG NRW, §7).

Zielsetzung der Planung

Die nachfolgende „Kommunale Planung für Alter und Pflege“ soll ihren Beitrag zu einer kritischen Reflexion der laufenden Arbeit in der Altenhilfe sowie auch als „Örtliche Planung“ neuer Entwicklungen nach 2019 fortgeschrieben werden. Die Bedarfe der älteren Menschen haben sich, nach Zahlen betrachtet, kaum verändert, die Wahrnehmung ihrer Lebenslage, mit Blick auf die aktuell feststellbaren Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, die ansteigende Inflation, die Entwicklung der Energieversorgung und nach den Erfahrungen der Pandemie jedoch schon. Sie belasten ältere und die an der Armutsgrenze lebenden Menschen in besonderem Maße. Dazu kommen, wie im Jahr 2022 ganz besonders spürbar, die direkten Auswirkungen des Klimawandels. Die Hitzeperiode (Hitze bis 40 Grad im Juli 2022) war insbesondere für ältere vulnerable Menschen gesundheitlich so belastend, dass eine langfristige kommunale Planung zur Vorbereitung auf zukünftige Extremwetterereignisse gefordert wurde. Die Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Mülheim an der Ruhr zeigte in einer Stellungnahme für den Ausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales am 22.08.2022 auf, dass das seit 2020 vorliegende Klimaanpassungskonzept eine umfangreiche Auseinandersetzung mit der Thematik der klimabedingten Gesundheitsrisiken durch Hitzewellen beinhaltet. Hier seien insbesondere Schutzmaßnahmen für vulnerable und ältere Menschen zu ergreifen.

Die bisherigen Handlungsfelder der kommunalen sozialen Arbeit mit und für ältere Menschen waren in den vergangenen Jahren:

- Teilhabe und Partizipation,
- Wohnen in der vertrauten Umgebung,
- Sicherheit, Mobilität und Versorgung sowie der
- Erhalt der Würde und Lebensqualität bei Hilfe- und Pflegebedarf.

Nach den Erfahrungen 2020 bis heute und den damit verbundenen krisenhaften Herausforderungen sind die folgenden aktuell eingetretenen Entwicklungen stärker als bisher zu beachten:

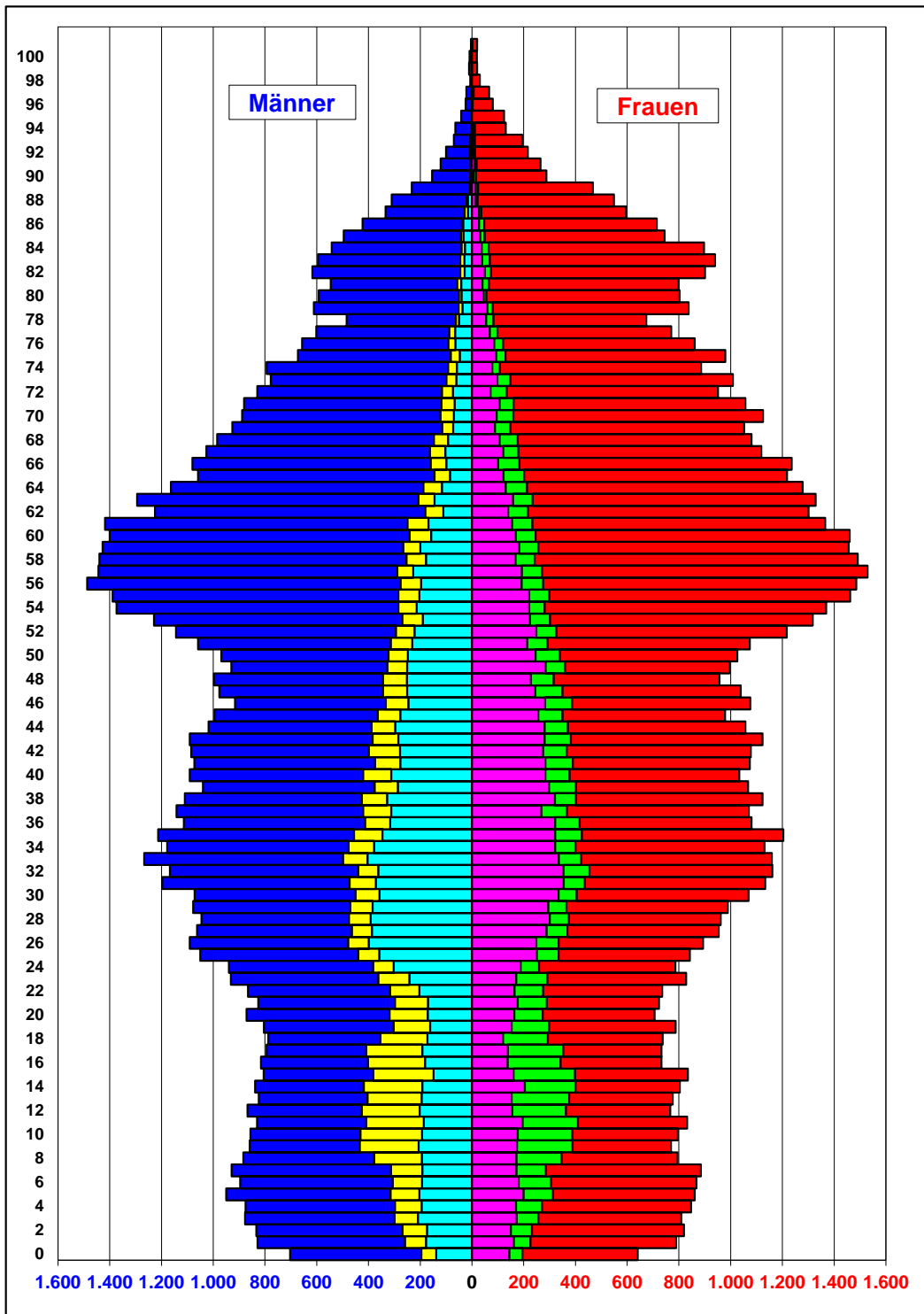
- Die psychosoziale Lage der (älteren) Bevölkerung
- Die gesundheitliche Verfassung der Menschen
- Die Erscheinungen und Auswirkungen von Altersarmut
- Die mangelnde Teilhabe durch Exklusion aus einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft.

Mit dieser Planung verbindet sich, wie bereits 2019, die Einladung, sich mit den Fachkräften des kommunalen Pflegemanagements, der Netzwerk- und Quartiersarbeit und allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt für ein gutes Leben im Alter und eine menschenwürdige Pflege einzusetzen - verbunden mit der Hoffnung, dass es gelingt, eine achtsame und empathische Haltung einzunehmen, Hilfebedarfe zu erkennen und Hilfe unbürokratisch und wirksam leisten zu können.

Nach einem Blick auf die Lebenslagen älterer Menschen (Teil A) und der Faktoren für gelingende Lebensbedingungen im Alter (Teil B) sowie den in Mülheim an der Ruhr bestehenden Angeboten, wird (in Teil C) das Vorhaben zur Bildung des nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzwerkes „WIR ZUSAMMEN GEMEINSAM STARK“ vorgestellt.

Bevölkerungsentwicklung

Abbildung 1: Alterspyramide – Bevölkerung in Mülheim an der Ruhr nach Geschlecht, Nationalität und Altersjahren am 31.12.2023



Innere Balken = Nichtdeutsche / Mittlere Balken = Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit
Äußere Balken = Deutsche ohne weitere Staatsangehörigkeit

Quelle: Stadt Mülheim an der Ruhr - Stabsstelle Sozialplanung und Statistik (2024): Bewohner*innen am Ort der Hauptwohnung in Mülheim an der Ruhr auf Grundlage des Einwohnermeldeamtes am 31.12.2023. Eigene Berechnungen.

Zum Stichtag 31.12.2023 lebten in Mülheim an der Ruhr insgesamt 175.133 (172.740)³ Menschen. Hiervon waren 13.233 (11.538) 60 bis unter 65 Jahren alt, 19.982 (18.399) 65 bis unter 75 Jahren alt und 21.328 (22.229) 75 Jahre alt und älter (siehe Abbildung 2). Das entspricht einem Bevölkerungsanteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 31,1 % (30,2 %). Der Anteil der über 75-jährigen Menschen an allen ab 60 Jahren beträgt 39,1 %. In den Statistischen Bezirken von Altstadt I liegt dieser bei 40 % bis über 49 %. In Menden-Ickten liegt dieser Anteil sogar bei über 50 %. Die Anteile der 75-Jährigen und älteren und allen ab 60 Jahren liegen in den Statistischen Bezirken im Norden Mülheims bei unter 40 %. Eine Erklärung hierfür leitet sich aus dem höheren Anteil „jüngerer Älterer“ mit Migrationshintergrund ab. Die Zahl der heute 25 bis 60-Jährigen beträgt 79.540 (80.807). Die Zahl der 60 bis über 100-Jährigen 53.309 (52.166).

Die Gruppe der sogenannten Babyboomer erreicht in den nächsten Jahren den Übergang vom Beruf in den Ruhestand und wird die heutige Zahl der über 60-Jährigen in den nächsten Jahren erhöhen. Die Zahl der heute 45- bis 60-Jährigen beträgt insgesamt 36.249 Menschen. Die Zahl der heute 60- bis 75-Jährigen liegt Ende 2023 bei 33.215.

³ In Klammern zum Vergleich jeweils die Zahlen vom 31.12.2018.

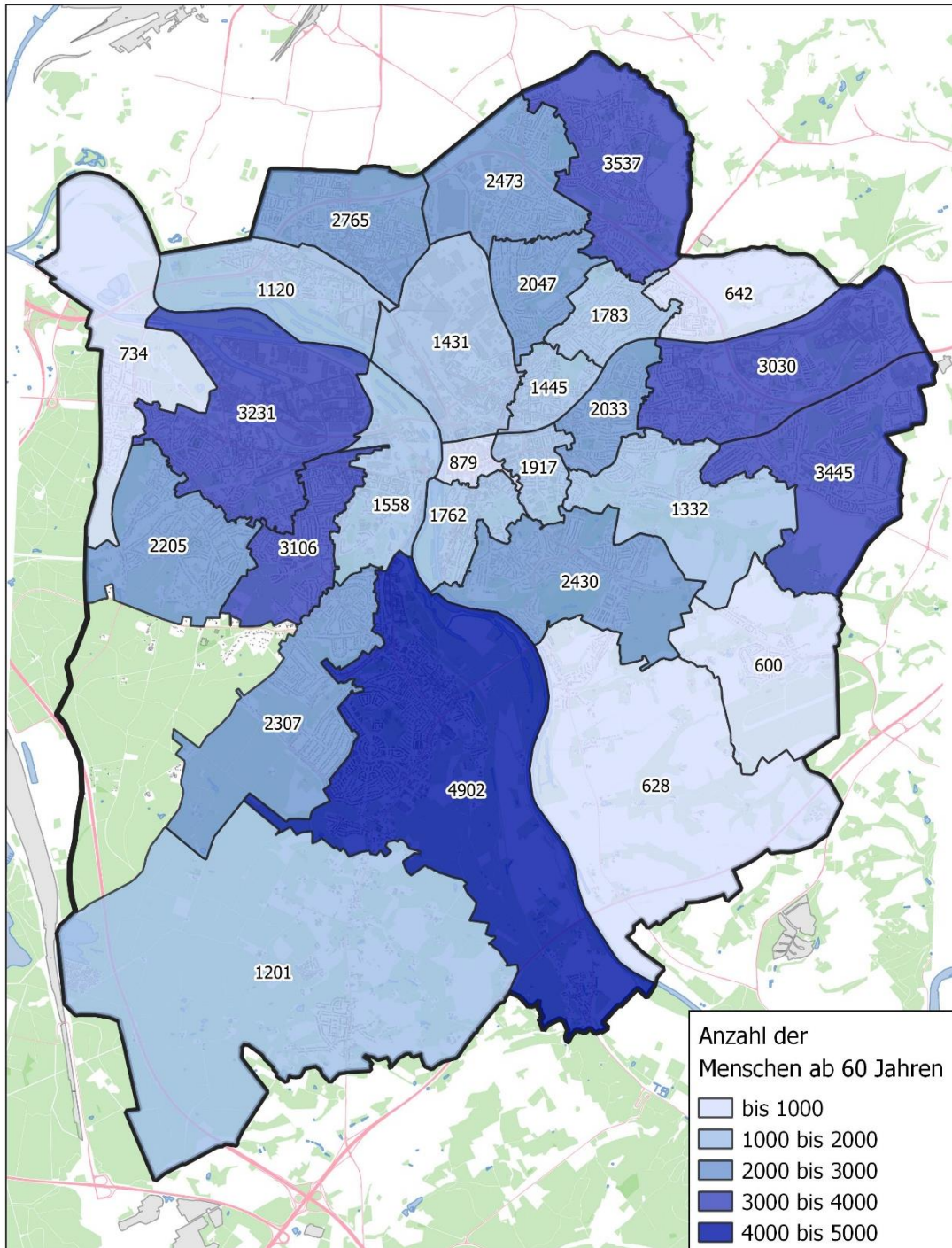
Abbildung 2: Bevölkerung in Mülheim an der Ruhr nach ausgewählten Altersgruppen und insgesamt in den Stadtteilen und Statistischen Bezirken am 31.12.2023

Stadtteil Statistischer Bezirk	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren				Bevölkerung insgesamt	Anteile	
	60 - 65	65 - 75	75 u.ä.	60 u. ä. gesamt		ab 60 u. ä. an Bevölkerung	75 u. ä. an 60 u. ä.
Mülheim an der Ruhr	13.233	19.982	21.328	54.543	175.133	31,1%	39,1%
1 Altstadt I	1.424	2.253	2.914	6.591	21.765	30,3%	44,2%
11 Altstadt I - Stadtmitte	186	294	399	879	4.076	21,6%	45,4%
12 Altstadt I - Südwest	329	568	865	1.762	5.054	34,9%	49,1%
13 Altstadt I - Südost	412	672	833	1.917	6.549	29,3%	43,5%
14 Altstadt I - Nordost	497	719	817	2.033	6.086	33,4%	40,2%
2 Altstadt II	1.773	2.535	2.398	6.706	25.980	25,8%	35,8%
21 Altstadt II - Südost	372	522	551	1.445	6.276	23,0%	38,1%
22 Altstadt II - Nordost	451	694	638	1.783	6.383	27,9%	35,8%
23 Altstadt II - Nord	550	783	714	2.047	6.360	32,2%	34,9%
24 Altstadt II - Südwest	400	536	495	1.431	6.961	20,6%	34,6%
3 Styrum	1.112	1.462	1.311	3.885	16.246	23,9%	33,7%
31 Styrum - Süd	331	394	395	1.120	4.954	22,6%	35,3%
32 Styrum - Nord	781	1.068	916	2.765	11.292	24,5%	33,1%
4 Dümpten	1.490	2.282	2.238	6.010	18.936	31,7%	37,2%
41 Dümpten - West	642	919	912	2.473	8.014	30,9%	36,9%
42 Dümpten - Ost	848	1.363	1.326	3.537	10.922	32,4%	37,5%
5 Heißen	1.769	2.655	2.693	7.117	21.556	33,0%	37,8%
51 Heißen - Nord	169	248	225	642	2.040	31,5%	35,0%
52 Heißen - Mitte	796	1.119	1.115	3.030	9.916	30,6%	36,8%
53 Heißen - Süd	804	1.288	1.353	3.445	9.600	35,9%	39,3%
6 Holthausen	1.207	1.719	2.064	4.990	14.202	35,1%	41,4%
61 Holthausen - Nord	350	504	478	1.332	3.843	34,7%	35,9%
62 Holthausen - Südost	126	198	276	600	2.086	28,8%	46,0%
63 Menden und Ickten	135	176	317	628	1.394	45,1%	50,5%
64 Holthausen - West	596	841	993	2.430	6.879	35,3%	40,9%
7 Saarn	1.993	3.149	3.268	8.410	23.208	36,2%	38,9%
71 Saarn-Mitte u. Mintard	1.194	1.902	1.806	4.902	13.743	35,7%	36,8%
72 Saarn-Süd m. Selbeck	256	414	531	1.201	3.083	39,0%	44,2%
73 Saarn - West	543	833	931	2.307	6.382	36,1%	40,4%
8 Broich	1.064	1.704	1.896	4.664	14.253	32,7%	40,7%
82 Broich - West mit Broicher Waldgebiet	733	1.140	1.233	3.106	8.902	34,9%	39,7%
83 Broich - Ost	331	564	663	1.558	5.351	29,1%	42,6%
9 Speldorf	1.401	2.223	2.546	6.170	18.987	32,5%	41,3%
91 Speldorf - Nordost	753	1.152	1.326	3.231	10.539	30,7%	41,0%
92 Speldorf - Süd	477	792	936	2.205	6.092	36,2%	42,4%
93 Speldorf - Nordwest	171	279	284	734	2.356	31,2%	38,7%

Quelle: Stadt Mülheim an der Ruhr - Stabsstelle Sozialplanung und Statistik (2024): Bewohner*innen am Ort der Hauptwohnung in Mülheim an der Ruhr auf Grundlage des Einwohnermeldeamtes am 31.12.2023. Eigene Berechnungen.

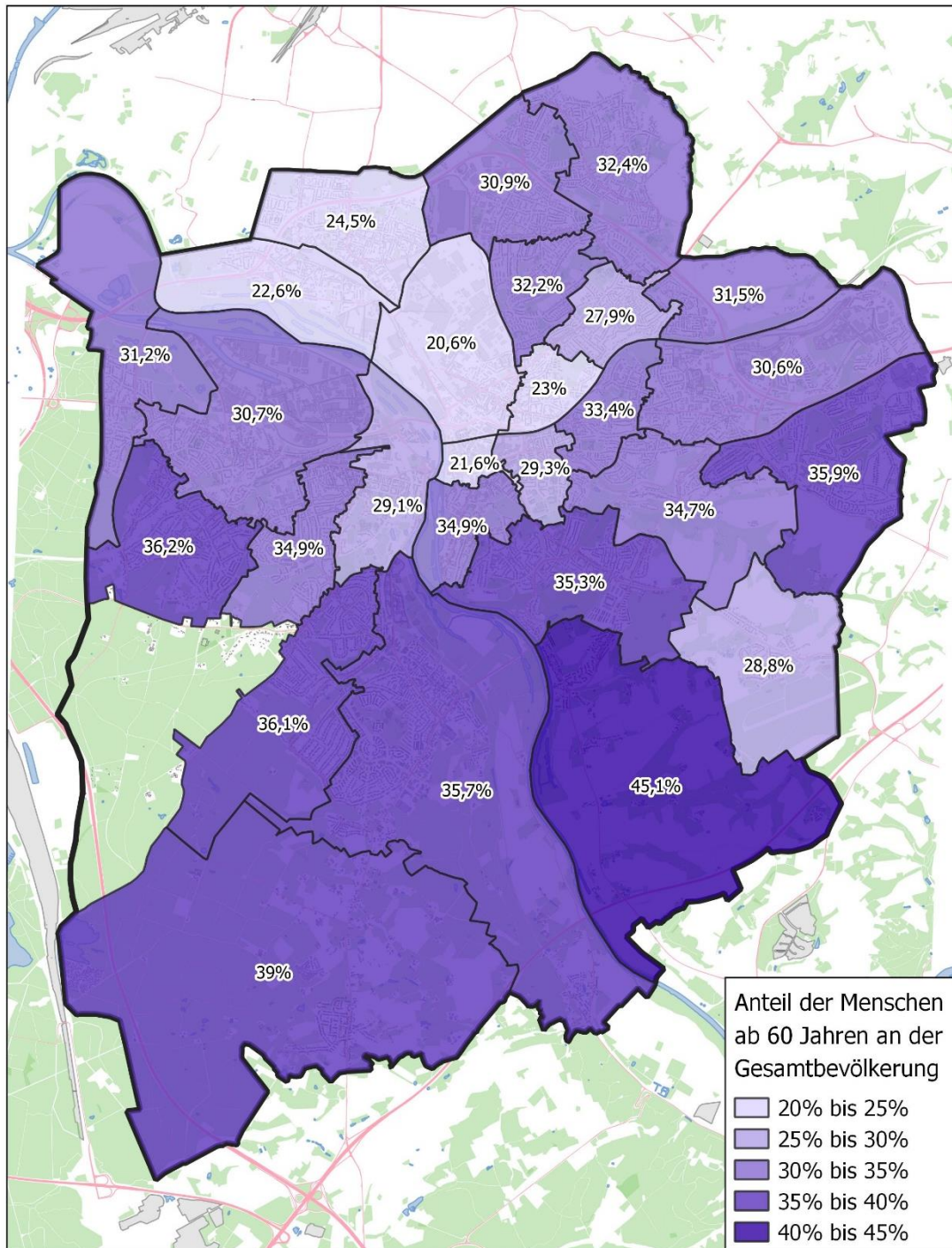
Betrachtet man die Statistischen Bezirke in Mülheim an der Ruhr nach der Verteilung der älteren Einwohnerinnen und Einwohner, ergeben sich die Darstellungen in den Abbildungen 3 und 4. Diese Darstellungen wurden gewählt, um einerseits die Relativierung darzustellen, andererseits aber auch die tatsächliche Anzahl der betroffenen Personen „vor Ort“. So leben z. B. in dem Bezirk mit dem höchsten Anteil älterer Menschen von über 44% (Saarn Süd mit Selbeck) mit 628 Personen tatsächlich nur wenige Menschen in dieser Altersgruppe. Dem gegenüber steht der Norden (Styrum Nord) mit fast 2.800 Menschen ab 60 Jahren, was in diesem Bezirk aber einem Anteil von unter 25% entspricht.

Abbildung 3: Bevölkerung ab 60 Jahren in den Statistischen Bezirken in Mülheim an der Ruhr am 31.12.2023



Quelle: Stadt Mülheim an der Ruhr - Stabsstelle Sozialplanung und Statistik (2024): Bewohner*innen am Ort der Hauptwohnung in Mülheim an der Ruhr auf Grundlage des Einwohnermeldeamtes am 31.12.2023. Eigene Berechnungen.

Abbildung 4: Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner ab 60 Jahren an der Gesamtbevölkerung in den Statistischen Bezirken in Mülheim an der Ruhr am 31.12.2023



Quelle: Stadt Mülheim an der Ruhr - Stabsstelle Sozialplanung und Statistik (2024): Bewohner*innen am Ort der Hauptwohnung in Mülheim an der Ruhr auf Grundlage des Einwohnermeldeamtes am 31.12.2023. Eigene Berechnungen.

A Lebenslagen älterer Menschen

1. Materielle Versorgung

Menschen gelten als „arm“, wenn sie zu wenig Geld zur Verfügung haben, um sich die notwendigen Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs leisten zu können. Diese allgemeine Formulierung reicht jedoch in der politischen Bewertung der Ursachen und Folgen von Armut nicht aus. In der Politik und für die gesellschaftliche Debatte braucht es konkrete Vorgaben für die Festlegung, ab wann insbesondere „Armut“ im materiellen Sinne gesprochen werden kann. In der Europäischen Union gelten Menschen als arm, wenn diese über weniger als 60 Prozent des mittleren Netto-Einkommens verfügen. Bei allem staatlichen Handeln geht es um die Wahrung und Sicherung der Würde und Lebensqualität im Alter. Im Rahmen der Daseinsvorsorge und auf der Grundlage der bestehenden Sozialgesetzgebung garantiert der Staat jedem Kind und jedem Erwachsenen ein menschenwürdiges Leben im Sinne des Artikels I des Grundgesetzes. Diese sogenannte „Wächterfunktion“ des Staates hat die Beeinträchtigung und Gefährdung des Kindeswohles ebenso in den Blick zu nehmen wie die mangelnde Teilhabe von älteren Erwachsenen. Definitionen, ab wann jemand als „arm“ gilt, orientieren sich in der Regel an den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen.⁴

Der 7. Altenbericht der Bundesregierung fasst den Begriff weiter und weist vielmehr auf die Auswirkungen von Armut hin:

„Große Teile der älteren Bevölkerung verfügen derzeit über ausreichende finanzielle, gesundheitliche und soziale Ressourcen, um ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Der Anteil älterer Frauen und Männer, die ökonomisch, sozial und in der Folge häufig auch gesundheitlich benachteiligt sind und deren Teilhabe- und Verwirklichungschancen dadurch erheblich eingeschränkt sind, ist dennoch beträchtlich und wird zukünftig in erheblichem Maße ansteigen. (...) Es wird deutlich, dass die Zugangschancen zu sozialer Teilhabe, gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung sowie zum freiwilligen Engagement für verschiedene soziale Gruppen unterschiedlich groß sind. Ein niedriger sozio-ökonomischer Status geht häufig mit einer schlechten Gesundheit, einer geringen Lebenserwartung sowie kleineren und weniger belastbaren sozialen Netzen einher. Insbesondere ein geringes Einkommen kann die Selbstbestimmung älterer Menschen gravierend einschränken. "Armut im Alter" wird des-

⁴ Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung – verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/rentenpolitik/288842/altersarmut/> .

halb im Siebten Altenbericht als ein wesentlicher Ausdruck sozialer Ungleichheit thematisiert; es wird vor dem Anstieg der Altersarmut in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gewarnt. Geringverdienende mit längeren Phasen von Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit, Menschen mit Migrationshintergrund, alleinlebende Frauen sowie chronisch kranke Menschen verfügen häufig über niedrige Einkommen im Alter. Bei ökonomisch und sozial benachteiligten Menschen entsteht bei abnehmender physischer und psychischer Widerstandsfähigkeit und zunehmenden Einschränkungen im Alter eine Situation erhöhter Verletzlichkeit. Die Kommission fordert den Bund, die Länder und die Kommunen auf, der wachsenden Altersarmut und ihren Auswirkungen entgegenzuwirken.“⁵

1.1 Grundsicherung

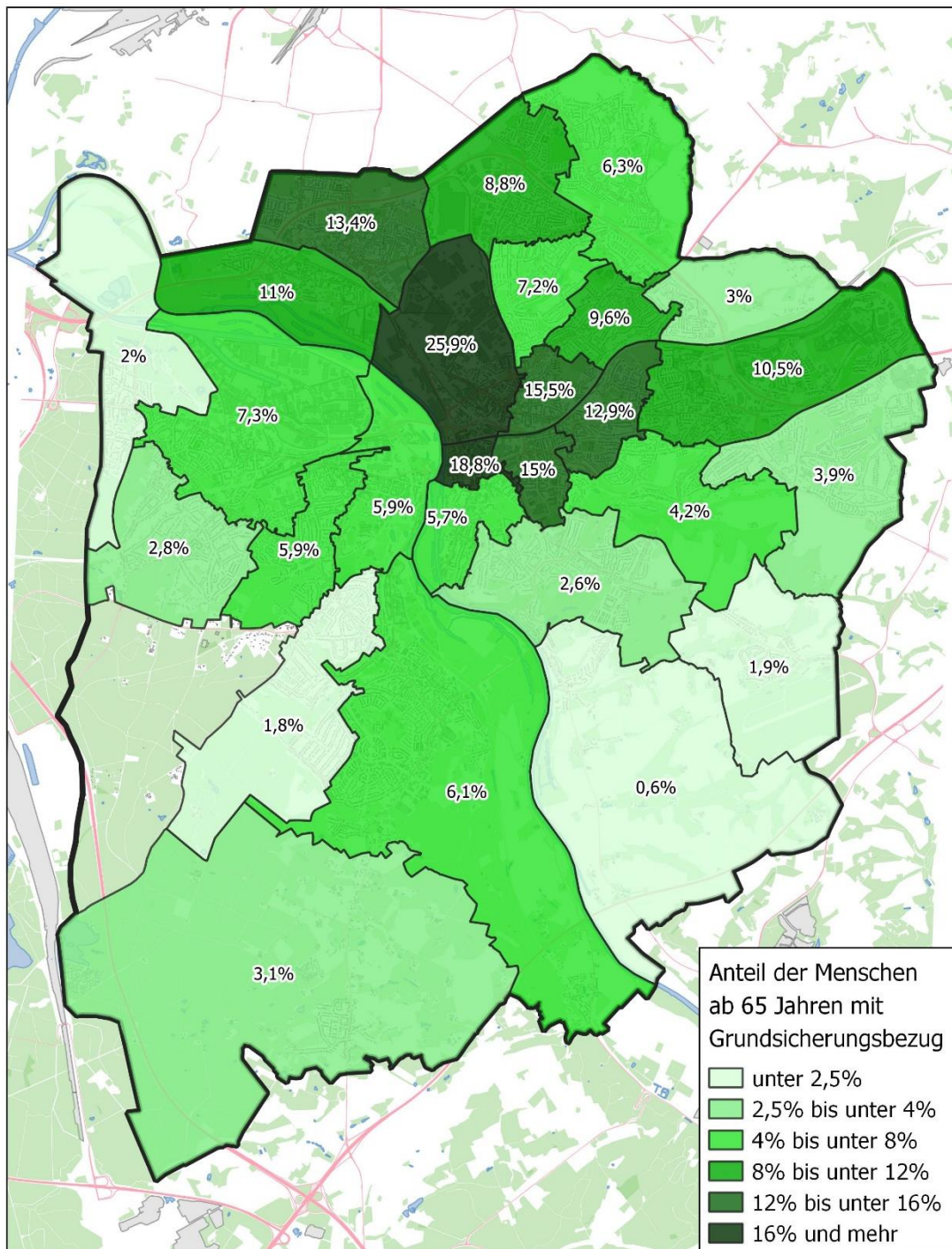
Wie sich die Anteile der auf Grundsicherung im Alter außerhalb von Einrichtungen (SGB XII) angewiesenen älteren Menschen Ende 2023 in der Stadt Mülheim an der Ruhr verteilen, zeigt Abbildung 4. Die Tabelle in Abbildung 5 stellt zudem dar, wie sich die absoluten Zahlen und Quoten im Zeitraum von 2021 bis 2023 entwickelt haben.

Im genannten Zeitraum ist die Zahl der älteren Grundsicherungsempfänger von insgesamt 2.831 auf 3.183 – als um mehr als 350 Personen – angestiegen. Die entsprechende Hilfequote erhöhte sich entsprechend von 6,9 % auf 7,7 %.

Die größten Anteile der Menschen, die Grundsicherung beziehen, leben in den Bezirken der Altstadt I, Altstadt II und in Styrum. Während die durchschnittliche SGB XII-Quote in der Altersgruppe ab 65 Jahren 2023 7,7 % beträgt, liegt sie in diesen in den benannten Stadtteilen teilweise weit über dem Durchschnitt. In Altstadt II Südwest bezieht jede vierte Person ab 65 Jahren Grundsicherungsleistungen im Alter nach dem SGB XII.

⁵ Aus: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune, Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts (Seite 20, Kap. III).

Abbildung 5: Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren mit Leistungsbezug nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter) an allen Bewohner*innen ab 65 Jahren in den Statistischen Bezirken in Mülheim an der Ruhr am 31.12.2023



Quelle: Stadt Mülheim an der Ruhr - Stabsstelle Sozialplanung und Statistik (2024): Bewohner*innen am Ort der Hauptwohnung in Mülheim an der Ruhr auf Grundlage des Einwohnermeldeamtes am 31.12.2023. Leistungsberechtigte nach dem SGB XII auf Grundlage des Datenabzugs vom Sozialamt der Stadt Mülheim an der Ruhr im Dezember 2023. Eigene Berechnungen.

Abbildung 6: Personen ab 65 Jahren mit Leistungsbezug nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter außerhalb von Einrichtungen) in den Stadtteilen und Statistischen Bezirken in Mülheim an der Ruhr jeweils am 31.12.2021, 2022 und 2023

Stadtteil Statistischer Bezirk	Dez 21			Dez 22			Dez 23		
	GS	Bewohn.	Quote	GS	Bewohn.	Quote	GS	Bewohn.	Quote
Mülheim an der Ruhr	2.831	40.867	6,9%	3.064	41.097	7,5%	3.183	41.310	7,7%
1 Altstadt I	545	5.160	10,6%	611	5.144	11,9%	635	5.167	12,3%
11 Altstadt I - Stadtmitte	111	685	16,2%	127	686	18,5%	130	693	18,8%
12 Altstadt I - Südwest	55	1.399	3,9%	75	1.409	5,3%	82	1.433	5,7%
13 Altstadt I - Südost	209	1.535	13,6%	229	1.526	15,0%	225	1.505	15,0%
14 Altstadt I - Nordost	170	1.541	11,0%	180	1.523	11,8%	198	1.536	12,9%
2 Altstadt II	607	5.003	12,1%	659	5.003	13,2%	669	4.933	13,6%
21 Altstadt II - Südost	150	1.105	13,6%	168	1.103	15,2%	166	1.073	15,5%
22 Altstadt II - Nordost	121	1.338	9,0%	126	1.336	9,4%	128	1.332	9,6%
23 Altstadt II - Nord	101	1.510	6,7%	116	1.501	7,7%	108	1.497	7,2%
24 Altstadt II - Südwest	235	1.050	22,4%	249	1.063	23,4%	267	1.031	25,9%
3 Styrum	303	2.741	11,1%	335	2.780	12,1%	353	2.773	12,7%
31 Styrum - Süd	81	809	10,0%	88	810	10,9%	87	789	11,0%
32 Styrum - Nord	222	1.932	11,5%	247	1.970	12,5%	266	1.984	13,4%
4 Dümpten	305	4.437	6,9%	309	4.461	6,9%	331	4.520	7,3%
41 Dümpten - West	142	1.781	8,0%	143	1.801	7,9%	162	1.831	8,8%
42 Dümpten - Ost	163	2.656	6,1%	166	2.660	6,2%	169	2.689	6,3%
5 Heißen	326	5.270	6,2%	352	5.321	6,6%	352	5.348	6,6%
51 Heißen - Nord	11	443	2,5%	13	461	2,8%	14	473	3,0%
52 Heißen - Mitte	224	2.188	10,2%	237	2.215	10,7%	235	2.234	10,5%
53 Heißen - Süd	91	2.639	3,4%	102	2.645	3,9%	103	2.641	3,9%
6 Holthausen	87	3.669	2,4%	100	3.712	2,7%	101	3.783	2,7%
61 Holthausen - Nord	35	952	3,7%	39	961	4,1%	41	982	4,2%
62 Holthausen - Südost	11	468	2,4%	10	469	2,1%	9	474	1,9%
63 Menden und Ickten	3	480	0,6%	4	488	0,8%	3	493	0,6%
64 Holthausen - West	38	1.769	2,1%	47	1.794	2,6%	48	1.834	2,6%
7 Saarn	267	6.302	4,2%	284	6.376	4,5%	289	6.417	4,5%
71 Saarn-Mitte u. Mintard	208	3.583	5,8%	220	3.660	6,0%	228	3.708	6,1%
72 Saarn-Süd m. Selbeck	29	964	3,0%	31	950	3,3%	29	945	3,1%
73 Saarn - West	30	1.755	1,7%	33	1.766	1,9%	32	1.764	1,8%
8 Broich	196	3.584	5,5%	195	3.576	5,5%	212	3.600	5,9%
82 Broich - West mit Broicher Waldgebiet	129	2.373	5,4%	123	2.345	5,2%	140	2.373	5,9%
83 Broich - Ost	67	1.211	5,5%	72	1.231	5,8%	72	1.227	5,9%
9 Speldorf	195	4.701	4,1%	219	4.724	4,6%	241	4.769	5,1%
91 Speldorf - Nordost	154	2.453	6,3%	164	2.449	6,7%	181	2.478	7,3%
92 Speldorf - Süd	31	1.693	1,8%	42	1.711	2,5%	49	1.728	2,8%
93 Speldorf - Nordwest	10	555	1,8%	13	564	2,3%	11	563	2,0%

Quelle: Stadt Mülheim an der Ruhr - Stabsstelle Sozialplanung und Statistik (2024): Bewohner*innen am Ort der Hauptwohnung in Mülheim an der Ruhr auf Grundlage des Einwohnermeldeamtes. Leistungsberechtigte nach dem SGB XII auf Grundlage des Datenabzugs vom Sozialamt der Stadt Mülheim an der Ruhr. Eigene Berechnungen.

Das in allen Statistiken bekannte „Nord-Süd-Gefälle“ ist auch hier feststellbar. Der Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner im Bezug von Grundsicherung im Alter liegt in den südlich und links der Ruhr gelegenen Stadtteilen weit unter dem Durchschnitt von 7,7 %,

teilweise sogar unter 1 %; während die Anzahl der älteren Menschen in Saarn mit 6.417 Einwohnerinnen und Einwohnern über alle Stadtteile am höchsten ist, beträgt dort der Anteil von Hilfeempfängern lediglich 4,5 %. Alte, arme Menschen leben in Mülheim an der Ruhr verstärkt in den dicht besiedelten nördlichen Stadtteilen Altstadt I und Altstadt II und Dümpten – die SGB XII-Quoten liegen hier durchgängig bei über 12 %.

Es besteht Grund zu der Annahme, dass es eine nicht zu beziffernde Zahl älterer Menschen gibt, die aufgrund einer geringen Rente oder Grundversorgung einen Anspruch auf Grundsicherung im Alter hätten, diese aber nicht beantragen. Mangelnde Informationen und eventuell die Scham davor, das Sozialamt aufsuchen zu müssen, tragen dazu bei, dass dieser Rechtsanspruch nicht wahrgenommen wird.

An dieser Stelle ein paar grundlegende Informationen zum Leistungsanspruch:

Wenn die Einkünfte im Alter oder bei voller Erwerbsminderung nicht für den notwendigen Lebensunterhalt ausreichen, können die betroffenen Personen beim zuständigen Sozialamt Grundsicherung beantragen. Darin sind alle Leistungen enthalten, die nach dem Sozialhilferecht gezahlt werden. Den Weg zum Sozialamt anzutreten, fällt vielen älteren Menschen schwer, da, neben der o. g. Scham auch noch die Vorstellung besteht, dass auf das Einkommen der Kinder unmittelbar zugegriffen wird. Dass ist beim Bezug von Grundsicherung nicht der Fall. Dies tritt gegebenenfalls erst dann ein, wenn zusätzliche Leistungen zur Pflege bezogen werden und wenn die Kinder über mehr als 100.000 Euro Jahreseinkommen verfügen. Die Regelsätze in der Grundsicherung betragen zum 1.1.2023 für alleinstehende Erwachsene 563,- € monatlich. Ehepaare und Paare, die eheähnlich leben, erhalten als Gesamtbedarf zum Bestreiten des Lebensunterhalts 1069,- €. Der Bedarf bestimmt sich nach dem Einzelfall. Dieser berechnet sich für Nahrung, Kleidung, Hausrat und Körperpflege. Energiekosten werden über den Regelsatz gezahlt. Darüber hinaus werden die tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen.

Rentnerinnen und Rentner, deren Rente am Existenzminimum liegt, sollten also einen Anspruch nach SGB XII im Sozialamt prüfen lassen. Da jeder Antrag auf die individuellen Anspruchsvoraussetzungen geprüft wird, sind allgemeine Berechnungen zum Anspruch nur bedingt hilfreich. Die Mitarbeitenden des Sozialamtes, hier, der Senioren- und Wohnberatung und der Abteilung Grundsicherung sowie die Mitarbeitenden des Rentenversicherungsamtes informieren und beraten zu allen Fragen der Grundsicherung und des Rentenanspruches. Die jeweils zuständigen Mitarbeitenden der Wohlfahrtsverbände, der Sozialverbände (VdK und SozVD) bieten ebenso umfassende Beratungen dazu an, ob ein Anspruch auf Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung besteht.

1.2 Wohngeldbezug

Etwas mehr als ein Drittel der Menschen im Rentenalter in Mülheim an der Ruhr lebt alleine. Alleinlebende sind nicht zwingend von Einsamkeit oder Isolation bedroht, benötigen jedoch mit zunehmenden altersbedingten Einschränkungen die Unterstützung und Hilfe anderer Menschen. Die Zahl der alleinlebenden Menschen wird statistisch zunehmen und die Bedarfe nach unterstützenden Leistungen werden steigen. Die Anzahl und Verteilung der Ein-Personen-Haushalte in den statistischen Bezirken zeigt, dass es eine hohe Anzahl Alleinlebender insbesondere auch in den Stadtteilen gibt, in denen die Wege zum nächsten Geschäft, zur Bushaltestelle oder zum Arzt weiter sind, als in den dichter besiedelten Wohngebieten.

Informationen zur Wohngeldreform 2023

Mit Datum zum 01.01.2023 traten die Neuregelungen des Wohngeld-Plus-Gesetzes zur Erhöhung des Wohngeldes in Kraft. Diese Wohngeldreform lässt sich in 3 Komponenten unterteilen:

Allgemeine Leistungsverbesserung

wurden durch die Anpassung der Wohngeldformel (berücksichtigungsfähige Mieten und Einkommensgrenzen) erzielt. Der Berechtigtenkreis potentieller Wohngeldempfänger wurde erweitert.

Einführung einer dauerhaften Heizkomponente

Hierdurch wurde eine Entlastung bei den Heizkosten erreicht.

Einführung einer Klimakomponente

Diese soll höhere Mieten durch energetische Sanierungen des Gebäudebestands und energieeffiziente Neubauten zur Erreichung der Klimaschutzziele pauschal abfedern.

Insgesamt wurde das Wohngeld durch die oben beschriebenen Änderungen um durchschnittlich 190 € je Haushalt auf ca. 370 angehoben.

Abbildung 7: Single-Haushalte nach Altersgruppen in den Stadtteilen und Statistischen Bezirken in Mülheim an der Ruhr am 31.12.2022⁶

Stadtteil Statistischer Bezirk	Alleinlebende im Alter von ... bis unter ... Jahren			Single- Haushalte insgesamt	Anteile	
	18 - 35	35 - 65	65 u. ä.		65 u. ä. Allein- lebende an allen Single- Haushalten	65 u. ä. Alleinlebende an allen 65 u. ä.
Mülheim an der Ruhr	8.486	16.541	14.083	39.110	36,0%	34,3%
1 Altstadt I	1.462	2.305	1.945	5.712	34,1%	37,8%
11 Altstadt I - Stadtmitte	358	368	303	1.029	29,4%	44,2%
12 Altstadt I - Südwest	336	585	538	1.459	36,9%	38,2%
13 Altstadt I - Südost	463	716	577	1.756	32,9%	37,8%
14 Altstadt I - Nordost	305	636	527	1.468	35,9%	34,6%
2 Altstadt II	1.625	2.744	1.852	6.221	29,8%	37,0%
21 Altstadt II - Südost	459	708	402	1.569	25,6%	36,4%
22 Altstadt II - Nordost	356	633	502	1.491	33,7%	37,6%
23 Altstadt II - Nord	342	619	544	1.505	36,1%	36,2%
24 Altstadt II - Südwest	468	784	404	1.656	24,4%	38,0%
3 Styrum	826	1.528	954	3.308	28,8%	34,3%
31 Styrum - Süd	201	404	266	871	30,5%	32,8%
32 Styrum - Nord	625	1.124	688	2.437	28,2%	34,9%
4 Dümpten	768	1.731	1.486	3.985	37,3%	33,3%
41 Dümpten - West	425	916	683	2.024	33,7%	37,9%
42 Dümpten - Ost	343	815	803	1.961	40,9%	30,2%
5 Heißen	744	1.767	1.835	4.346	42,2%	34,5%
51 Heißen - Nord	83	161	147	391	37,6%	31,9%
52 Heißen - Mitte	379	825	823	2.027	40,6%	37,2%
53 Heißen - Süd	282	781	865	1.928	44,9%	32,7%
6 Holthausen	377	1.073	1.080	2.530	42,7%	29,1%
61 Holthausen - Nord	85	285	273	643	42,5%	28,4%
62 Holthausen - Südost	22	103	97	222	43,7%	20,7%
63 Menden und Ickten	27	100	112	239	46,9%	23,0%
64 Holthausen - West	243	585	598	1.426	41,9%	33,3%
7 Saarn	609	1.898	2.040	4.547	44,9%	32,0%
71 Saarn-Mitte u. Mintard	389	1.200	1.301	2.890	45,0%	35,5%
72 Saarn-Süd m. Selbeck	53	190	184	427	43,1%	19,4%
73 Saarn - West	167	508	555	1.230	45,1%	31,4%
8 Broich	977	1.672	1.354	4.003	33,8%	37,9%
82 Broich - West mit Broicher Waldgebiet	594	1.082	923	2.599	35,5%	39,4%
83 Broich - Ost	383	590	431	1.404	30,7%	35,0%
9 Speldorf	1.098	1.823	1.537	4.458	34,5%	32,5%
91 Speldorf - Nordost	704	1.148	900	2.752	32,7%	36,7%
92 Speldorf - Süd	188	451	461	1.100	41,9%	26,9%
93 Speldorf - Nordwest	206	224	176	606	29,0%	31,2%

Quelle: Stadt Mülheim an der Ruhr - Stabsstelle Sozialplanung und Statistik (2023): Haushalte am 31.12.2022. S. 6. Abrufbar unter: <https://www.muelheim-ruhr.de/cms/privathaushalte.html>

Mit der Wohngeld-Novelle im Jahr 2023 (s. o.) stieg die Anzahl der Wohngeldberechtigten deutlich an. Die Anzahl der 65-Jährigen und älteren, die Wohngeld erhalten, lag im Jahr 2021 in Mülheim an der Ruhr noch bei 467 Personen. Die Wohngeldquote in dieser Altersgruppe lag bei 1,1 %. Ende 2023 lag sie bereits bei 3 % und ist damit um fast das Dreifache gestiegen.⁷ Insgesamt 1.219 Personen ab 65 Jahren erhielten im Dezember 2023

⁶ Die aktuelle Zahl vom Dezember 2023 lag zum Zeitpunkt der Berichtfertigstellung noch nicht vor.

⁷ Diese Steigerung aufgrund der Novelle ist deutschlandweit feststellbar: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/entlastung-fuer-deutschland/wohngeldreform-2125018>

Wohngeld. Mit der zunehmenden Anzahl der Wohngeldberechtigten entwickelt sich eine ähnliche Verteilung wie die der Leistungsberechtigten nach dem SGB XII (s. o.) mit höheren Quoten im Norden der Stadt (Altstadt I: 4,2 %, Altstadt II: 3,7%, Styrum: 3,7 % und Dümpten 3,6 %) und niedrigeren Quoten im Süden (Holthausen: 1,7 % und Saarn: 2,0 %).

Abbildung 8: Personen ab 65 Jahren mit Wohngeldbezug in den Stadtteilen und Statistischen Bezirken in Mülheim an der Ruhr jeweils am 31.12.2021, 2022 und 2023

Stadtteil Statistischer Bezirk	Dez 21			Dez 22			Dez 23		
	WoGe	Bewohn.	Quote	WoGe	Bewohn.	Quote	WoGe	Bewohn.	Quote
Mülheim an der Ruhr	467	40.867	1,1%	614	41.097	1,5%	1.219	41.310	3,0%
1 Altstadt I	85	5.160	1,6%	98	5.144	1,9%	219	5.167	4,2%
11 Altstadt I - Stadtmitte	11	685	1,6%	10	686	1,5%	33	693	4,8%
12 Altstadt I - Südwest	19	1.399	1,4%	22	1.409	1,6%	52	1.433	3,6%
13 Altstadt I - Südost	30	1.535	2,0%	33	1.526	2,2%	56	1.505	3,7%
14 Altstadt I - Nordost	25	1.541	1,6%	33	1.523	2,2%	78	1.536	5,1%
2 Altstadt II	87	5.003	1,7%	111	5.003	2,2%	177	4.933	3,6%
21 Altstadt II - Südost	16	1.105	1,4%	23	1.103	2,1%	45	1.073	4,2%
22 Altstadt II - Nordost	30	1.338	2,2%	40	1.336	3,0%	48	1.332	3,6%
23 Altstadt II - Nord	12	1.510	0,8%	20	1.501	1,3%	45	1.497	3,0%
24 Altstadt II - Südwest	29	1.050	2,8%	28	1.063	2,6%	39	1.031	3,8%
3 Styrum	44	2.741	1,6%	57	2.780	2,1%	102	2.773	3,7%
31 Styrum - Süd	18	809	2,2%	21	810	2,6%	33	789	4,2%
32 Styrum - Nord	26	1.932	1,3%	36	1.970	1,8%	69	1.984	3,5%
4 Dümpten	50	4.437	1,1%	79	4.461	1,8%	162	4.520	3,6%
41 Dümpten - West	33	1.781	1,9%	40	1.801	2,2%	94	1.831	5,1%
42 Dümpten - Ost	17	2.656	0,6%	39	2.660	1,5%	68	2.689	2,5%
5 Heißen	43	5.270	0,8%	66	5.321	1,2%	131	5.348	2,4%
51 Heißen - Nord	*	443	*	3	461	0,7%	5	473	1,1%
52 Heißen - Mitte	*	2.188	*	32	2.215	1,4%	61	2.234	2,7%
53 Heißen - Süd	20	2.639	0,8%	31	2.645	1,2%	65	2.641	2,5%
6 Holthausen	22	3.669	0,6%	25	3.712	0,7%	63	3.783	1,7%
61 Holthausen - Nord	*	952	*	4	961	0,4%	6	982	0,6%
62 Holthausen - Südost	*	468	*	6	469	1,3%	14	474	3,0%
63 Menden und Ickten	5	480	1,0%	5	488	1,0%	14	493	2,8%
64 Holthausen - West	11	1.769	0,6%	10	1.794	0,6%	29	1.834	1,6%
7 Saarn	63	6.302	1,0%	78	6.376	1,2%	127	6.417	2,0%
71 Saarn-Mitte u. Mintard	24	3.583	0,7%	33	3.660	0,9%	63	3.708	1,7%
72 Saarn-Süd m. Selbeck	36	964	3,7%	37	950	3,9%	48	945	5,1%
73 Saarn - West	3	1.755	0,2%	8	1.766	0,5%	16	1.764	0,9%
8 Broich	36	3.584	1,0%	42	3.576	1,2%	96	3.600	2,7%
82 Broich - West mit Broicher Waldgebiet	29	2.373	1,2%	31	2.345	1,3%	69	2.373	2,9%
83 Broich - Ost	8	1.211	0,7%	11	1.231	0,9%	27	1.227	2,2%
9 Speldorf	37	4.701	0,8%	58	4.724	1,2%	142	4.769	3,0%
91 Speldorf - Nordost	23	2.453	0,9%	38	2.449	1,6%	87	2.478	3,5%
92 Speldorf - Süd	*	1.693	*	*	1.711	#WERT!	49	1.728	2,8%
93 Speldorf - Nordwest	*	555	*	*	564	#WERT!	6	563	1,1%

Quelle: Stadt Mülheim an der Ruhr - Stabsstelle Sozialplanung und Statistik (2024): Bewohner*innen am Ort der Hauptwohnung in Mülheim an der Ruhr auf Grundlage des Einwohnermeldeamtes. Wohngeldberechtigte auf Grundlage des Datenabzugs der Wohngeldstelle der Stadt Mülheim an der Ruhr. Eigene Berechnungen.

2. Wohnen

2.1 Qualität des Wohnens

Wie und wo Menschen im Alter wohnen, entscheidet in hohem Maße darüber mit, wie sie Sicherheit und Lebenszufriedenheit empfinden. Im Rahmen einer Untersuchung der Forschungsgesellschaft für Gerontologie, wie die vorhandenen Angebote und Altenhilfestrukturen wahrgenommen werden und wirken, wurden in Mülheim an der Ruhr in diesem Jahr 2.500 Einwohnerinnen und Einwohner unter anderem zu ihrer Wohnsituation befragt.

Im Rahmen einer Online-Fokusgruppe wurden am 20.10.2022 die vorläufigen Ergebnisse der Studie zu den Befragungen in Mülheim an der Ruhr vorgestellt und von den angemeldeten Akteurinnen und Akteuren der Altenhilfe diskutiert.

Die Befragungsergebnisse der FFG bestätigen den Wunsch der Menschen, vor allem im Alter, möglichst ohne Barrieren und in guter Nachbarschaft leben zu wollen. Dies dokumentiert sich in dem folgenden Chart, das unter dem Handlungsfeld „Altengerechtes Wohnen im Quartier“ vorgestellt wurde.

Abbildung 9: Ergebnisse der Befragung 65+ zu potenziellen zukünftigen Wohnformen

Befragung 65+ Potenzielle zukünftige Wohnformen

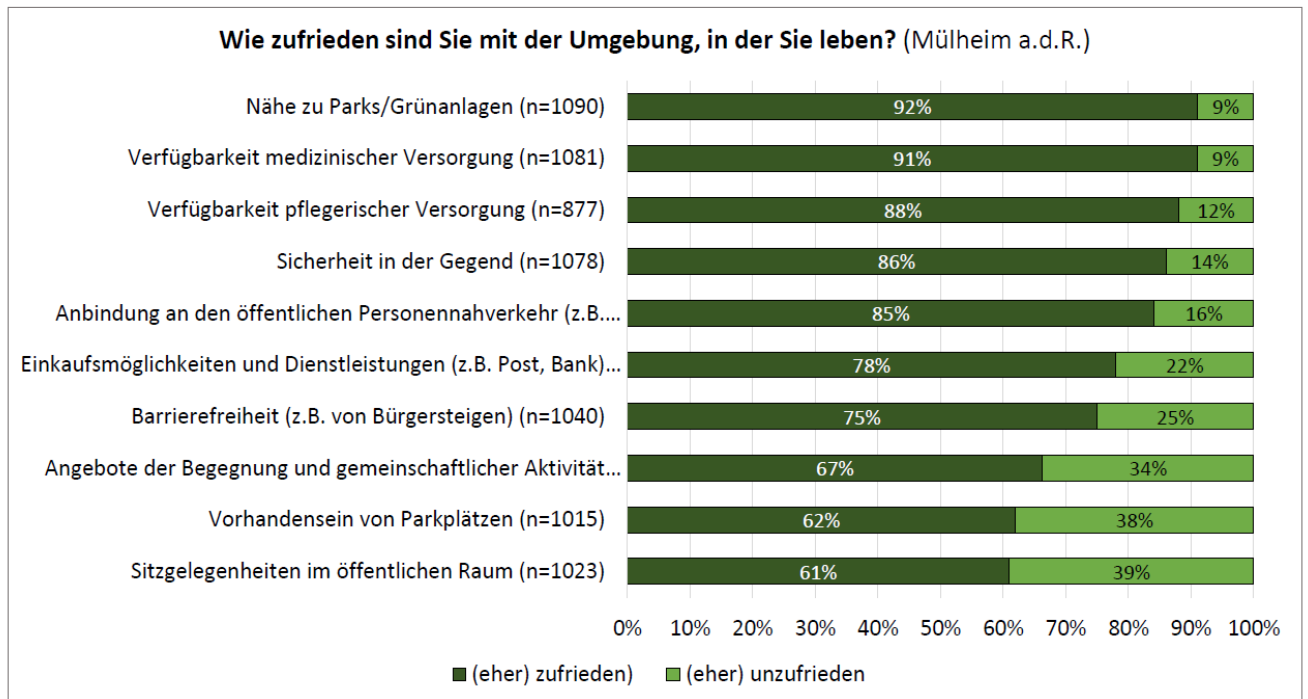


Quelle: FFG, Präsentation: Angebote, Strukturen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der kommunalen Altenhilfe, Online Fokusgruppe mit Akteuren der kommunalen Altenhilfe, Mülheim an der Ruhr am 20.10.2022

Mehr als die Hälfte der Befragten können sich grundsätzlich vorstellen, in ein betreutes Wohnen umzuziehen und wünschen sich barrierefreie und altengerechte Wohnungen, möglicherweise (33 %) in einem Mehrgenerationenhaus.

Abbildung 10: Ergebnisse der Befragung 65+ zur Zufriedenheit mit der Wohnumgebung

Befragung 65+ Zufriedenheit mit der Wohnumgebung



Quelle: FFG, Präsentation: Angebote, Strukturen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der kommunalen Altenhilfe, Online Fokusgruppe mit Akteuren der kommunalen Altenhilfe, Mülheim an der Ruhr am 20.10.2022

Dieses Chart enthält interessante Hinweise darauf, wie zufrieden die älteren Menschen mit ihrer Wohnumgebung sind und hier auch mit den Möglichkeiten zur Begegnung. Die Anbieter, die diese Ergebnisse in der Fokusgruppe diskutierten, zeigten sich überrascht, dass sich aus diesen Antworten eine hohe Zufriedenheit ablesen lässt – gleichwohl aber in den Stadtteilgruppen und belegt durch eigene Befragungen, insbesondere in den nördlichen Stadtteilen, Defizite wahrgenommen werden, was zum Beispiel die ärztliche Versorgung anbetrifft und dass das Wohnumfeld wenig attraktiv und oftmals nicht barrierefrei ist. Eine kleinräumige Betrachtung konnte im Rahmen dieser Forschungsarbeit nicht geleistet werden – diese würde, nach der Vermutung des Autors dieser Planung, differenziert höhere Diskrepanzen zu Tage bringen und als Beleg für die als hoch einzustufende soziale Spreizung zwischen den Stadtteilen zu anderen Zufriedenheitswerten kommen. - Ein weiterer Grund dafür, Sozialplanung zukünftig stärker als bisher als integrierte Planung mit den Fragen der Stadtentwicklung zusammen zu denken.

2.2 Alleinlebend - Verhinderung von Isolation und Einsamkeit

Die Lebensbedingungen alleinlebender älterer Menschen bedürfen der besonderen Beachtung. Die Umsetzung des Anspruches in der sozialen Daseinsvorsorge, dass Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer gewohnten Wohnumgebung verbleiben können, gelingt nur, wenn es ausreichend verfügbare komplementäre Hilfen gibt und diese insbesondere hilfeschuchenden Menschen auch bekannt sind. Bereits heute beziehen sich die meisten Anfragen bezüglich haushaltsnaher Dienstleistungen auf die Zurverfügungstellung von Hilfen im Haushalt. Projekte, wie das 2018 geförderte Modellprojekt „Selbstbestimmt im Alter – Vorsorgeunterstützung im Team“ machten es sich zur Aufgabe, ehrenamtlich organisierte Besuchsdienste in Mülheim mit der Arbeit der Senioren- und Wohnberatung zu verbinden. Gemessen an den steigenden Bedarfen, ist dieser gemachte Anfang durch die Pandemie fast zum Erliegen gekommen und wird nun von den hier verantwortlichen Diensten wiederaufgenommen und verstärkt.

Die Bedarfe an unterstützenden Hilfsangeboten sind über Mülheim an der Ruhr hinaus eines der Themen, der sich das Landeszentrum für Gesundheit mit Sitz am Gesundheitscampus in Bochum in den letzten beiden Jahren angenommen hat. Die Herausforderungen durch eine Vereinzelung der Menschen in „Isolation und Einsamkeit“ abzugleiten, wurde in landesweit zusammengestellten Arbeitsgruppen in der „Landesinitiative Ältere“ erörtert. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse und Anforderungen an die Kommunen wurden gemeinsam formuliert.

Die hier entstandenen „Handlungsempfehlungen zum Aufbau und zur Förderung von Hilfestrukturen in den Kreisen und Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Lebensphase Alter“⁸ geben wichtige Hinweise auf die kommunalen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten auf die im Folgenden, Bezug genommen wird:

„Ältere Menschen sind im besonderen Maße von sozialer Isolation und Einsamkeit betroffen (Luhmann & Bücker, 2019). Unter sozialer Isolation (auch: objektive soziale Isolation) versteht man allgemein einen objektiven Mangel an sozialen Kontakten und Beziehungen. Als Indikatoren für soziale Isolation werden meist Haushaltsgröße und Familienstand herangezogen. Allgemein nimmt der Anteil an Menschen, die alleine leben, mit steigendem Alter zu und ist für Frauen deutlich größer als für Männer. In der Altersgruppe 80+ sind über die Hälfte der Frauen verwitwet und leben alleine (Statistisches Bundesamt, 2015). Einsamkeit (auch: subjektive soziale Isolation) be-

⁸ Vgl. LGP, Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention NRW, Version 2.0, 2022.

zieht sich dagegen auf einen wahrgenommenen Mangel an erfüllenden sozialen Beziehungen (Peplau & Perlman, 1982) und ist mit negativen Gefühlen/Bewertungen behaftet (Böger & Huxhold, 2014, 10). Soziale Isolation grenzt sich davon ab und umfasst objektiv feststellbar geringe oder fehlende soziale Kontakte/Beziehungen, wobei dieser Mangel subjektiv nicht zwingend negativ bewertet werden muss (ebd.). Soziale Isolation und Einsamkeit sind zwar korreliert, beschreiben jedoch unterschiedliche Phänomene: Viele alleinstehende Menschen haben zwar objektiv weniger soziale Kontakte und verbringen viel Zeit alleine, leiden aber nicht darunter. Umgekehrt gibt es auch Menschen, die zwar viele Kontakte haben, aber trotzdem unter Einsamkeit leiden.“⁹

Die Handlungsempfehlungen zielen auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, um vor Ort, in den Quartieren, die Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld zu erreichen und kommen u.a. zu dem Schluss:

„Um der Entstehung psychischer Erkrankungen entgegenzuwirken wird empfohlen, in erster Linie die kommunalen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen und anzupassen bzw. zu verbessern. Hierfür sollte in jeder Kommune eine koordinierende und handlungsfähige Stelle eingerichtet werden. Nur so können vorhandene Ansätze und Konzepte erfasst und genutzt werden, um dann ein effektives Netzwerk aufbauen zu können. Hierfür ist es sinnvoll, Kooperations- und Beteiligungsstrukturen auszubauen. Zu diesem Zweck sollten die Sozialdienste der Kommunen, schon vorhandene ehrenamtliche Strukturen und ebenso professionelle Unterstützung einbezogen werden. Wichtig ist es dann, innerhalb des Netzwerks ein gemeinsames Verständnis dafür zu schaffen, welche Ziele erreicht werden sollten.

Im Thema „Qualität des Wohnens“ verbindet sich das Zusammenwirken fast aller Lebenslagen. Die Art und Weise, wo und wie Menschen wohnen, mit welchen Möglichkeiten sie ausgestattet sind, ihre Bedürfnisse und Bedarfe zu decken, und wie sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, war und ist die Ausgangslage für die gesamte Planung des im letzten Teil dieser Arbeit beschriebenen Unterstützungsnetzwerkes. Die Beeinflussung materieller Grundlagen ist im kommunalen Möglichkeitsraum beschränkt bis kaum möglich. Die Schaffung und Verstetigung von Strukturen zur Milderung von Armutfolgen, zur Verhinderung von Isolation und Einsamkeit und Gewährleistung von Begegnung und Teilhabe, sind jedoch in einem lebendigen, vernetzten und gut aufgestellten Gemeinwesen beeinflussbar.

⁹ Vgl. LGP, Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention NRW, Version 2.0, 2022, Seite 31.

Außen vor bleiben in einer Stadtgesellschaft in der Regel Frauen, Personen mit geringerer formaler Bildung, Arme und Angehörige der unteren Mittelschicht, Nicht-Erwerbstätige, Alleinerziehende, chronisch Kranke, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund und nicht zuletzt die Altersgruppe der 45-65jährigen. Sie nehmen den Zusammenhalt zum Teil deutlich schwächer wahr, als der Durchschnitt der Bevölkerung. Jüngere, höher Gebildete und Menschen auf dem Land weisen dagegen aktuell noch das stärkste Vertrauen in ihre Mitmenschen auf und erleben den Zusammenhalt insgesamt als relativ positiv.

Möglich ist, dass Menschen, die von Beginn an schlechter in die Gesellschaft eingebunden waren und somit einen schwächeren Zusammenhalt erleben, in der Krise stärker von Belastungen betroffen sind. Ihnen hat der „Schutzschild“ stabiler sozialer Beziehungen, starker Verbundenheit und Einbindung in Gemeinschaften in besonderem Maße gefehlt.

Notwendig ist eine Entlastung und Unterstützung gerade für diese Gruppen in der Gesellschaft. Die Entwicklungen psychosozialer Auswirkungen der COVID 19-Krise und weiterer inzwischen eingetretener kollektiver Krisensituationen sind sichtbar zu machen: Die Erschöpften, Belasteten, Isolierten, Abgehängten, die Beeinträchtigten, Menschen mit Armutserfahrungen etc. sind in den Blick zu nehmen und zu entlasten und (wieder) in das soziale Gefüge einzubinden. Mehr niederschwellige Teilhabemöglichkeiten sind zu schaffen, neue Beteiligungsformate einzusetzen und gezielt konkrete Verbesserungen in der kleinräumigen Versorgung herbeizuführen. Gleichzeitig gilt es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gelebte Solidarität in der Gesellschaft zu nutzen und zu stärken.

Vor diesem Hintergrund planen das Sozialamt der Stadt Mülheim an der Ruhr und die Medical School Hamburg gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern unter der Marke

**WIR GEMEINSAM
ZUSAMMEN STARK**

den Aufbau einer nachhaltig wirksamen Unterstützungsstruktur zur Bewältigung der psychosozialen Auswirkungen der aktuellen Krisensituation als Beitrag zu einer resilienten Stadtgesellschaft, auf die im Teil C dieser Planung näher eingegangen wird.

3. Pflege

Die Lebenslagen der pflegebedürftigen Menschen standen in den zurückliegenden drei Jahren, seit Beginn der Pandemie, mit all den dadurch noch verschärften Bedingungen durch Kontaktbeschränkungen, eingeschränkter Bewegungsfreiheit durch Lockdowns und wegfallenden Kontakten mit dem sozialen Umfeld, im ganz besonderen Blickpunkt der kommunalen, karitativen und sozial-gewerblichen Verantwortungsträger.

Der Mangel an Fachkräften und die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden in der Pflege wurde über diese Zeit noch um ein Vielfaches stärker wahrgenommen. Die Pflege wurde öffentlich mit hoher Wertschätzung („Beifall von den Balkonen“) als sogenannt „systemrelevant“ eingestuft. Jedoch muss sich nach Ansicht vieler in der Pflege Tätiger strukturell und personell noch vieles ändern, um die Attraktivität der Pflegeberufe so zu erhöhen, dass sich mehr Menschen für den Pflegeberuf gewinnen lassen.

Mit dieser Kommunalen Planung für Alter und Pflege 2023 soll deshalb der Fokus darauf gelegt werden, wie sich die Lebenslagen der pflegebedürftigen Menschen während der vergangenen Jahre verändert haben und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind.

Die Berechnung der Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen für Mülheim an der Ruhr in der Kommunalen Planung 2019 ging noch von einer moderateren Steigerung aller Pflegebedürftigen von im Jahr 2017 von 7.155 auf 7.378 im Jahr 2020 aus. Die nachfolgenden Tabellen zeigen allerdings, dass sich die Zahlen, die an das Statistische Landesamt IT.NRW über die Anbieter der Pflege gemeldet werden, bis 2021 deutlich stärker entwickelt haben. Die Daten werden beim Statistischen Landesamt im Abstand von 2 Jahren veröffentlicht, wodurch für das Jahr 2022 keine Daten ausgewiesen wurden. Die Daten von 2023 sind noch nicht veröffentlicht.

Pflegebedürftige Menschen in Mülheim an der Ruhr	Leistungsempfänger/-innen insgesamt				
	2017	2019	2021	Veränderung 2017 - 2021	
Pflegegrad 1	111	774	1485	1374	1237%
Pflegegrad 2	3378	4011	4839	1461	43%
Pflegegrad 3	2037	2526	2997	960	47%
Pflegegrad 4	1137	1170	1263	126	11%
Pflegegrad 5	486	546	525	39	8%
Keinem Pflegegrad zugeordnet	6	3	3	-3	-50%
Insgesamt	7155	9030	11115	3960	55%

Pflegebedürftige Menschen in Mülheim an der Ruhr	Vollstationär versorgt				
	2017	2019	2021	Veränderung 2017 - 2021	
Pflegegrad 1	6	6	3	-3	-50%
Pflegegrad 2	396	345	285	-111	-28%
Pflegegrad 3	525	573	585	60	11%
Pflegegrad 4	519	483	513	-6	-1%
Pflegegrad 5	318	327	276	-42	-13%
Keinem Pflegegrad zugeordnet	6	3	3	-3	-50%
Insgesamt	1767	1737	1665	-102	-6%

Pflegebedürftige Menschen in Mülheim an der Ruhr	Ambulant versorgt				
	2017	2019	2021	Veränderung 2017 - 2021	
Pflegegrad 1	99	165	150	51	52%
Pflegegrad 2	882	939	1056	174	20%
Pflegegrad 3	531	606	687	156	29%
Pflegegrad 4	261	282	240	-21	-8%
Pflegegrad 5	87	102	114	27	31%
Insgesamt	1863	2097	2244	381	20%

Pflegebedürftige Menschen in Mülheim an der Ruhr	Pflegegeldempfänger/innen				
	2017	2019	2021	Veränderung 2017 - 2021	
Pflegegrad 1	-	-	-	-	-
Pflegegrad 2	2100	2724	3498	1398	67%
Pflegegrad 3	981	1347	1728	747	76%
Pflegegrad 4	354	402	510	156	44%
Pflegegrad 5	78	117	138	60	77%
Insgesamt	3516	4593	5874	2358	67%

Quelle: IT.NRW, Düsseldorf 2024, Stichtag: 15.12.2021

Die Zahlen vom Jahr 2021 zeigen, dass sich die Anzahl der ambulant versorgten Menschen seit 2017 erhöht hat (+20 %), während die Zahlen in der vollstationären Pflege moderat gesunken sind (-6 %).

Diese Entwicklung bestätigt, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ wirksam wird und mehr Menschen länger zuhause leben und ambulant betreut werden, ehe eine stationäre Unterbringung unvermeidlich wird. Zum anderen führte die Einführung der Einzelzimmerquote zur Verminderung der Pflegeplätze.

3.1 Die Lebenslagen der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner während der Pandemie

Die Lebenslagen der Menschen in den stationären Einrichtungen hatten sich insbesondere während des ersten und zweiten Lockdowns 2020 enorm erschwert. Die Abschirmung der Bewohnerinnen und Bewohner erzeugte für alle dort lebenden und arbeitenden Menschen sowie für die Angehörigen der Bewohnerinnen und Bewohner eine hohe, zum Teil unerträgliche Belastung.

Die rigiden Regelungen zu Anfang waren aus Sicht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW notwendig. In der Nachbetrachtung räumten die Verantwortungsträger ein, dass die strikten Besuchsregelungen und –verbote Isolation und Einsamkeit erzeugt und verstärkt hatten.

Ein „Zeitzeugnis“ zur Belastung der Menschen in den Heimen ist der Niederschrift der Sitzung des Seniorenbeirates der Stadt Mülheim an der Ruhr vom 18.09.2020 zu entnehmen. Unter TOP 5 wurden die

Auswirkungen der durch die Pandemie bedingten Einschränkungen auf die Menschen in den stationären und teilstationären Senioreneinrichtungen

behandelt.

Zu Gast waren der Geschäftsführer und die Prokuristin der Mülheimer Seniorendienste, die hierzu berichteten.

Auszüge aus dem hier geschilderten Beratungsverlauf:

Herr Keppers und Frau Fragemann von den Mülheimer Seniorendiensten (...) berichteten (...) über die durch die Pandemie bedingten Auswirkungen in ihren Senioreneinrichtungen. Herr Keppers informierte die Mitglieder des Seniorenbeirates über die

Schwierigkeit der Einrichtungsleiter und Pflegekräfte, einzuhaltende Bestimmungen und Menschenwürde in der aktuellen Lage in Einklang zu bringen. Einsamkeit und soziale Isolation seien Themen, auf welche in der momentanen Situation ein besonderes Augenmerk gelegt werden müsse. Die Schnittmenge von Menschen, die einsam und sozial isoliert seien, sei in Senioreneinrichtungen besonders hoch.

Herr Keppers erklärte, dass wissenschaftliche Studien belegten, dass physische sowie psychische Gesundheit und Einsamkeit signifikant zusammenhängen. Die Referenten berichteten weiter über den Umgang mit dem Besuchsverbot. Zu Beginn der Pandemie waren weder Arzt- noch Therapeutenbesuche gestattet. Notfallmaßnahmen seien selbstverständlich sichergestellt gewesen. Die Pflegekräfte seien weitestgehend auf sich allein gestellt gewesen.

Er berichtete weiter von der Schwierigkeit, die häufig geänderten Rechtsverordnungen, beispielsweise die Schaffung von Quarantänebereichen, schnellstmöglich rechtskonform umzusetzen.

Auch die Kommunikation stelle bei Benutzung der Mund-Nasen-Schutz-Masken ein großes Problem dar. Durch die eingeschränkte Mimik seien Verständnisprobleme an der Tagesordnung. Zudem käme die Problematik der oftmals eingeschränkten Hörfähigkeit der Bewohnerinnen und Bewohnern.

Frau Fragemann gab zu Bedenken, dass prognostisch überlegt werden müsse, wie mit Menschen in einer solchen Ausnahmesituation umgegangen werden soll. (...) Die Referenten betonten, dass sie keine Kritik an den getroffenen Schutzmaßnahmen hätten. Allerdings müsse man die erlebten Erfahrungen kommunizieren und dafür Sorge tragen, die Bedingungen perspektivisch zu verbessern.

Herr Keppers erklärte, dass gerade in Anbetracht der steigenden Fallzahlen, der Fokus auf die Vereinsamung der älteren Menschen gelegt werden müsse. Die Konsequenz müsse aus den jetzigen Maßnahmen, wenngleich sie gerechtfertigt seien, gezogen werden.

3.2 Die Lebenslagen der ambulant versorgten Menschen während der Pandemie

Die Lebenslage der ambulant versorgten Menschen, dies wurde auch in den Sitzungen der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege deutlich, erschwerten sich ebenfalls erheblich. Der Schutz der Pflegekräfte und der Schutz der Pflegebedürftigen machten es erforderlich, Distanz-, Hygiene- und Schutzmaßnahmen umzusetzen, die die Menschen zusätzlich belasteten. Dies alles bei bereits knappen Personalressourcen. Tagespflegeeinrichtungen

mussten oft wochenlang schließen; und die damit verbundenen Entlastungsmaßnahmen für die häusliche Pflege machten es zuhause lebenden Pflegebedürftigen und ihren An- und Zugehörigen besonders schwer.

3.3 Pflegende Angehörige

Der nachfolgende Artikel von Prof. Dr. rer. pol. Sabine Bohnet-Joschko und Katharina Bیدنکو M. Sc. der Universität Witten/Herdecke fasst die wesentlichen Feststellungen der ZipA-Studie¹⁰ zur Lebenssituation pflegender Angehöriger informativ zusammen:¹¹

„Pflegende Angehörige werden als wichtigster Versorgungsdienst in Deutschland anerkannt. Im Jahre 2017 erfasste das Statistische Bundesamt rund 1,76 Millionen Personen mit Pflegegrad, die zu Hause allein durch ihre Angehörigen versorgt werden (1). Zwar wird das Thema Angehörigenpflege in Politik und Gesellschaft viel diskutiert, dennoch ist bisher nicht einheitlich geklärt, wer zum Kreis dieser Personen gehört. Seitens des Gesetzgebers wird die Definition in Abhängigkeit vom zeitlichen Umfang der Unterstützungstätigkeit festgelegt (2). In der Literatur finden sich indes weichere Formulierungen. Demnach werden alle Familienangehörigen, Freunde oder Nachbarn, die in die Versorgung und Betreuung einer Person mit gesundheitsbedingten Einschränkungen involviert sind, als pflegende Angehörige bezeichnet (3). Durch die uneinheitliche Abgrenzung ist auch nicht abschließend geklärt, wie viele Personen in Deutschland informell pflegen. So schätzt die BARMER Ersatzkasse die Anzahl pflegender Angehöriger auf 2,5 Millionen Menschen (4), während eine Studie des Robert Koch-Instituts von etwa 4,7 Millionen Menschen ausgeht (5). Angehörige sind in der Regel die erste und wichtigste Unterstützung für chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen. Diese Situation ist für die Betroffenen oft mit gesundheitlichen und sozialen Belastungen verbunden (4). Insgesamt wirkt sich Angehörigenpflege negativ auf den physischen und psychischen Gesundheitszustand der informell Pflegenden aus (6).

Tatsächlich existiert in Deutschland ein breites Spektrum an Informations-, Beratungs- und Entlastungsangeboten für pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen. Dennoch werden diese Angebote wenig in Anspruch genommen (7). Dieses Auseinanderfallen von Unterstützungsbedarf und Angeboten ist Ausgangspunkt für die

¹⁰ Vgl. Studie zum Forschungsprojekt „Zielgruppenorientierte Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige“ (ZipA) der Universität Witten/ Herdecke.

¹¹ Vgl. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/210859/Pflegende-Angehoeerige-Hoch-belastet-und-gefuehlt-allein-gelassen> .

Studie im Rahmen des Projekts ZipA – „Zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige“.

Bedürfnisse pflegender Angehöriger

Das Forschungsprojekt ZipA betrachtete die Gesamtgruppe pflegender Angehöriger und warf einen besonderen Fokus auf die Perspektive dieser Menschen. Das Projekt wurde vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und den Landesverbänden der Pflegekassen gefördert. Im Rahmen der Studie wurde untersucht, worin Bedarfe, Belastungen und Barrieren der Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen bestehen und wie sie in der Entwicklung und Kommunikation von Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden können.

Dazu wurden anhand eines standardisierten Online- und Papierfragebogens in der Zeit zwischen November 2018 und März 2019 insgesamt 1 429 pflegende Angehörige befragt. Zu der Gruppe zählten alle volljährigen Personen, die einen Familienangehörigen, einen Freund oder Nachbarn regelmäßig pflegten oder betreuten, und zwar unabhängig davon, ob die pflegebedürftige Person einen Pflegegrad hatte.

Erste Erkenntnisse der Studie: Pflegende Angehörige der ZipA-Studie leisten vielfältige Aufgaben von der Grundpflege (Unterstützung bei der Körperpflege, Ernährung und Mobilität) bis hin zu Organisation und sozialer Beschäftigung für die pflegebedürftige Person (Einkäufe tätigen, Post erledigen und gemeinsame Spaziergänge). Die deutliche Mehrheit pflegt Eltern oder Lebenspartner (82 %). Rund 80 % der befragten Personen sind Frauen mit einem Durchschnittsalter von 54 Jahren. Etwa 57 % sind erwerbstätig und rund ein Fünftel hat minderjährige Kinder im eigenen Haushalt.

Die Belastungssituation

Viele der Befragten fühlen sich durch die Pflege stark belastet (70 %). So begnügten sich einige Studienteilnehmer und -teilnehmerinnen nicht mit dem Ausfüllen des Fragebogens, sondern kontaktierten die Forscherinnen und berichteten teilweise sehr emotional, wie allein gelassen sie sich mit ihren Sorgen und Anliegen fühlen. Fast die Hälfte fühlt sich durch die Pflege körperlich überfordert und leidet gesundheitlich. Im Vergleich zu Gleichaltrigen schätzen 42 % ihren Gesundheitszustand als schlechter ein. Vor allem aber verursacht die Angehörigenpflege emotionale Belastung. So fühlen sich 72 % der Befragten psychisch stark belastet. Angehörige sehen sich darüber hinaus in ihrer Privatsphäre (68 %) sowie in ihren Freizeitaktivitäten und in ihrem Sozialleben (75 %) eingeschränkt. Die Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit hat auch Einfluss auf berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. So sehen

sich mehr als 30 % der Befragten bei der Suche nach einer Arbeitsstelle benachteiligt und mehr als 20 % der Berufstätigen berichten, dass ihre Arbeitsleistung durch die Angehörigenpflege beeinträchtigt wird.

Im Fokus der ärztlichen Behandlung steht in der Regel die chronisch kranke und pflegebedürftige Person, während Angehörige mit ihren Anliegen eher in den Hintergrund rücken (8). Der Hausarzt als zentraler und kontinuierlicher Ansprechpartner für die chronisch Erkrankten kann durch die Nähe zu Patienten mit andauerndem Pflege- und Unterstützungsbedarf auch deren Angehörige verstärkt in den Blick nehmen. Darauf fokussiert die Leitlinie der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin Nr. 6, „Pflegerische Angehörige von Erwachsenen“ (9). Sie sensibilisiert für pflegende Angehörige als eigene Patientengruppe der Allgemeinmedizin und rät, diese verstärkt zu beachten. Gesundheitsgefährdete und erkrankte Angehörige sollten demnach frühzeitig erkannt, bedarfsgerecht behandelt und zu entlastenden und präventiven Maßnahmen beraten werden (9).

Der Informationsbedarf

Pflegerische Angehörige haben einen hohen Informations- und Beratungsbedarf. Die ZipA-Befragung zeigt, dass sich 35–65 % mehr Information zur Bewältigung der Pflegesituation wünschen. Themen wie die Organisation des Pflegearrangements werden als besonders wichtig angesehen. Pflegerische Angehörige haben aber auch eigene Bedürfnisse. Viele Studienteilnehmer haben Fragen zum Erhalt der eigenen Gesundheit (77 %) und wünschen sich (mehr) Austauschmöglichkeiten mit anderen Betroffenen (71 %).

De facto existieren zahlreiche Angebote zur Entlastung pflegender Angehöriger, darunter auch Tages-, Kurzzeit- oder Verhinderungspflege. Diese Angebote ermöglichen es pflegenden Angehörigen, eine Auszeit von der Betreuung zu nehmen. Pflegekurse vermitteln gesundheitsschonende Techniken und fördern den Austausch zwischen den Betroffenen. Zu diesen und weiteren Unterstützungsangeboten können sich pflegerische Angehörige bei den Pflegestützpunkten und kommunalen Beratungsstellen informieren – doch viele verzichten darauf. (...)

Angebote sind wenig bekannt und werden kaum genutzt

Dabei wäre dies in vielen Fällen besonders hilfreich. Die Ergebnisse der ZipA-Befragung zeigen, dass pflegerische Angehörige bestehende Informations- und Beratungsangebote nur bedingt kennen. 55–65 % der Befragten wissen, wie sie sich zu unmittelbar pflegebezogenen Themen informieren können. Informationsangebote zu ihrer eigenen Unterstützung kennen

jedoch weniger als 40 %. Noch sehr viel geringer ist die tatsächliche Inanspruchnahme dieser Beratungsangebote. Lediglich 20–35 % haben sich über mögliche Unterstützung bei der Pflege und Betreuung intensiv informiert. Besonders wenig bekannt und vermutlich deswegen kaum genutzt sind die Angebote zu den eigenen Bedürfnissen, obgleich hier ein besonders hoher Bedarf identifiziert wurde.

4. Die Besonderheit der „Babyboomer“¹² (Exkurs)

In dem nun folgenden Exkurs soll ein Blick auf die Besonderheit der sogenannten „Babyboomer“ geworfen werden. Die Menschen dieser Altersgruppen, werden in den nächsten Jahren in die nachberufliche Lebensphase eintreten und innerhalb des demografischen Wandels für „viel Bewegung“ sorgen.

Die Entwicklung des Älterwerdens ist für die einzelnen Menschen entscheidend damit verbunden, unter welchen politischen, soziologischen und wirtschaftlichen Verhältnissen sie aufgewachsen sind, erwachsen wurden und wie sie ihr eigene Biografie entfalten und gestalten konnten. Wenn wir die Lebensqualität des Älterwerdens der Babyboomer betrachten, ist es unabdingbar, sich mit der Entstehung der Werte und Lebensformen der heute über 60-Jährigen zu befassen und diese verstehen zu können. Die Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (LaS NRW), deren einer der beiden Sprecher der Autor dieser Planung ist, vertritt aktuell 127 Beratungsstellen für ältere Menschen (Oberbegriff: Seniorenbüros) in NRW und befasst sich seit einigen Jahren u.a. mit den Herausforderungen des demografischen Wandels und dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in die Nacherwerbszeit.

Der nachfolgende Exkurs zu diesem Thema bezieht sich auf Erkenntnisse aus dieser Beratungsarbeit und aus einem Vortrag der Sprecherin der LaS NRW, Ursula Woltering, Stadt Ahlen.

Bis zum sogenannten „Pillenknicke“ wuchs die Zahl der Neugeborenen in den Jahren 1955 bis 1969 besonders stark. In der Folge war in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Bildungsexpansion notwendig geworden und gleichzeitig erzeugte allein die hohe Zahl der in die Arbeitswelt strebenden jungen Erwachsenen für eine bis dahin nie dagewesene Konkurrenzsituation. Zu dieser Zeit stiegen die Schülerzahlen so stark, dass Schuljahrgänge „mehrzügig“ wurden und mehr Klassenräume als zuvor eingerichtet werden mussten. Die Aufnahmekapazitäten in den Hochschulen und am Arbeitsmarkt wurden knapp. Das war die Zeit des expansiven Hochschulbaues in NRW, der Gründung von Berufskollegs und vielem

¹² Als die sogenannten „Babyboomer“ werden die geburtenstarken Jahrgänge ab 1955 bis 1969 bezeichnet.

mehr. In NRW wurde in nie dagewesenem Umfang ein Strukturwandel eingeleitet - insbesondere das Ruhrgebiet sollte vom Industrie- zum Bildungsstandort ausgebaut werden. Dienstleistungsunternehmen kamen, brauchten gut ausgebildete junge Menschen, Stahlerzeugung und Kohlebergbau wurden zurückgefahren. Die Arbeitslosigkeit stieg und die Politik erfand sogenannte Arbeitsmarktinstrumente, wie die Schaffung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. (Nicht wenige, die später außerhalb ihres erlernten Berufes tätig wurden, kamen über diesen Weg in vorher nicht vorhergesehene Berufsbiografien.)

Die Menschen der Jahrgänge ab 1955 sind bereits im Rentenalter oder kommen jetzt nach und nach in die Lebensphase der nachberuflichen Zeit.

Die „Babyboomer“ sind schon seit einigen Jahren ein soziologischer Gegenstand der Betrachtung der Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften und gelten damit als „gut erforscht“.

Hier einige Erkenntnisse zu dieser „Spezies“:

Viele Babyboomer verfügen über diskontinuierliche und unterbrochene Erwerbsbiografien. Untersuchungen zur materiellen Versorgung stellen fest, dass es eine hohe Zahl von Neurentnerinnen und Neurentnern geben wird, die aufgrund niedriger Rentenzahlungen von Altersarmut betroffen sein werden. Glaubt man den hierfür erstellten Berechnungen, wären gut 50 % der Neurentnerinnen und -rentner aufgrund nicht ausreichender Rentenbeiträge an der Grenze des Existenzminimums. Viele werden dazuverdienen (müssen).

Die Motive, auch nach dem Eintritt ins Rentenalter seinen Lebensunterhalt durch Arbeitseinkommen sichern zu müssen oder zu wollen, sind vielfältig. Diejenigen, deren Rente nicht ausreicht, „arbeiten ohne Ende“ und/oder beziehen Grundsicherung. Andere, gut ausgebildete Rentnerinnen und Rentner, wollen auch weiterhin ihre professionellen Ressourcen einbringen, gestalten einen langsamen Übergang in den Ruhestand und erhöhen damit ihre Lebenszufriedenheit und das Gefühl noch gebraucht zu werden, in dem sie sich in ihrer neu gewonnenen Zeit bürgerschaftlich, sozial und/oder in Kultur und Bildung engagieren. Babyboomer verfügen im Gegensatz zu den Altersgruppen der Kriegs- und Vorkriegsgenerationen und aufgrund eines durchschnittlich hohen Bildungsstandes über Ressourcen und Potentiale, die sie oft auch im Gemeinwesen und durch bürgerschaftliches Engagement einsetzen.

Sie verfügen über Bildung und Wissen und die Fähigkeit sich Neues anzueignen. Im Durchschnitt genießen sie eine gute Gesundheit und eine hohe Lebenserwartung und bewegen sich in familiären, sozialen und digitalen Netzwerken. In ihrem Vortrag zum Thema beschrieb

Ursula Woltering die Babyboomer als eine Mischung aus „Tradition und Vielfalt“. Viele der Jugendlichen der sogenannten 68er-Generation und die Heranwachsenden der 1970er-Jahre erwarben eine postmaterielle Werteorientierung. Es entstanden Frauen-, Friedens- und Umweltbewegungen. Es kam die Zeit der AKW-Proteste und Ostermärsche, die „Nach-68er“ trafen sich in Großstädten in der Hausbesetzerszene und experimentierten mit alternativen Lebens- und Wohnformen. Die klassische Kleinfamilie ihrer Elterngeneration aus den Vorkriegsjahren war für viele junge Erwachsene keine Alternative mehr. Zwar war die häufigste Lebensform noch die „Erst-Ehe“ – doch mit der Zeit stieg die Zahl Lediger und Mehrfachverheirateter an. Sogenannte Patchworkfamilien und Singlehaushalte standen neben traditionellen Familienverbänden und -verläufen.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich bezüglich der Chancen für Mülheim an der Ruhr zur Entwicklung eines Unterstützungsnetzwerkes aus den in diesem Exkurs dargelegten Lebenslagen und Lebensbewältigungsstrategien der sogenannten „Babyboomer“ ziehen? Aus Sicht der Protagonisten dieses Vorhabens im Wesentlichen die nachfolgenden drei:

- a) Die Bereitschaft, sich nach eigenen Möglichkeiten, in die ein solches Netzwerk einzubringen, wird bei denjenigen hoch sein, die sich bereits während ihres Berufslebens selbstverantwortlich und kreativ gestaltend einbringen konnten.
- b) Die Bereitschaft sich temporär in Arbeitsbeziehungen und Projekte einbinden zu lassen, anstatt in feste (Vereins-)strukturen ist höher als bei früheren Generationen.
- c) Die Bereitschaft selbst Hilfe zu leisten als auch selbst Hilfe anzunehmen ist bei der Alterskohorte der Babyboomer hoch. Dies war eine zentrale Erfahrung während der Zeit des psychosozialen Krisenmanagements, als es darum ging, unbürokratisch und schnell Hilfen zur Bewältigung der Pandemie bürgerschaftlich zu organisieren.

5. Handlungsauftrag

Die nachfolgende Planung kann nur begrenzt zu den hier ausgesuchten Lebenslagen älterer Menschen Auskunft geben; sie kann gleichwohl aber dafür sensibilisieren, mit möglichst hoher Achtsamkeit, alle kommunal verfügbaren Möglichkeiten zu nutzen, um die Lebenslagen aller Menschen transparent erfassen und deren Verbesserung einleiten zu können. Letztlich entscheidend ist nicht die Erkenntnis, sondern das daraus resultierende Handeln, mit dem Menschen darin unterstützt werden, ihre Würde und Lebensqualität im Alter bewahren und sichern zu können.

Die Ausrichtung einer Teilhabe ermöglichenden kommunalen Daseinsvorsorge, bezogen auf die Lebenslagen älterer Menschen, erfordert ein von der Kommune gelenktes aber partizipativ ausgerichtetes Zusammendenken und Zusammenwirken all der in der Verantwortung stehenden Organisationen, Institutionen und Entscheidungsträger. Eine kooperative und integrierende Sicht wurde in der Kommunalen Planung für Alter und Pflege (2019) vorgestellt und setzte das Ziel, die im Siebten Altenbericht geforderte "Sorgende Gemeinschaft" kommunal zu befördern.

Wie bereits in der Berichtsvorlage V 22/0423-01 zur Sitzung des Seniorenbeirates am 30.05.2022 formuliert, geht es bei der Erfassung der (materiellen) Lebensbedingungen älterer Menschen in Mülheim an der Ruhr um diese Fragestellungen:

Welche Mittel und Maßnahmen sind in Mülheim an der Ruhr wirksam einzusetzen, um die Menschen zu erreichen, die aufgrund mangelnder Teilhabe(-möglichkeiten) von Einsamkeit und Isolation bedroht sind?

Was können wir als Verantwortungsgemeinschaft dazu beitragen, dass die Folgen von Altersarmut in Mülheim an der Ruhr enttabuisiert, die Scham zur Inanspruchnahme von Leistungen (insbesondere der Grundsicherung) zunehmend überwunden werden kann und die Auswirkungen von Altersarmut zumindest gemildert werden?

Gelingt es, durch das Zusammenwirken unterschiedlicher helfender Stellen und die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements, das schon in Planung befindliche Unterstützungsnetzwerk aufzubauen und als Regelstruktur zu implementieren?

B Gelingende Lebensbedingungen im Alter

1. Vorbemerkung

Das nachfolgende Kapitel wird aufzeigen, welche Faktoren dazu beitragen und welche Angebote bereits bestehen, um dem Ziel „Gelingende Lebensbedingungen im Alter“ näher kommen zu können.

Für die Kommunale Planung bedeutet „Gelingendes Leben im Alter“, die Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld in den Blick zu nehmen, ihre Interessen, Bedürfnisse und Ressourcen zu erkennen und sie darin zu unterstützen, diese Ressourcen aktivieren zu können. Gleichzeitig geht es darum, das Quartier und die Nachbarschaften, in den die Menschen leben, als Ressourcen des Stadtteils zu nutzen und die daraus resultierenden Planungen, Projekte und Aktivitäten über Aushandlungsprozesse im Dialog zu erarbeiten. Stets geht es um die Orientierung an dem Willen und den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und um die Unterstützung von Selbsthilfe und Eigeninitiative. Die Förderung der Wohn- und Lebensbedingungen verlangt eine vielschichtige Betrachtungs- und Herangehensweise. Die Themen in den Stadtteilen und Quartieren, die für ein gutes Leben relevant sind, sind fast überall ähnlich, wenngleich auch in unterschiedlicher Ausprägung. Fragt man die Bewohnerinnen und Bewohner nach den Themen, die sie bewegen, beispielsweise im Rahmen einer Quartierswerkstatt, werden in der Regel folgende Themenbereiche genannt:

Alle Fragen rund ums Wohnen innerhalb und außerhalb der eigenen Wohnung, Unterstützung im Alltag bei Hilfebedarf, Verkehr, Mobilität und Sicherheit, Freizeit, Kultur und Bildung sowie das Leben in Nachbarschaft.¹³

Prof. Dr. Thomas Klie, einer der renommiertesten Altersforscher Deutschlands, formulierte in seinem Vortrag "Für ein gutes Leben im Alter" am 27.09.2022 in Regensburg wie folgt:

„Wir müssen die Verantwortung für Bedingungen guten Lebens älterer Menschen auf Landes- und Bezirksebene einlösen – dadurch, dass wir:

- gesellschaftliche Rollen älterer Menschen und Altersbilder differenzieren,
- Lebenslagen spezifische Einschränkungen kompensieren,
- Menschenrechte gewährleisten, Demütigungen vermeiden,
- verlässliche Strukturen in allen Sozialräumen wohlfahrtspluralistisch sichern oder verbessern,

¹³ Auszug aus der Kommunalen Planung für Alter und Pflege 2019.

- Care und Case Management Systeme aufbauen,
- Governance-Strukturen qualifizieren,
- Innovationen fördern,
- demokratische Resilienz sichern und
- ein Leitbild der Caring Community verankern.“

Prof. Dr. Klie führt hierzu in dem o. g. Vortrag aus, was auf der kommunalen Ebene in den Blick genommen werden müsse. Er bezieht sich hierbei auf die amerikanische Sozialwissenschaftlerin Martha Nussbaum, die „gelingendes Leben“ daran festmacht, ob ein Mensch seine Wesensmerkmale mit den damit verbundenen Fähigkeiten zum Ausdruck bringen kann.

Er stellt diese in einer Tabelle gegenüber. Sie ist auf der Folgeseite wiedergegeben.

Wesensmerkmale des Menschen	Grundbefähigungen
Sterblichkeit: Alle Menschen wissen um ihre Sterblichkeit und haben unter normalen Umständen eine Abneigung gegen den Tod	Leben: die Fähigkeit, ein lebenswertes Leben zu leben und nicht vorzeitig sterben zu müssen
Körperlichkeit: zur Körperlichkeit im Sinne eines gesunden Körpers gehören das Empfinden von Hunger und Durst, das Bedürfnis nach Schutz vor Natureinflüssen, aber auch den Übergriffen anderer Menschen,	Körperliche Integrität: diese umfasst die Fähigkeiten, sich guter Gesundheit zu erfreuen und sich ausreichend zu ernähren, eine angemessene Unterkunft zu haben und gegen Gewalt und sexuelle Übergriffe geschützt zu sein
Freude und Schmerz: Das Gefühl von Freude und Schmerz haben alle Menschen, erleben es aber kulturabhängig unterschiedlich	Gefühlserfahrung: umfasst die Fähigkeit, unnötigen Schmerz zu vermeiden, freudvolle Erlebnisse zu haben und ohne traumatische Erlebnisse zu leben
Sinne, Vorstellung und Denken: Ohne Wahrnehmung, Vorstellung und Denken könnte der Mensch sich nicht in der Welt orientieren	Kognitive Fähigkeiten: umfassen die Fähigkeit, sich seiner fünf Sinne, seiner Phantasie und seiner intellektuellen Fähigkeiten zu bedienen
Frühkindliche Entwicklung: Alle Menschen entwickeln sich aus Bedürftigkeit und Abhängigkeit n einem Prozess zu einer eigenständigen Person	Vertrauen: bedeutet die Fähigkeit zur Bindung an Dinge oder Personen, zur Liebe, Trauer, Dankbarkeit oder Sehnsucht
Praktische Vernunft: es gehört zum Wesen des Menschen, Situationen zu bewerten und seine Handlungen zu planen	Vorstellung des Guten: umfasst die Fähigkeit, eine Auffassung des Guten und eines guten Lebens zu entwickeln,
Verbundenheit mit anderen Menschen: Menschen leben immer bezogen auf andere, benötigen Anerkennung und haben das Gefühl der Anteilnahme und des Mitleids	Sozialität: umfasst die Fähigkeit zur sozialen Interaktion, sich mit anderen zu identifizieren und das Gefühl, die Achtung anderer zu haben

Verbundenheit mit anderen Arten und der Natur:	Ökologische Verbundenheit: umfasst die Fähigkeit zur Anteilnahme für und in Beziehung zu Tieren, Pflanzen und zur Welt der Natur zu leben
Humor und Spiel: Wenn Kinder nicht lachen oder spielen, gilt das als Zeichen einer Störung. Der Mensch strebt nach Erholung	Freizeitgestaltung: umfasst die Fähigkeit zu lachen, zu spielen und erholsame Tätigkeiten zu genießen
Getrenntsein: Jeder Mensch ist ein Individuum mit eigenen Gefühlen und individuellen Merkmalen und Selbstachtung.	

Die „kommunale Befähigung“ liege darin, die Daseinsvorsorge an den Bedingungen guten Lebens auszurichten und damit regionale Disparitäten und soziale Ungleichheiten stärker als bisher zu berücksichtigen. Strukturen seien so zu gestalten, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv am Planen, Erstellen und Bereitstellen öffentlicher Leistungen und Infrastrukturen („Koproduktion“) beteiligt würden.

Ziel und Schwerpunkt der Arbeit in den Stadtteilen ist es und muss es auch künftig sein, die Beteiligung der Menschen so zu ermöglichen, dass sie mit ihren Vorstellungen eines guten Lebens im Alter gehört werden und es ihnen ermöglicht wird, über das Schaffen von Begegnung, insbesondere, die Faktoren Sicherheit, Mobilität, Versorgung und Information in den Blick zu nehmen.

Der im Jahr 2013 entwickelte Masterplan Quartier der damaligen NRW-Landesregierung gab wichtige Impulse für die kommunale Entwicklung, die auch in dieser Planung nach wie vor Gültigkeit haben.

Das seinerzeit eingerichtete Landesbüro für altengerechte Quartiere in NRW formulierte hierzu die folgenden Punkte zu den Bedürfnissen älterer Menschen:

- Menschen haben den Wunsch, an einem Ort alt zu werden,
- zu dem sie sich hingezogen fühlen,
- der ihnen vertraut ist,
- der ihnen Sicherheit und Geborgenheit gibt,
- der ihre Grundversorgung gewährleistet,
- kurz: der ihnen zu einem positiven Lebensgefühl verhilft.

Mit diesem Masterplan wurden erstmals von einer Landesregierung die „Dimensionen“ und damit die Handlungsfelder einer altengerechten Quartiersentwicklung formuliert.

Vor diesem Hintergrund nimmt die Kommunale Planung 2023 folgende Handlungsfelder in den Fokus:

- Seelische Gesundheit,
- Gutes Leben im Quartier – das Engagement der Wohnungsunternehmen,
- Hilfen aus einer Hand – die kommunale Senioren- und Wohnberatung,
- Anders wohnen – Alternative Wohnformen in Mülheim an der Ruhr,
- Hilfe und Unterstützung im Haushalt – *Nah&Fair*[®] - Kooperationsgemeinschaft haushaltsnaher Dienstleister,
- Gesellschaftliche Teilhabe – Stätten der Begegnung als verlässliche Anlaufstellen,
- Sicherheit, Mobilität und (digitale) Information.

Dazu im Einzelnen:

2. Seelische Gesundheit

In den letzten beiden Jahren und unter dem Eindruck der Pandemie, rückte die gesundheitliche, psychosoziale Situation älterer Menschen stärker als bisher in den Fokus. Dies wurde auch seitens der Landesregierung erkannt und es wurde die *Landesinitiative Ältere beim Landeszentrum für Gesundheit* eingerichtet. Die Stadt Mülheim an der Ruhr war über eine enge Kooperation mit dem Landeszentrum an der Entwicklung von Handlungsempfehlungen beteiligt, aus denen nachfolgend zitiert werden darf.

Diese Handlungsempfehlungen des Landeszentrums für Gesundheit (LZG NRW) zielen darauf, durch die Schaffung von Rahmenbedingungen unmittelbar über die Wohnsituation der Menschen in der eigenen Wohnung als auch im Quartier dazu beizutragen, dass Menschen seelisch gesund bleiben und ortsnah auf Hilfen zurückgreifen können, wenn diese erforderlich sind. Die wesentlichen Bedingungen, die hierzu beitragen, können Kommunen als „Richtschnur“ dienen. Anhand dieser ist es den Kommunen möglich, ihre Wohnungs- und Lebenslagen in den Stadtteilen und Quartieren zu reflektieren und, wenn erforderlich, eine Weiterentwicklung zu planen und einzuleiten.

Die Handlungsempfehlungen folgen einem integrierten Ansatz, der die Bedingungen benennt, die zum Erhalt und zur Förderung der seelischen Gesundheit beitragen. Neben den Risiken der materiellen Versorgung nimmt sie den Bildungsstatus und erlittene biografische Schicksalsschläge sowie Erkrankungen in den Blick. Ebenso geht sie der Frage nach, wie zufrieden ein Mensch in welcher Wohnform lebt.

Der Kommune und der mit ihr verzahnten Kooperationspartner wird empfohlen, dass

- die Inanspruchnahme von bestehenden Angeboten durch Transparenz gefördert wird.
- zugehende und aufsuchende Angebote etabliert werden, die geeignete Strategien darstellen, um ältere von Einsamkeit Betroffene zu erreichen.
- niedrighschwellige Interaktions- und Teilhabeangebote im örtlichen Nahraum angeboten werden.
- die Möglichkeit zur Nutzung von Sportvereinen geboten wird, um dadurch wohnortnahe, kostengünstige und niedrighschwellige Teilhabe anzubieten.
- adressatengerechte Gesundheits- und Breitensportangebote für ältere und hochaltrige Menschen angeboten werden.
- Ernährung im Alter als elementarer Bestandteil seelischer Gesundheit zu verstehen ist. Angebote, die Mahlzeiten anbieten, sollen mit sozialer Interaktion, Aufmerksamkeit und der Möglichkeit der Kommunikation und Teilhabe verknüpft werden.¹⁴

Die Kommunale Gesundheitskonferenz und die Konferenz für Alter und Pflege der Stadt greifen diese Handlungsempfehlungen auf. Durch Beratung des LZG NRW bildete sich in Mülheim an der Ruhr eine Arbeitsgruppe, bestehend aus 15 bis 20 beruflich mit dem Thema Seelische Gesundheit befassten Akteurinnen und Akteuren, die sich zum Ziel gesetzt haben, im Laufe der nächsten Monate zu dem Thema zu arbeiten. Bei den Arbeitstreffen, die bisher hierzu stattfanden, wurde deutlich, dass seelische Gesundheit ein Querschnittsthema ist, dessen Bedeutung mit zunehmender Verunsicherung in Krisenzeiten nach Meinung aller AG-Mitglieder erheblich zunehmen wird. Zu den hier zu verabredenden Zielen hat sich die Arbeitsgruppe als Arbeitskreis der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) formiert und berichtet in den zuständigen Gremien regelmäßig über ihren Arbeitsfortschritt.

Die Kolleginnen und Kollegen dieser Arbeitsgruppe stehen durch ihre fachliche Arbeit für alle Altersgruppen und verstehen sich als Verantwortungsgemeinschaft. Zur Stärkung der eigenen gemeinsamen Ausrichtung auf gemeinsame Ziele hat sich die Arbeitsgruppe ein eigenes Logo entwerfen lassen. Es

soll einerseits den Präventionsgedanken in den Vordergrund stellen, steht jedoch auch für die Einbeziehung psychisch erkrankter Menschen.

Die Woche der seelischen Gesundheit, die jeweils im Oktober des Jahres stattfindet wird gemeinsam mit verschiedenen Aktivitäten gestaltet.

Die Entwicklung „Präventive Hausbesuche“ wird im Rahmen der AG erfolgen. Diese Idee entstand bereits im ersten Workshop der Arbeitsgruppe am 19.10.2022 und wurde auch

¹⁴ Vgl. LGP, Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention NRW, Version 2.0, 2022, Seite 57.

beim Treffen am 28.02.2023 thematisiert. Beispiele aus anderen Städten und Kreisen dienen hier als Vorlage, an der man sich orientieren kann.

Die Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit ist ein zentrales Ziel der AG. Im ersten Halbjahr 2024 soll ein Fachtag zum Thema stattfinden.

3. Gutes Leben im Quartier - das Engagement der Wohnungsunternehmen

Ob sich Menschen in ihrem Lebensumfeld wohlfühlen und dort „gerne“ leben, hat zum einen damit zu tun, ob ihre Wohnung ihren Bedürfnissen nach Größe, Bezahlbarkeit und Ausstattung entspricht, und zum anderen, in welchem Wohnumfeld sich diese befindet.

Die Kommune kann hier indirekt mit dazu beitragen, dass sich die Wohnlagen der Menschen strukturell verbessern. Eine dieser Möglichkeiten des Ein- und Mitwirkens besteht, vor allem, was bestehende Wohnquartiere betrifft, in einem wirkungsvollen Dialog und in einer Kooperation mit den jeweiligen Haus- und Wohnungseigentümern in ihrer Funktion als Vermieterinnen und Vermieter.

Die Wohnungsunternehmen haben sich, vor allem auch aus wohnungswirtschaftlicher Hinsicht, auf den Weg gemacht, komplementäre Unterstützungsleistungen für ihre Bewohnerinnen und Bewohner zur Verfügung zu stellen bzw. vermitteln zu können.

Das Engagement der Mülheimer Wohnungsunternehmen Service Wohnen Bauen (SWB) und der Mülheimer Wohnungsbau eG (MWB), die Quartiere, in denen sie Liegenschaften unterhalten, stärker in den Blick zu nehmen, hat sich insbesondere für ältere und hilfebedürftige Menschen als förderlich erwiesen. Die Zusammenarbeit des Quartiersmanagements der SWB in Heißen an der Kleiststraße, in Styrum an der Sedanstraße und in Dümpten, Oberheidstraße, sowie der Betrieb des Nachbarschaftshauses (Mülheimer Nachbarschaft und Pflege Behmenburg) in Heißen an der Hingbergstraße haben sich für die jeweiligen Quartiere sehr positiv ausgewirkt. Die Wohnungsunternehmen bieten diese Form der Begegnung stets für alle Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Nachbarschaften an und nehmen damit zunehmend eine wichtige Vermittlerfunktion in weiterführende Dienste und zur kommunalen Beratung ein. Die gute Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, der Selbsthilfe und der Stadt Mülheim an der Ruhr ist mittlerweile ein wichtiger Beitrag in der kommunalen Daseinsvorsorge und soll weiter ausgebaut werden.

Über Kooperationsvereinbarungen, die die Art der Zusammenarbeit, die Aufgaben und Rollen klären, könnten zum Beispiel Verbindlichkeit hergestellt und eine partizipative Arbeitsstruktur geschaffen werden.“¹⁵

Zwischen dem Fachbereich Soziales und der SWB wurden 2018 und 2020 Kooperationsvereinbarungen geschlossen, um damit die Steuerung der Quartiersarbeit in Heißen an der Kleiststraße und in Dümpten an der Oberheidstraße unterstützen zu können. Diese Kooperationsvereinbarungen dienen als „Blaupausen“ für die weitere gemeinsame Entwicklung weiterer Begegnungsmöglichkeiten im Quartier. Hierzu zählen neben den Quartierspunkten auch nutzbare Gemeinschaftsräume in den SWB-Liegenschaften. Zu den strategischen Entwicklungszielen dieser Kooperation heißt es:

„Die Kooperationspartner verständigen sich aufgrund oben genannter konzeptioneller Grundlage auf folgende gemeinsame strategische Entwicklungsziele:

- Aktivierung der quartiersbezogenen Akteure und der Bewohnerschaft und Entwicklung adäquater Beteiligungsformen.
- Generationengerechte Entwicklung des Wohnungsbestands im Quartier, differenziert nach Lebensphasen und Lebensformen der Bewohnerschaft.
- Entwicklung eines generationengerechten Wohnumfeldes (barrierefreies Wohnumfeld, Schaffung von Grün- und Freiräumen, Sicherung von Versorgungs- und Dienstleistungsangeboten)
- Förderung einer lebendigen Nachbarschaft und Stärkung des Zusammenhalts durch Etablierung formeller und informeller Strukturen sowie Stärkung der Identifikation der Bewohnerschaft mit dem Quartier
- Gewährleistung einer wohnungs-, haushalts- und personenbezogenen Versorgungssicherheit und Unterstützung im Alltag als Voraussetzung für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben und Wohnen (Pflege, Nahversorgung, wohnungsnaher Dienstleistungs- und Warenangebote)“¹⁶

Diese Kooperationsvereinbarung bezieht die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers aktiv ein. Weiter heißt es in § 3 zur Partizipation von Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohnern:

Die Quartiersentwicklung soll unter der Teilhabe aller Bewohnerinnen und Bewohner, unabhängig Ihrer Lebenslagen, dem Geschlecht oder der Herkunft, generationenübergreifend u.a. die Selbstbestimmung bis ins höchste Alter verbessern. Die Bedürf-

¹⁵ Ebenda, Seite 33.

¹⁶ § 2 der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Mülheim an der Ruhr und der Service-Wohnungsvermietungs- und -baugesellschaft mbH Mülheim an der Ruhr vom 26.08.2020.

nisse, Ideen und das Engagement der Bewohnerschaft werden daher in die Entwicklung für ein lebenswertes Quartier bestmöglich einbezogen. Eine Teilhabe der Bewohnerschaft an der Entwicklung ihres Quartiers wird durch geeignete partizipative Methoden und Formate sichergestellt. Quartiersbewohnerinnen und -bewohner erhalten umfangreiche Möglichkeiten, eigene Ideen zu artikulieren und sich (ehrenamtlich) einzubringen. Bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten werden die Quartiersbewohnerinnen und -bewohner vom Quartiersmanagement beraten und unterstützt und/oder an Akteure/Kooperationspartner vermittelt.¹⁷

Das Zustandekommen dieser Kooperationsvereinbarungen war das Produkt der vorangegangenen Entwicklungszeit in Rahmen eines Projektes des Landes NRW von November 2016 bis Februar 2018 zur Förderung der Quartiersentwicklung durch die Aufstellung eines „Masterplans Quartier für eine altengerechte Quartiersentwicklung“. Die Zielsetzung in Mülheim an der Ruhr war es, diese Handlungsfelder generationenübergreifend und gleichsam als altersgerechte Quartiersentwicklung zu befördern.

4. Hilfen aus einer Hand - Die kommunale Senioren- und Wohnberatung als wichtige Ansprechpartnerin für ältere Bürgerinnen und Bürger und ihre Angehörigen

Die Ziele „Soziale Daseinsvorsorge, Sicherstellung von Teilhabe und eines möglichst langen Verbleibs in der eigenen Wohnung“ sind drei wesentliche Schwerpunkte der sozialen Arbeit mit und für ältere Menschen im Gemeinwesen.

Die Senioren- und Wohnberatung leistet hierzu einen unverzichtbaren Beitrag.

Die Arbeit der Senioren- und Wohnberatung ist vielfältig. Zahlreiche Erstkontakte kommen telefonisch und zunehmend per elektronischer Anfragen zustande. Häufig sind „einfache“ Fragen zu Beginn einer Beratung der Ausgangspunkt umfassend notwendiger Hilfeleistungen, die sich erst bei einem Hausbesuch herausstellen.

Viele ältere Menschen empfinden Scham, sich hilfeschend an eine Behörde wenden zu müssen; einige verzichten lieber auf die ihnen zustehenden Leistungen der Grundsicherung, als sich an das Sozialamt zu wenden. Hier bietet die Seniorenberatung eine wichtige „Brückenfunktion“ und erreicht durch die Präsenz im Stadtteil und durch die Zusammenarbeit mit anderen karitativen und gewerblichen Diensten diese Bürger oft noch in einem zweiten Schritt.

¹⁷ § 3 der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Mülheim an der Ruhr und der Service- Wohnungsvermietungs- und -baugesellschaft mbH Mülheim an der Ruhr vom 26.08.2020.

Eine positiv motivierende Öffentlichkeitsarbeit in Form von Presseberichten, Vorträgen und Informationsveranstaltungen senken die Hemmschwelle zur Inanspruchnahme von Hilfen. Eine hohe Bedeutung hat deshalb auch die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Besuchsdiensten und die Mitwirkung bei Projektentwicklungen wie in dem bundesgeförderten Projekt „Selbstbestimmt im Alter – Vorsorgeunterstützung im Team“.

Räumlich gliedert sich der Zuständigkeitsbereich der Senioren- und Wohnberatung in die drei Bezirke: 1 Rechtsruhr – Süd, 2 Rechtsruhr – Nord und 3 Linksruhr.

Inhaltlich gliedert sie sich in drei Aufgabenbereiche:

- a. Seniorenberatung,
- b. Wohnberatung,
- c. Netzwerkarbeit.

a. Seniorenberatung

Die Zielsetzung der Seniorenberatung ist es, Einwohnerinnen und Einwohnern umfassende Informationen rund um den Themenkomplex „Älterwerden“ zu vermitteln und lebensweltorientierte Beratung anzubieten, die den persönlichen Bedürfnissen und Bedarfen der Ratsuchenden entspricht.

Die Seniorenberatung ist nicht nur Ansprechpartner für die ratsuchenden Menschen selber, sondern stellt ebenso eine Anlaufstelle für die Angehörigen dar.

Sie bietet den Ratsuchenden einen Überblick über örtliche Anbieter und in Betracht kommende Unterstützungs- und Hilfsangebote für eine möglichst lange, selbständige Lebensführung in der eigenen Häuslichkeit.

Ebenso unterstützt sie die Vernetzung vorhandener Hilfen und Angebote.

b. Wohnberatung

Wohnungsanpassungen tragen dazu bei, häusliche Pflege zu ermöglichen oder zu erleichtern und Heimeinzüge zu verhindern. Durch Wohnberatung wird der unmittelbare Lebensraum des Menschen an seine individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten angepasst. Dies kann präventiv im Vorfeld von möglichen Einschränkungen der Selbstständigkeit oder als Reaktion auf bereits vorhandene Einschränkungen geschehen.

Die Beratungen können dabei individuell auf einzelne Betroffene ausgerichtet als auch strukturell orientiert sein, indem Multiplikatoren, Einrichtungen und Organisationen beraten und angesprochen werden.

Die Wohnberatung hat zum Ziel, das selbständige Wohnen bzw. die selbständige Haushaltsführung der Menschen in ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld zu erhalten, zu fördern oder

wiederherzustellen. Sie bietet Informations- und Beratungsgespräche in den Beratungsstellen oder im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen und Beratungsgespräche in den Wohnungen der Ratsuchenden (zugehende Beratung) an.

Bezüglich der Durchführung von Wohnungsanpassungsmaßnahmen gehören zur Beratung, Planung und Begleitung beispielsweise Auskünfte zu

- technischen Hilfsmitteln (z.B. Toilettensitzerhöhungen, Badewannenliftern, etc.)
- Ausstattungsänderungen in der Wohnung (z.B. Entfernen von hinderlichen Einrichtungsgegenständen, Entfernen von Stolperfallen),
- baulichen Veränderungen der Wohnung (z.B. Türverbreiterung, Einbau einer barrierefreien Dusche),
- Fragen des Zimmertausches und der Raumnutzung.

Ebenso wird zu Fragen eines anstehenden Wohnungsumzuges beraten, eines Wohnungstausches oder eines -wechsels.

c. Netzwerkarbeit

Die Aufgabenstellung der Netzwerkarbeit beinhaltet die Organisation und Sitzungsleitung der Netzwerkgruppen. Dazu zählt ebenso die Führung von Strategiegesprächen mit den Akteuren im Stadtteil zur Abstimmung gemeinsamer Angebote und Hilfeleistungen und der fachliche Austausch mit der Sozialplanung, hier insbesondere zu den in der *Kommunalen Planung für Alter und Pflege* genannten Handlungsfeldern.

Ein weiterer Bestandteil der Netzwerkarbeit ist der fachliche Austausch zu aktuellen Fragen und Problemlagen mit allen Beteiligten des Akteursystems in Arbeitskreisen, wie dem Gerontopsychiatrischen Arbeitskreis und dem Runden Tisch Demenz.

In Zusammenarbeit mit der Sozialplanung und in Kooperation mit Begegnungsstätten, Nachbarschaftshäusern, ambulanten und stationären Einrichtungen, werden quartiersbezogene Handlungsmöglichkeiten erarbeitet und erprobt.

Netzwerkgruppen in den Stadtteilen (Auszug von der Webseite der Stadt)

Die Stadt Mülheim an der Ruhr möchte die im Netzwerk der Generationen bestehenden Gruppen und Vereine bekannt machen und weiter vernetzen.

Alle interessierten Bürger*innen sind herzlich dazu eingeladen, sich in den Stadtteilgruppen einzubringen. Die Stadt unterstützt die bestehenden Stadtteilgruppen und fördert mithilfe von Quartierswerkstätten die Bildung neuer Projekte und Arbeitsgruppen. Ziel ist es stets, dass Bürger*innen gemeinsam ihre Ideen für das Quartier und den Stadtteil in dem Sie leben, entwickeln und umsetzen können.

Stadtteile, Termine und Themen

Arbeitsgemeinschaften (AG), die sich regelmäßig treffen:

AG Dümpten im Netzwerk der Generationen

AG Dümpten (Holger Förster, Telefon: 0208 / 455-5059)

Treffen:

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 16 Uhr im Quartierspunkt des SWB an der Oberheidstraße 136 oder in der Stadtteilbibliothek der Gustav-Heinemann-Gesamtschule, Boverstraße 150

Weitere Informationen erhalten Sie bei Holger Förster (Senior*innen- und Wohnberatung) unter der Telefonnummer: 0208 / 455-5059.

Themen:

Spaziergehgruppen an jedem ersten und dritten Dienstag im Monat

Beteiligung an Festen und Veranstaltungen im Stadtteil

Wegweiser für Dümptener Senior*innen

Kalendertreff

Dümpten grüßt!

AG Eppinghofen-Altstadt II (Ragnild Geck, Telefon: 0208 / 455-5007)

Treffen:

Jeden dritten Dienstag im Monat um 18 Uhr im Stadtteilbüro Heißener Straße 16 – 18

Themen:

Alter und Migration

Entwicklung von generationsübergreifenden Projekten für Eppinghofen

Nachbar*innen im Dichterviertel

Gestaltung von Stadtteilfesten in Zusammenarbeit mit vielen anderen Interessierten

AG Stadtmitte-Altstadt I (Ragnild Geck, Telefon: 0208 / 455-5007)

Treffen:

Jeden ersten Dienstag im Monat um 14 Uhr im Sommerhof, Tourainer Ring 12 sowie an wechselnden Orten (Bitte bei Ragnhild Geck erfragen).

Themen:

Wohnen im Alter

Projekt "Telefonkette"

Koordinierung und Beratung stadtteilbezogener Projekte

Förderung der Begegnung zwischen den Generationen im Stadtteil

Spaziergehgruppe

Kooperation mit dem Projekt Zeitzeugen

Nachbar*innentreff am Hans-Böckler-Platz

Wandercafe

Belebung der Innenstadt

AG Styrum (Holger Förster, Telefon: 0208 / 455-5059)

Treffen:

Jeden vierten Dienstag im Monat um 15.30 Uhr im Styrumer Treff, Oberhausener Straße 182 oder im Schloss Styrum (Begegnungsstätte)

Themen:

Aktivtag 50 plus

Veranstaltungskalender

Beteiligung an Festen und Veranstaltungen im Stadtteil

Spaziergehgruppe

Bürgerbus

hausärztliche Versorgung

Tanz im Schloss

Netzwerk der Generationen, Arbeitsgemeinschaft Saarn.

AG Saarn (Holly Uhlendorff, Telefon: 0208 / 455-5058)

Treffen:

Jeden dritten Donnerstag im Monat in der Zeit von 15.00 bis 16.30 Uhr in den Räumen der evangelischen Kirchengemeinde Broich-Saarn, Gemeindezentrum Holunderstraße 5

Themen:

Dorfrundgang Saarn

Schülerbesuchsdienst

Beratung in Saarn (Thema: Demenz)

Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz

AG Speldorf (Holly Uhlendorff, Telefon: 0208 / 455-5058)

Treffen:

Jeden zweiten Donnerstag im Monat um 15.00 Uhr in der Stadtteilbibliothek an der Frühlingsstraße 35

Themen:

Verbesserung der Zusammenarbeit im Stadtteil

Feste und Veranstaltungen

Aktiv werden für Menschen im Stadtteil

Weitere Informationen erhalten Sie bei Holly Uhlendorff (Senior*innen- und Wohnberatung) unter der Telefonnummer 0208 / 455-5058.

AG Heißen-Heimaterde (Ragnhild Geck, Telefon: 0208 / 455-5007)

Treffen:

Jeden ersten Dienstag im Monat um 17.00 Uhr an wechselnden Orten (bitte bei Ragnhild Geck nachfragen)

Themen:

Verbesserung der Vernetzung im Stadtteil

Planung eines Stadtteilstes

Gemeinsame Aktivitäten

Weitere Informationen erhalten Sie bei Ragnhild Geck (Senior*innen- und Wohnberatung) unter der Telefonnummer 0208 / 455-5007.

5. Anders wohnen – Alternative Wohnformen in Mülheim an der Ruhr

Die aktuelle Studie der FFG (Siehe Punkt 2.3) zeigt, dass sich mehr als die Hälfte der befragten Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahre vorstellen können, im Alter in einer betreuten Wohnung oder in einer Wohnung mit Service zu wohnen. Gut ein Drittel der Befragten können sich grundsätzlich vorstellen, eine eigene Wohnung in einem Wohnprojekt zu beziehen. Hinter diesem Wunsch steckt, dies ist die Erfahrung des Autors dieser Planung, nicht alleine der „Sicherheitsgedanke“ gut versorgt zu sein, sondern vielmehr der Wunsch, auch im Alter in angenehmem nachbarschaftlichen Kontakt gemeinsam mit Menschen zu leben, die man mag und die zu einem passen. Mit anderen Menschen etwas unternehmen zu können, gemeinsam Freizeit zu gestalten und dennoch individuell in eigenen Räumen selbstbestimmt und unabhängig bleiben zu können, ist der Wunsch, der zum Anfang einer Wohninitiative oft der erste übereinstimmende Konsens ist.

Dieser Wunsch nach Gemeinschaft ist jedoch - auch dies ist eine Erfahrung aus der Beratungsarbeit - für Menschen, die bereits seit vielen Jahren gewohnt sind, individuell, alleine oder in Zweierbeziehungen zu leben, nicht leicht umzusetzen. Der Entwicklung eines Wohnprojektes gehen oft jahrelange Prozesse der gegenseitigen Verständigung und Findung voraus. Menschen in der zweiten Lebenshälfte sind langjährig sozialisiert und in ihren Ansichten gefestigt, wenn nicht sogar weniger flexibel als in jüngeren Jahren. Ihr bisheriges Leben lief in eingespielten Gewohnheiten, Routinen und Tagesabläufen ab. Diese neu anzupassen und hierfür vielleicht auch bisher erworbenes Eigentum zu verkaufen, um sich in eine neue Wohnform einzukaufen oder in eine Mietwohnung zu ziehen, sind einige der Gründe dafür, weswegen die gemeinsame Entwicklung von alternativen Wohnformen, wenn gleich auch inhaltlich gewollt, mitunter an nicht aufzulösenden Gegensätzen und nicht erfüllten Erwartungen scheitert.

Der Wunsch, gemeinsam mit Menschen alt zu werden, hat bereits vor mehr als 10 Jahren Bürgerinnen und Bürger dazu bewegt, sich in Mülheim an der Ruhr für alternative Wohnformen zu interessieren. Hieraus sind einige Initiativen entstanden, die im Laufe der Jahre unterschiedliche Wege gegangen sind und aktuell an unterschiedlichen Entwicklungspunkten angekommen sind.

Im Nachfolgenden werden exemplarisch 3 Wohnprojekte vorgestellt, die realisiert wurden. Die Zahl der hier entstandenen Wohnungen ist, bezogen auf die Gesamtstadt und das „gesamtstädtische“ Interesse älterer Menschen an diesen Wohnformen, quantitativ noch vergleichsweise gering. Alternative Wohnformen haben jedoch immer auch den Anspruch posi-

tiv in ihre Nachbarschaft und in das Gemeinwesen zu wirken. Die hier vorgestellten realisierten Wohnformen sind allesamt gerne bereit, neu geplante Initiativen zu beraten und bei ihrer Entwicklung zu unterstützen. Neu entstehende Initiativen werden seitens der Sozialplanung und der Wohnberatung der Stadt ebenfalls beraten und gefördert, beispielweise bei der Vermittlung von Räumen, in denen sich die Interessenten treffen können oder durch das Angebot, moderierend bestimmte Prozesse zu begleiten.

AWIS – Anders wohnen in Speldorf e.V.	
Ort	Friedhofstraße in Mülheim-Speldorf
Information / Kontakt	<p>Realisiert 2021</p> <p>Mülheimer Wohnungsbau eG (MWB)</p> <p>27 Mietwohnungen - Neun der 27 Wohnungen sind öffentlich gefördert. Die Wohnungsgrößen reichen von 53 bis 105 Quadratmeter. Ein Gemeinschaftsraum und die großen Mietergärten sollen das Miteinander im Verein beflügeln.</p> <p>Ansprechpersonen: Ulrike Bockermann und Rüdiger Specht</p> <p>Internetpräsenz: www.anders-wohnen-in-speldorf.de</p>
Zielsetzung / Idee	Die Mitglieder haben sich zusammengetan, um in einem Mehrgenerationenhaus zusammen zu leben. Das passende Grundstück hatte die Stadt angeboten und mit der MWB hatte der Verein schließlich einen verlässlichen Partner gefunden.

LINA e.V. – Leben in Nachbarschaft Alternativ	
Ort	<p>Klosterstraße 60-62</p> <p>45481 Mülheim an der Ruhr (Saarn)</p>
Information / Kontakt	<p>Realisiert 2017</p> <p>Die Wohngemeinschaft hat sich als eingetragener Verein gegründet.</p> <p>Investor und Eigentümer der Immobilie ist die Mülheimer Wohnungsbau eG (MWB)</p> <p>Internetpräsenz: https://www.lina-wohnprojekt.de</p> <p>Ansprechperson: Günter Möckel</p>

Zielsetzung / Idee	<p>LINA e.V. – Leben in Nachbarschaft Alternativ ist, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben in der Hausgemeinschaft zu verwirklichen, aktiv zu sein gegen Vereinsamung im Alter und sich gegenseitig zu unterstützen.</p> <p>Einen eigenen "Lebensentwurf" entwickeln und zu verwirklichen und am Leben im Quartier teilzuhaben und dieses auch aktiv mitzugestalten und damit einen Beitrag für ein gutes Zusammenleben in "unserem" Viertel zu leisten. Durch gemeinsame Aktivitäten und gegenseitige Unterstützung streben wir ein Gemeinschaftsleben an, das über ein unverbindliches nachbarschaftliches Zusammenleben hinausgeht, das aber auch genügend Raum für Individualität und Selbstbestimmtheit lässt. (vgl. LINA Homepage)</p>
---------------------------	--

Wohnhof Fünfte e.V.	
Ort	Wohnhof Fünfte – Generationen inklusiv Mülheim-Heißen, Kurt-Gies-Straße 9
Information / Kontakt	<p>Realisiert 2019</p> <p>Investor: Mülheimer Wohnungsbau eG (MWB)</p> <p>Der Altbau der ehemaligen Grundschule wurde zu 11 Wohnungen umgebaut, daneben entstand ein Neubau mit 22 Wohnungen entlang der Kurt-Gies-Straße. Dazu kommen Gemeinschaftsräume und ein großes Außengelände mit hohem Aufenthaltswert.</p> <p>Alle Wohnungen sind Mietwohnungen, die Hälfte davon sozial gefördert.</p> <p>Der Wohnhof Fünfte ist ein Gemeinschafts-Wohnprojekt mit 33 Wohnungen in zwei Gebäuden – eine ehemalige Grundschule und ein Neubau.</p> <p>Ansprechpersonen: Regina Jordan jordan.regina@gmx.net oder oder Angelika Schlüter grafik@angelika-schlueter.de</p> <p>Internetpräsenz: http://www.wohnhof-fuente.de</p>

Zielsetzung / Idee	<p>Unter dem Titel: „Gemeinsam statt einsam!“ haben sich die Mitglieder des Vereins „Wohnhof Fünfte“ nach sechs Jahren Planung und Entwicklung ihre Träume von einer aktiven und aufmerksamen Nachbarschaft verwirklicht. In modernen, individuellen Mietwohnungen leben ältere und junge, Familien mit Kindern, behinderte und nicht-behinderte Menschen zusammen Tür an Tür.</p> <p>Die Bewohner sind altersgemischt, junge Leute, Familien, ältere Singles und Paare. In 8 Wohnungen leben junge Menschen mit einer Behinderung, die vor Ort von der Lebenshilfe Mülheim unterstützt werden.</p>
---------------------------	---

6. Hilfe und Unterstützung im Haushalt - *Nah&Fair*[®] - Kooperationsgemeinschaft haushaltsnaher Dienstleister

Nah&Fair[®] ist ein Qualitätsverbund, der 2009 unter Beteiligung der Verbraucherzentrale NRW und der Stadt Mülheim an der Ruhr gegründet wurde. Bürgerinnen und Bürger, ca. 40 Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen, und gemeinnützige Organisationen schlossen sich zu einer freien Kooperationsgemeinschaft zusammen. Ihr Ziel war und ist es, dazu beizutragen, dass Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Haushalt ermöglicht wird. Die Inhaberinnen und Inhaber der Betriebe verständigten sich mit den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern und der Verbraucherzentrale auf qualitative Mindeststandards zur Leistungserbringung.

Insbesondere ältere Mülheimer Bürgerinnen und Bürger finden bei *Nah&Fair*[®] zahlreiche Anbieter, die ihnen mit haushaltsnahen Dienstleistungen das Alltagsleben erleichtern.¹⁸

Dies sind:

- Hilfen in Haus & Garten
- Wohnraumanpassung
- Umzüge
- Essen auf Rädern
- Freizeitgestaltung
- Haushaltshilfen
- Wäschedienst / Pflege

¹⁸ Vgl. www.nahundfair-mh.de

- Pflegedienst
- Hausnotruf
- Handwerk
- Einkaufshilfen
- Unterstützung bei digitalen Medien
- Kurse für körperliche und geistige Fitness

Die Beratung ist bei allen Betrieben kostenlos. Vor Ausführung der Arbeiten erhalten die Kundinnen und Kunden ein verbindliches Angebot. Alle Anbieter haben sich freiwillig zur Einhaltung eines hohen Qualitätsstandards und zu fairen Preisen verpflichtet.

Aktuell besteht dieser Qualitätsverbund trotz der mit den Krisen verbundenen Erschwernissen weiter fort. Die Handwerksunternehmen, ebenso wie die ambulanten Dienste, Alleinselfständige, Alltagsbegleiter und Assistenzangebote werden nach wie vor angefragt – hier, nach Wahrnehmung des Autors dieser Planung, vor allem Haushaltshilfen. Der Bedarf hierzu steigt. Nachvollziehbar ist auch, dass durch den hohen Anteil alleinlebender Älterer dieser Bedarf zukünftig weiter steigen wird.

Seit der Covid-19-Pandemie haben sich auch gewerbliche Bringdienste etabliert, die denjenigen nützlich sind, die sich diese leisten können.

Für Menschen, die Leistungen der Grundsicherung beziehen, gibt es die Möglichkeit, sich an das Diakonische Werk und dort an die Handwerkerinitiative *Heinzelwerk*¹⁹, zu wenden. Diese engagierte Gruppe von „Hobbyhandwerkerinnen und –handwerkern vollbringt rein ehrenamtlich bereits seit mehr als 12 Jahren diese hoch anerkennenswerte Leistung für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich für kleinere Reparaturen keinen gewerblichen Dienst leisten können.

Positiv ist hervorzuheben, dass die „Heinzelwerker“ seitens der Handwerksbetriebe bei *Nah&Fair*[®] nicht als unzulässige Konkurrenz empfunden werden – ganz im Gegenteil, die Ehrenamtler erfahren im Kreis der Betriebe des Kooperationsverbundes eher eine Unterstützung ihrer gemeinnützigen Arbeit.

¹⁹ Vgl. <https://www.heinzelwerk-mh.de/> .

7. Gesellschaftliche Teilhabe - Stätten der Begegnung als verlässliche Anlaufstellen

Partizipation, Teilhabe und soziale Begegnungen tragen insbesondere im Alter ganz wesentlich dazu bei, dass sich Menschen gut aufgehoben, wahrgenommen und verstanden fühlen. Menschen brauchen Räume der Begegnung, die sie „in Pantoffelnähe“, wie es die ehemalige Sozialministerin Barbara Steffens einmal nannte, erreichen können. Zurzeit gibt es in Mülheim an der Ruhr 14 Stätten der Begegnung, die insbesondere älteren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, sich zu treffen, an Programmen und Veranstaltungen teilzunehmen und sich beraten zu lassen. Seit 2019 hat sich die Anzahl und die Ausrichtung der Begegnungsstätten weiterentwickelt. So machen die neu entstandenen Quartierspunkte und das Nachbarschaftshaus über die Ansprache der im Quartier wohnenden Bürgerinnen und Bürger hinaus Angebote für alle Menschen. Sie verstehen sich als Zentren im Gemeinwesen, die Menschen unterschiedlichen Alters und möglichst viele Interessen ansprechen wollen. Dennoch, die meisten Besucherinnen und Besucher zählen zur Altersgruppe der über 65-Jährigen.²⁰

Kommunales Ziel ist es, den Austausch und die Kooperation zwischen den Begegnungsstätten zu fördern und verstärkt vernetzte Beratungsangebote anbieten zu können. Die weitere Öffnung der Begegnungsstätten für alle Generationen in das jeweilige Quartier wäre wünschenswert. Dieses Vorhaben einer konzeptionellen Weiterentwicklung der Begegnungsstätten, kam durch die Einschränkungen, die die Pandemie mit sich brachten, nicht in der gewünschten Form vorwärts und soll nun durch die AG der Mülheimer Begegnungsstätten wieder reaktiviert werden. In der Zwischenzeit kam die Entwicklung der Quartierspunkte und des Nachbarschaftshauses des MWB an der Hingbergstraße mit ihrer Ausrichtung in das jeweilige Quartier gut voran. Weitere Entwicklungen mit den Wohnungsunternehmen werden seitens der Sozialplanung begleitet und gefördert.

Nach wie vor werden die „traditionellen“ Begegnungsstätten seitens der Stadt durch die Übernahme der Miet- und Betriebskosten unterstützt. Personalkosten müssen von den jeweiligen Trägern übernommen werden. Aus diesem Grund werden diese Begegnungsstätten rein ehrenamtlich betrieben.

Seit 2022 wird die AG der Begegnungsstätten von dem Autor dieser Planung als Sozialplaner konzeptionell beraten. Die dort angesprochenen Themen werden ebenso mit den seniorenpolitischen Themen, die im Seniorenbeirat erörtert werden, verbunden. Ein enger Austausch ist auch dadurch gewährleistet, da die Geschäftsführung des Seniorenbeirates gleichzeitig

²⁰ Der aktuelle Seniorenwegweiser bietet unter der Rubrik „Aktive Freizeit“ eine gute Übersicht über alle Begegnungsstätten. (Seite 33 bis 36). Verfügbar unter: <https://www.muelheim-ruhr.de/cms/index.php?action=auswahl&fuid=0c51c35ca3059260d6d59a93f835310e> .

für die Schriftführung der AG Begegnungsstätten zuständig ist und die Vorsitzende des Seniorenbeirates Monika Schick-Jöres seit 2022 Sprecherin der Mülheimer Begegnungsstätten ist.

8. Sicherheit, Mobilität und (digitale) Information und Teilhabe

Für ein gelingendes Älterwerden ist es unverzichtbar, dass die Menschen sich sicher fühlen, hinreichend mobil und selbstständig in der Lage sind, sich die für sie und ihr Wohlergehen erforderlichen Informationen erschließen zu können. Teilhabe bedeutet hier auch zunehmend, digitale Medien und Kommunikationsmöglichkeiten nutzen zu können. Aus sozialplanerischer Sicht kann die Arbeit in den Stadtteilen über das Schaffen von Begegnungen hierzu wichtige Impulse für das individuelle Leben und die individuellen Lebensbedingungen geben.

8.1 Sicherheit

Zum Thema Sicherheit gilt es, die Präventionsarbeit zur Verhinderung von Straftaten gegen Ältere zu stärken. In Zusammenarbeit mit der kriminalpräventiven Arbeit des Polizeipräsidiums Essen/Mülheim ist es nach wie vor geplant, durch das Engagement des Seniorenbeirates die bisherigen Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen öffentlichkeitswirksam fortzusetzen und hierzu einzuladen. Hierbei soll es auch um die Fragen des Opferschutzes gehen und darum, wie durch die Vermittlung von individuellen Gesprächsangeboten die Schamgrenze älterer Menschen, sich Dritten anzuvertrauen, gesenkt werden kann.

8.2 Mobilität

Das Thema Sicherheit steht in engem Zusammenhang mit dem Thema Mobilität.

Sich im öffentlichen Raum sicher und selbstständig, ohne fremde Hilfe, bewegen zu können, ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Gesundheitsbedingte Einschränkungen dürfen nicht dazu führen, dass aufgrund vermeidbarer Barrieren, die Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird.

Unter der Überschrift Mobilität von älteren Menschen und Barrierefreiheit im öffentlichen und sozialen Lebensraum heißt es im 1. Altenbericht der Landesregierung NRW von 2016:

„Im gesellschaftlichen Wandel wirkt sich neben der Facette der alternden Gesellschaft auch die Facette der zunehmend mobilen Gesellschaft aus. Mobilität bis ins hohe Lebensalter ist ein primäres Bedürfnis zur Sicherung von Autonomie und Teilhabe und gilt weiterhin als Kennzeichen eines aktiven Lebensstils im Alter. Die Bewahrung der Mobilität bis ins Alter ist ein zentrales politisches Ziel. In jedem Alter wollen und müssen Menschen mobil sein, um ein selbstständiges Leben führen, körperlich fit zu

bleiben, sich selbst versorgen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Die zunehmende Zahl älterer Menschen erfordert neue Lösungen für eine sichere, eigenständige und komfortable Verkehrsteilnahme, um Mobilität bis ins hohe Alter zu gewährleisten. Eine alternde Gesellschaft benötigt daher eine sichere Verkehrsinfrastruktur und attraktive Mobilitätsangebote.“²¹

Dieser Anspruch an die Gestaltung des öffentlichen Raumes besteht auch 7 Jahre später in gleicher Weise fort. Hinsichtlich der Förderung der Mobilität sind aus Sicht der Sozialplanung in Mülheim an der Ruhr keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden. Die Anpassung des Nahverkehrsplans zur Erzielung der Einsparvorgaben brachten für mobilitätseingeschränkte Menschen keine Vorteile. Im Gegenteil: Haltstellen fielen weg und Linien wurden eingestellt. Die nicht gut funktionierende Umsetzung des neuen Nahverkehrsplanes im Sommer 2023 löste erhebliche Kritik in der Bevölkerung aus. „Nachbesserungen“ führten zu keinen nennenswerten Erfolgen bei der Taktung und bei Anschlussmöglichkeiten.

Im Sinne einer Förderung der Mobilität und einer Verlässlichkeit im öffentlichen Personennahverkehrs liegt noch einiges im Argen. Von defekten Aufzügen, Verschmutzungen und nicht funktionierenden Rolltreppen ganz zu schweigen. Positiv sind dagegen private Initiativen hervorzuheben, wie der Styruer Bürgerbus und der Seniorenfahrtdienst des Nachbarschaftsvereins Styrum. Diese decken allerdings nur einen sehr geringen Teil des eigentlichen Bedarfes ab, der insbesondere bei den Menschen entsteht, die nur wenig Geld zur Verfügung haben.

8.3 Information

Die o. g. FFG-Studie zu den Altenhilfestrukturen und Angeboten in Mülheim an der Ruhr erlangte durch die Befragung der Akteure und der Bürgerinnen und Bürger interessante Erkenntnisse darüber, wie die Menschen im Alter über 65 Jahren zu Informationen kommen (siehe Abbildung 10 auf der Folgeseite). Gefragt wurde danach, welche Informationsquellen im Vordergrund stehen und welche weniger.

Für gut 80 % der Befragten steht die Tageszeitung und vor allem die kostenlose Einwurfzeitung an erster Stelle. Besonders gut werden auch Seniorenzeitungen und Seniorenratgeber abgefragt.

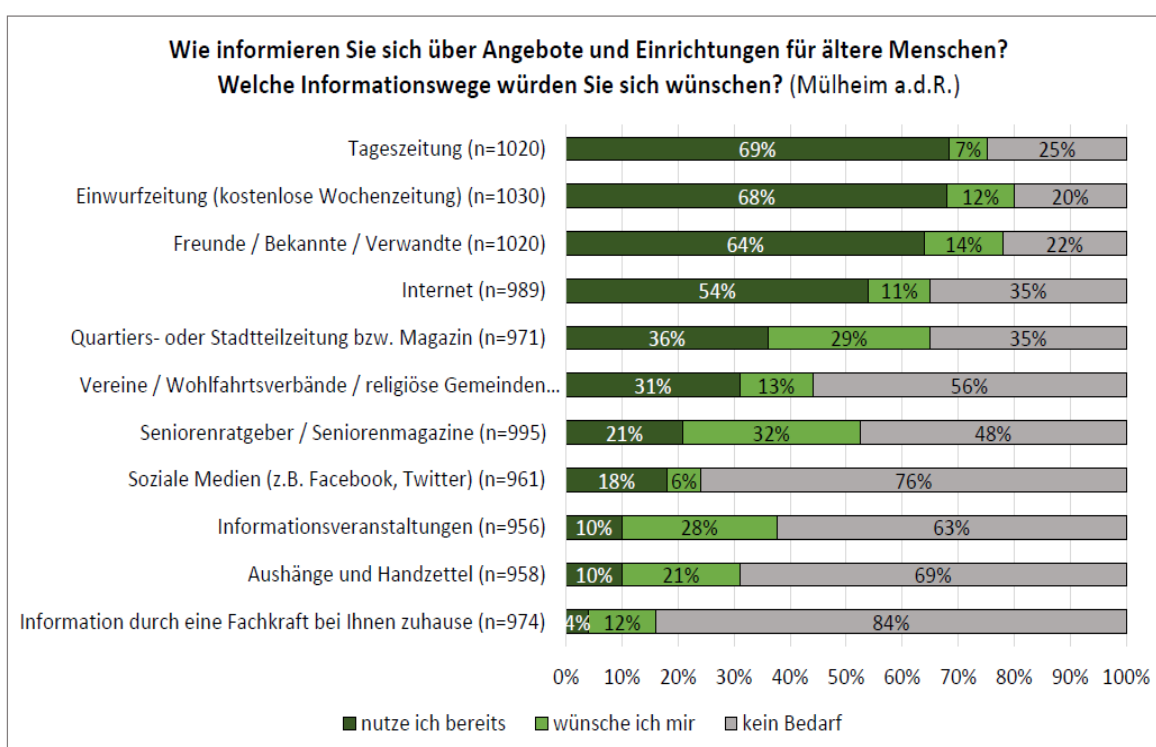
Auch das Internet genießt eine hohe Akzeptanz, wenngleich soziale Medien eine geringere Rolle spielen.

²¹ Alt werden in Nordrhein-Westfalen, Bericht zur Lage der Älteren, Altenbericht NRW 2016, Seite 339 ff. Verfügbar unter: www.mgepa.nrw.de .

Die am wenigsten benannten Informationsquellen (Informationsveranstaltungen, Handzettel, Informationen durch Hausbesuche) konnten die an der Fokusgruppe teilnehmenden Fachkräfte bestätigen. Der Wunsch nach einer persönlichen Beratung stehe stets bei konkreten Hilfeanfragen an, weniger, um sich präventiv beraten zu lassen (z.B. zur Vorsorgevollmacht o.ä.).

Abbildung 11: Ergebnisse der Befragung 65+ zu Informationswegen

Befragung 65+ Informationswege



Quelle: FFG, Präsentation: Angebote, Strukturen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der kommunalen Altenhilfe, Online Fokusgruppe mit Akteuren der kommunalen Altenhilfe, Mülheim an der Ruhr am 20.10.2022

Diese Aussagen sind für die Anbieter sozialer Leistungen von hohem Wert. Eine Schlussfolgerung hieraus könnte die sein, dass Menschen persönlich angesprochen werden wollen. Tages- und Einwurfzeitungen, generell alle Printmedien sind nach wie vor hoch im Kurs – soziale Medien dagegen weniger – wenngleich sich 66 % auch des Internets bedienen.

8.4 Digitalisierung im Alter

Im August 2021 wurde seitens des Autors eine Stellungnahme zur „digitalen Kompetenz“ der älteren Einwohnerinnen und Einwohner in Mülheim an der Ruhr abgegeben. Diese bezog sich wiederum auf die Ergebnisse einer bundesweit durchgeführten Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2020 zur digitalen Kompetenz älterer Menschen.

Dort heißt es:

„Damit digitale Technologien zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen, müssen sie von den Nutzerinnen und Nutzern angenommen und digitale Kompetenzen erlernt werden. In den Empfehlungen des Achten Altersberichts der Bundesregierung wird deshalb neben der stärkeren Einbindung älterer Menschen in die Gestaltung der Digitalisierung ebenfalls eine Stärkung ihrer digitalen Souveränität gefordert, worunter die „selbstbestimmte, informierte, sichere und verantwortungsvolle Aneignung und Nutzung digitaler Technologien“ verstanden wird.“

Die Ergebnisse der Befragung machen deutlich, dass in Bezug auf digitale Kompetenzen großer Handlungs- und Nachholbedarf besteht. Nur 16 Prozent aller Befragten schätzen ihre eigenen Kenntnisse als „sehr gut“ ein, 48 Prozent als „gut“ und 34 Prozent als „eher schlecht“ bis „sehr schlecht“. Bei der Einschätzung der eigenen Kenntnisse im Bereich digitaler Technologien zeigt sich der Einfluss des Faktors Bildung auf digitale Kompetenzen. Denn die Kenntnisse im Umgang mit der Technik sind bei Befragten mit mittlerem und höherem Bildungsabschluss im Schnitt um rund ein Drittel (64 zu 34 Prozent) höher als bei Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Schülerinnen und Schüler schätzen ihre Kenntnisse mit 86 Prozent am höchsten ein.

Im Umgang mit digitalen Technologien fühlen sich die über 65-Jährigen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen besonders unsicher. Zwar schwankt dieser Wert innerhalb dieser Altersgruppe stark, was auf die unterschiedliche Verteilung von persönlichen Fähigkeiten hindeutet, die Sicherheit im Umgang mit digitalen Endgeräten sinkt im Durchschnitt jedoch um etwa ein Fünftel, sobald ein Volks- oder Hauptschulabschluss vorliegt.

Ebenso wichtig wie die Frage nach den eigenen Kenntnissen und der Sicherheit im Umgang mit den gängigen digitalen Technologien, ist die Verfügbarkeit von Ansprechpartnerinnen und -partnern, wenn Fragen zur Nutzung, zu den Einstellungen oder Änderungswünschen aufkommen. Der überwiegende Anteil der Befragten lebt in Ein- bis Zwei- Personen-Haushalten (68 Prozent), das heißt, alleine oder mit einer

weiteren Person. Etwa zehn Prozent der Befragten lösen Fragen zum Digitalen selbstständig, rund die Hälfte kann bei Bedarf auf Ansprechpartnerinnen und -partnern aus privaten Kontakten zurückgreifen oder Fragen mittels einer Recherche im Internet bzw. über Angebote einer Einrichtung oder Institution klären. Doch rund fünf Prozent bleiben ohne Rat und wenden sich auch nicht an Dritte. Befragte, die ihre eigenen Kenntnisse zu digitalen Technologien als sehr gut einschätzen, suchen eher selbstständig nach Lösungen im Internet, Befragte mit eher schlechten Kenntnissen wenden sich deutlich häufiger an Freunde, Bekannte und Familienmitglieder. Wer sich im Umgang mit dem Internet und technischen Geräten sehr sicher fühlt, der sucht ebenfalls eher selbst online nach Lösungen. Auch das Alter hat Einfluss auf die Nutzung bestimmter Hilfsangebote. So suchen etwa jüngere Nutzerinnen und Nutzer stärker selbst im Internet nach Lösungen, Ältere wenden sich bei Fragen eher an Freunde und Bekannte.“²²

Überträgt man die Studienergebnisse auf die Bevölkerungsgruppe der 60-Jährigen und Älteren in Mülheim an der Ruhr, würde dies bedeuten, dass

- 4 % ihre digitalen Kompetenzen mit sehr gut,
- 38 % ihre digitalen Kompetenzen mit eher gut,
- 36 % ihre digitalen Kompetenzen mit eher schlecht und
- 17 % diese mit sehr schlecht bezeichnen.

Vereinfacht zusammengefasst, bezeichnen also knapp mehr als die Hälfte der älteren Erwachsenen ihre Kompetenzen als eher schlecht bis sehr schlecht. Das entspräche ca. 28.115 Personen, bezogen auf die Mülheimer Stadtbevölkerung.

Die Anfrage älterer Besucherinnen und Besucher nach Smartphone-Kursen in den Begegnungsstätten nimmt zu. Zahlreiche Organisationen unterstützen alle Bestrebungen, möglichst viele Menschen dazu zu befähigen, sich auch in einer immer digitaleren Welt zurechtfinden zu können.

Letztlich geht es bei der Nutzung digitaler Medien stets um das Thema gesellschaftliche Teilhabe. Die Vermutung liegt nahe, dass sich Menschen mehr und mehr digitaler Techniken bedienen werden und müssen, um im öffentlichen wie im persönlichen Bereich zurecht zu kommen.

²² Vgl. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/projektnachrichten/digital-souveraen> .

Soziale Daseinsvorsorge muss aber auch jene Menschen in den Blick nehmen, die dies aufgrund materieller und anderer persönlicher Gründe nicht können.

Die Wahrnehmung und Erledigung von Verrichtungen zu Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs, des Postwesens, Antragstellungen, Erledigungen bei Behörden, die Wahrnehmung von Bürgerinteressen und vieles mehr, müssen auch nach wie vor durch eine „analoge“ und bedienungsfreundliche Handhabung ermöglicht werden. Es widerspricht jedem Inklusionsgedanken, Menschen von der Teilhabe deswegen auszuschließen, weil sie sich nicht mit digitalen Medien auskennen oder über diese verfügen.

Hier kommt den Seniorenvertretungen kommunal und landesweit eine hohe Bedeutung zu, diesen Anspruch zur Teilhabe überall dort einzufordern, wo dieser nicht gesehen bzw. übergangen wird.

Der Seniorenbeirat der Stadt Mülheim an der Ruhr hat sich zur Aufgabe gesetzt, in Arbeitsgruppen, die aus den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern bestehen altersrelevante Themen in den Blick zu nehmen und gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu erörtern und, wenn erforderlich, praktische Maßnahmen zu entwickeln. Dieser Prozess begann mit einer Klausurtagung, die im Juni 2023 stattfand.

Mit den Ergebnissen der Klausur wurden 5 Arbeitsgruppen gebildet, die sich fortan zu folgenden Themenfeldern treffen:

1. Mobilität und Nahversorgung
2. Sicherheit in den aktuellen Lebenslagen
3. Gesundheit, soziale und kulturelle Teilhabe
(Isolation und Einsamkeit)
4. Wohnen und Wohnquartiere
5. Kommunikation und Information

Diesem Klausurtag gingen in der Sitzung am 16.06.2023 zwei wesentliche Beschlüsse des Seniorenbeirates voraus, die einstimmig gefasst wurden:

- a. Jedes Mitglied des Seniorenbeirates meldet sich verbindlich zur Mitarbeit in mindestens einer der fünf Arbeitsgruppen.
- b. Alle stellvertretenden Mitglieder werden zukünftig gleichberechtigt über die weitere Entwicklung im Seniorenbeirat informiert und zu den Arbeitsgruppen aktiv eingeladen.

9. Angebotsübersicht zu den vorhandenen Versorgungseinrichtungen und Begegnungsstätten

Die nachfolgende Angebotsübersicht wurde gemäß § 7 Abs. 1 des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen - APG NRW erstellt.

9.1 Stationäre Versorgungseinrichtungen

Institution	Straße	HNr	PLZ	Ort	Telefon	Bettenkapazität
Alloheim Senioren-Residenz	Dimbeck	6-12	45470	MH	306744-0	95
Alloheim Senioren-Residenz	Ruhrstr.	20	45468	MH	388897-0	80
Caritaszentrum Marienhof	Am Halbach	1	45478	MH	58878-0	102
Das Dorf - Wohnen im Alter	Schäfershäuschen	26	45481	MH	484340-0	210
Evangelische Altenhilfe Mülheim GmbH	Mendener Str.	106	45470	MH	99513-0	113
Evangelisches Wohnstift Dichterviertel	Eichendorffstr.	2	45468	MH	4093-0	101
Evangelisches Wohnstift Raadt	Parsevalstr.	111	45470	MH	378090	104
Evangelisches Wohnstift Uhlenhorst	Broicher Waldweg	95	45481	MH	5807-0	105
Franziskushaus	Luisental	21	45468	MH	30006-0	116
Haus Gloria	Schwerinstr.	16	45476	MH	38851055	24
Hildegardishaus	Am Bahnhof Broich	8	45479	MH	91100530	42
Mülheimer Seniorendienste GmbH	Auf dem Bruch	70	45475	MH	3081-0	130
Mülheimer Seniorendienste GmbH	Gracht	39-43	45470	MH	3081-0	168
Mülheimer Seniorendienste GmbH	Kuhlendahl	104-106	45468	MH	3081-0	85

Institution	Straße	HNr	PLZ	Ort	Telefon	Bettenkapazität
Senioren-Park Carpe Diem	Hansastr.	19a - 23	45478	MH	69615-0	80
St. Engelbertus-Stift	Seilerstr.	20-22	45473	MH	4592-0	118
Christopherus Stift	Kirchstr.	91	45479	MH	30599	56
					Summe:	1896

9.2 Tagespflege

Institution	Straße	HNr	PLZ	Ort	Telefon	Bettenkapazität
Casa Ruby	Alexanderstr.	60	45472	MH	37772600	13
Familien- und Krankenpflege	Tourainer Ring	6	45468	MH	30833-16	18
Haus Kuhlendahl	Kuhlendahl	104-106	45470	MH	3081-0	15
Mülheimer Seniorendienste GmbH	Mellinghofer Str.	237	45475	MH	3081-491	17
Pflege Behmenburg	Brunshofstr.	6 - 8	45470	MH	493066	18
Senioren-Park Carpe Diem	Hansastr.	19a - 23	45468	MH	69615-0	25
Visitus-GmbH	Friedrichstr.	12	45468	MH	38991395	16
Tagespflege Ruhrgarten	Mendener Str.	106	45470	MH	9951338	12
Mülheimer Seniorendienste GmbH	Luxemburger Allee	36	45481	MH	3081100	15
Tagespflege Seniorenservice	Kassenberg	35	45479	MH	592952	12
					Summe:	161

9.3 Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Bewohner

Institution	Einrichtung/ Pflege- schwer- punkt	Straße	HNr	PLZ	Ort	Telefon	Betten- kapa- zität
Haus Noah Mike Scheffler Senioren Dienste GmbH (ehem. Gemeindezentrum)	Demenz / Allgemein	Helenenstr.	33	45475	MH	94139945	12
Katharina I Senioren dienst Katharina Prinzeß- Luise-Str. 45 45479 MH	Demenz	Remscheider Str.	6	45479	MH	37739957	10
Katharina II (wie vor)	Demenz	Am Schlaghecken	2	45481	MH	wie vor	10
Katharina III (wie vor)	Demenz	Nachbarsweg	121	45481	MH	wie vor	12
Katharina IV (wie vor)	Demenz	Lönsweg	59	45479	MH	wie vor	10
Katharina V (wie vor)	Demenz	Lönsweg	61	45479	MH	wie vor	9
Villa Cura (wie vor)	Demenz	Lönsweg	61	45481	MH	wie vor	9
Villa Nestor Die Pflegepartner GmbH Hingbergstr. 319 45472 MH	Demenz	Calvinstr.	16	45479	MH		7
WG Adolfstraße (wie vor)	Demenz	Adolfstr.	51	45468	MH	wie vor	8
WG Boverstraße Amicu Intensivpflege Kettwiger Str. 5-7 45468 MH	Tetraplegiker	Boverstr.	1	45473	MH	380009	8
WG Buggenbeck siehe WG Boverstr.	Intensivpflege / Langzeit- beatmung	Buggenbeck	30	45470	MH	wie vor	8
WG Carpe Diem Seniorenpark Carpe Diem	Demenz / Allgemein	Lutherstr.	32	45478	MH	696150	20

Institution	Einrichtung/ Pflege- schwer- punkt	Straße	HNr	PLZ	Ort	Telefon	Betten- kapa- zität
WG Heimaterde (wie vor)	Demenz	Kellermannstr.	22	45472	MH	wie vor	8
WG Lindenstr. siehe WG Boverstr.	Intensivpflege / Langzeit- beatmung	Lindenstr.	61	45478	MH	wie vor	10
WG Mellinghofer Str. Ruhrwerkstatt e.V. Akazienstr. 107 46045 Oberhausen	Demenz	Mellinghofer Str.	187	45473	MH	8575688	8
WG Rumbachtal Jade Intensivpflege Aktienstr. 251	Intensivpflege / Langzeit- beatmung	Rumbachtal	16	45470	MH		4
WG Rumbachtal Jade Intensivpflege Aktienstr. 251	Intensivpflege / Langzeit- beatmung	Rumbachtal	18	45468	MH		4
WG Tiegelstr. siehe WG Boverstr.	Intensivpflege / Langzeit- beatmung	Tiegelstr.	88	45473	MH	wie vor	12
WG Visitus Visitus ambulant GmbH Leineweberstr. 68 (1. OG)	Demenz / Allgemein	Friedrichstr.	12	45468	MH		12
WG Visitus Visitus ambulant GmbH Leineweberstr. 68 (2. OG)	Demenz / Allgemein	Friedrichstr.	12	45468	MH		12
WG Viktoria (wie vor)	Demenz	Mellinghofer Str.	187	45473	MH	wie vor	8
						Summe:	201

9.4 Ambulante Dienste

Name	Straße und Hausnummer	PLZ	Telefon
AIS Pflege	Aktienstr. 277	45473	0208/74030244
Ambulante Krankenpflege Sonnenschein UG (haftungsbeschränkt)	Broicher Waldweg 1	45478	0177/5846479
Ambulante Pflege Medikos GmbH	Löhberg 80-82	45468	0208/88272777
Ambulante pflegerische und hauswirtschaftliche Versorgung	Seilerstraße 20	45473	0208/4592481
Ambulante Zukunft	Prinzess-Luise-Straße 45	45479	0208/7409888
Ambulanter Pflegedienst carpe diem Mülheim	Hansatraße 23	45478	0208/696150
Amicu-Außerklinische Intensivpflege	Friedrichstr. 26	45468	0208/380009
API 24/7 GmbH	Sandstr. 6	45468	0208/45790172
Arche pflegt	Berzeliusstr. 13	45144	0201/33071590
ASK24 GmbH Alltag - Senioren - Kinder	Duisburger Str. 486	45478	0208//3 42 11
AURA ambulante Pflege	Nachbarsweg 25 a	45481	0208/63589000
CareFor GmbH Ambulanter Pflegedienst	Dickswall 73	45468	0208/3769222
das pflegeteam Senioren und Krankenpflege GmbH	Alexanderstraße 60	45472	0208/3772600
Die Alternative GmbH	Aktienstraße 156	45473	0208/477408
Die Pflege im Ruhrgebiet Mülheim GmbH	Lahnstraße 33	45478	0208/30590950
die pflegepartner Kranken- und Altenpflege GmbH	Hingbergstraße 319	45472	0208/449997
Emi Pflegedienst GmbH	Kaiserstraße 75	45468	017670540402

Name	Straße und Hausnummer	PLZ	Telefon
Engel vonne Ruhr Ambulante Pflege GmbH	Friedrich Ebert Str. 122	45473	01776149445
Familien- und Krankenpflege e. V	Tourainer Ring 6	45468	0208/308330
Ferman Pflegedienst	Aktienstr. 212	45473	01773228306
Gesundheits- und Krankenpflege	Zehntweg 252-254	45475	0208/38684744
Häusliche Krankenpflege Sabine Dresel	Luxemburger Allee 34	45481	0208/429773
Häusliche Krankenpflege Streckel GmbH	Mainstr. 1	45478	0208/427513
HK&S Jahnke	Großenbaumerstr. 115a	45481	0208/460101
Home Instead Seniorenbetreuung; MJ Betreuungsdienste Rhein-Ruhr GmbH	Wallstr. 3	45468	0208/941545 - 0
Impuls24 Ambulante Intensivpflege GmbH	Duisburgerstr. 206	45478	0208/88259933
IZ Intensivpflege Zuhause GmbH	Kaiserstraße 45	45468	0208/43759246
Jade Intensivpflege GmbH	Rumbachtal 18a	45470	0208/76594940
Jutta Jungblut Seniorenservice GmbH	Kassenberg 35	45479	0208/592952
Kamille Pflegedienst an der Ruhr GmbH	Kaiserstraße 55	45468	0208/20589216
Lebenshilfe e.V. Ortsvereinigung Mülheim an der Ruhr	Hänflingstraße 23	45472	0208/409958- 40
Lebenswert Ambulanter Pflegedienst an der Ruhr GmbH.	Heinrich-Lemberg- Str. 17 A	45472	0208/45790999
Lindenblüten St. Engelbertus	Seilerstr. 20	45468	0208/4592-0
Mike Scheffler Seniordienste GmbH	Helenenstr. 33	45475	020894139945

Name	Straße und Hausnummer	PLZ	Telefon
Mülheimer Pflege team	Zeppelinstraße 12	45470	0208/2992859
Mülheimer Seniorendienste gGmbH Ambulanter Dienst	Rheinstraße 46	45478	0208/3081-101
Pflege zu Hause Behmenburg GmbH	Brunshofstr. 6-8	45470	0208/493066
PflegePlus GmbH	Friedrich-Ebert- Straße 2	45468	0201/24053826
SEBA Intensiv 24 GmbH	Wiehagen 1	45472	0171/2378910
Seniorendienst Katharina	Prinzess-Luise-Straße 45	45479	0208/43969810
Sozialstation Marienhof	Saarner Str. 419	45478	0208/30676 501
visitus ambulant UG	Leineweberstr. 68-70	45468	0208/43784910
Vitalios GmbH ambulanter Pflegedienst	Mellinghofer Str. 234	45475	0208/20791312

9.5 Wohnen mit Service

Institution	Straße	HNr	PLZ	Ort	Telefon
Evangelisches Wohnstift Uhlenhorst	Broicher Waldweg	95	45478	MH	58070
Haus Ruhrblick	Mendener Str.	104- 106	45470	MH	9951312
Sommerhof	Tourainer Ring	12	45468	MH	306800
Waldhof-Fliedner	Schäfershäuschen	26	45481	MH	4843244
Wohnen im Alter - Schwerinstraße	Schwerinstr.	6	45476	MH	400875
Wohnpark Dimbeck	Dimbeck	6	45470	MH	30674520
Senioren-Park Carpe Diem	Hansastr.	19a - 23	45478	MH	69615-0

Institution	Straße	HNr	PLZ	Ort	Telefon
Caritaszentrum Marienhof	Saarner Str.	415	45478	MH	588780
Paulinum an der Körnerstraße (Sahle Bau)	Körnerstr.	7	45470	MH	0203 57899843

9.6 Stätten der Begegnung

Begegnungsstätten Quartierspunkte Nachbarschaftshaus	Träger / Betreiber	Ansprechperson
BUSS Bahnstraße 18	AWO	Michaela Rosenbaum m.rosenbaum@awo-mh.de Marcus Kuck m.kuck@awo-mh.de
Folkenbornstr. 59-61	Folkenbornshof e. V.	Felicitas Büteführ i.butefuhr@icloud.com
Diakonie am Eck / Hagdorn	Diakonie	Sascha Janz sjanz@diakonie-muelheim.de
Aktienstraße 78a	Caritas	Monika Schick – Jöres monika.schick-joeres@caritas-muelheim.de
Hügelstraße 34	Altenverein Mülheim-Nord e. V.	Monika Schick – Jöres monika.schick-joeres@caritas-muelheim.de Brigitte Tonak briton1942@web.de
Tourainer Ring 12	Sommerhof	Katja Oesterwind leitung@sommerhof.de
Prinzeß-Luise-Straße 115	DRK	Claudia Wilbert c.wilbert@drk-muelheim.de

Begegnungsstätten Quartierspunkte Nachbarschaftshaus	Träger / Betreiber	Ansprechperson
Oberheidstraße 136	Seniorenclub Mülheim-Dümpten e. V.	Horst Schiffmann Seniorenclub Dümpten sc-mh-duempten@gmx.de
SWB-Quartierspunkt Dümpten Oberheidstraße 136	SWB	Michael Moldenhauer moldenhauer@quartierspunkt.de
SWB-Quartierspunkt Heißen Kleiststraße 20	SWB	Anna Schewerda schewerda@quartierspunkt.de
SWB-Quartierspunkt Styrum Sedanstraße 20 E	SWB	Michael Moldenhauer moldenhauer@quartierspunkt.de
Nachbarschaftshaus Heißen Hingbergstraße 311	Mülheimer Nachbarschaftsverein e.V. Pflege Behmenburg	Alexandra Teinovic alexandra.teinovic@nachbarschaftsverein.info Peter Behmenburg pbehenburg@pzh.de
Begegnungsstätte der Feldmannstiftung Augustastr. 108-114	Feldmannstiftung Kulturbetrieb der Stadt Mülheim	Jan Große-Bremer feldmannstiftung@muelheim-ruhr.de
Begegnungsstätte Kloster Saarn Klosterstr. 53	Kulturbetrieb der Stadt Mülheim	Sabine Klischat klostersaarn@muelheim-ruhr.de

C Entwicklung eines Unterstützungsnetzwerkes

1. Vorgeschichte

Mit dem bereits im Vorwort erwähnten Vorhaben, ein nachbarschaftliches Unterstützungsnetzwerk aufbauen zu wollen, hat sich der zentrale Auftrag der in 2019 verabschiedeten Kommunalen Planung für Alter und Pflege inzwischen in Form eines Umsetzungskonzeptes realisiert.

Die seinerzeit gegründete „Arbeitsgruppe Nachbarschaft“ setzte sich aus den Mitgliedern des Bündnisses für eine ethisch ausgerichtete Pflege, der Dialog-Offensive Pflege, und einigen der in den Stadtteilen aktiven Netzwerkerinnen und Netzwerkern zusammen.

Diese Arbeitsgruppe ist frei von „Trägerinteressen“ – die einzelnen Mitglieder bringen ausschließlich ihre beruflichen Kenntnisse, Erfahrungen und Kontakte ein und stehen persönlich hinter dem entwickelten Konzeptpapier. Dieses soll erst nach Beratung und Abstimmung im Sozialdezernat den zuständigen Gremien und politischen Entscheidungsträgern vorgestellt werden.

Die Mitglieder der Gremien Kommunale Konferenz für Alter und Pflege und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales begrüßten mit der Verabschiedung der Kommunalen Planung für Alter und Pflege 2019 die dort formulierte Zielsetzung, ein nachbarschaftliches Unterstützungsnetzwerk ins Leben zu rufen. Dieses Vorhaben war seinerzeit sehr stark auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und eines absehbaren und schon erlebbaren Fachkräftemangels ausgerichtet. Der wesentliche Punkt aller Herausforderungen zur Bewältigung der Pflege werde auf Dauer der Mangel an Fachkräften sein, und die Annahme, man könne diesem kommunal wenig abhelfen, wäre, nach Einschätzung der damaligen und heutigen Akteure, vollständig verfehlt. In einem Leitpapier, das nach dem Fachtag der Dialog-Offensive Pflege zum Thema Fachkräftemangel in der Pflege im Dezember 2018 entstand, heißt es:

„Die Planungsgruppe (des Fachtages) kommt zu dem Schluss, dass es im Grunde niemanden gibt, der mit dem Thema Hilfs- und Pflegebedürftigkeit nichts zu tun hat. Gesamtgesellschaftlich kann sich niemand diesem Thema entziehen – zumal jeder selbst betroffen sein könnte.

Wir sollten gar nicht mehr von „Betroffenen“ reden, sondern vielmehr von „Beteiligten“. Wir sollten daran arbeiten, der Angst entgegenzuwirken, selbst mit eigener Hilfebedürftigkeit konfrontiert zu werden. Die Pflege muss aus der Tabuzone geholt werden.

In einer immer materialistischer und auf Leistung ausgerichteten Gesellschaft hat die Konfrontation mit der Pflege als ein Symbol der Abhängigkeit von der Hilfe anderer einen Bedrohungscharakter. Gleichwohl könnte daran, Schwäche und Hilfsbedürftigkeit empathisch erkennen zu können, eine Gesellschaft im Sinne einer Gemeinschaft stärker werden. Die Frage wurde formuliert: „Welche Vorteile hat Pflegebedürftigkeit für unsere Gesellschaft?“ Und diese Frage ist keineswegs „zynisch“ gemeint. Wer ist nicht betroffen? Wer kann die Augen davor verschließen, dass es ihm oder ihr oder seinen geliebten Menschen selbst so ergehen könnte, auf Hilfe angewiesen zu sein.

Das Bewusstsein dafür zu wecken, funktioniert unseres Erachtens am besten über positive Lebensbeispiele und über Menschen, die Mitgefühl als Haltung leben. Ein Hilfenetzwerk könnte von ein paar wenigen (im Vergleich zur Gesamtbevölkerung) Menschen, die diese Haltung mitbringen, gegründet und gefördert werden. Es gäbe zahlreiche Möglichkeiten und Formen sich an dem Aufbau dieses Netzes zu beteiligen. Zum Beispiel auch mit finanziellen Spenden, der Zurverfügungstellung von Ressourcen (wie Arbeitsleistung, Räume, Zeit usw.).

Die Einnahme einer solchen praktischen Verantwortung für andere würde der allgemein leider vorhandenen „Vollkasko- und Scheckmentalität“ entgegenwirken. Der scheinbaren moralischen „Ent-Lastung“ durch das Einzahlen in die Pflege- oder Steuerkasse.

Es bedarf einer Befähigung der Menschen, ihrem Bedürfnis nachzugehen, anderen Menschen helfen zu wollen.

Die Kommune könnte hier in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen und gewerblichen Einrichtungen den Aufbau einer solche „Community“ voranbringen. Dies ist ebenso ein zentrales Ziel sozialräumlicher Quartiersarbeit. Mit dem Hilfenetz bekäme die Realisierung dieses Zieles ein Gesicht.“²³

²³ Auszug aus der Tagungsdokumentation – Skript der Planungsgruppe vom 09.04.2019, verfasst von Gudrun Heyer, freie Journalistin, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Dialog-Offensive Pflege und Mitglied der AG Nachbarschaft.

2. Projektauftrag

Auf dieser Grundlage wurde durch Beschlussfassung zur Kommunalen Planung für Alter und Pflege 2019 durch die Kommunale Konferenz Alter und Pflege am 13.11.2019 der Auftrag an die AG Nachbarschaft zum Aufbau eines nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzwerkes formuliert²⁴:

„Das Mülheimer Bürgerbündnis will gemeinsam mit ihren Netzwerkpartnerinnen und dem Sozialamt ihre Arbeit am „Netz der Nachbarn“ fortsetzen. Die Umsetzung des Vorhabens braucht jedoch Zeit, weil die ehrenamtlich Mitwirkenden zumeist auch beruflich eingespannt sind. Ihr Wille, sich für hilfebedürftige Mitmenschen einzusetzen, eint und motiviert sie. Das in der Dialog-Offensive gebündelte Fachwissen über Pflege und soziale Belange soll der Lebensqualität in Mülheim an der Ruhr zugutekommen. Dieses Ziel soll mithilfe einer Kampagne entwickelt und mit professionellen Mitteln umgesetzt werden. Um ein Zusammenleben „Hand in Hand“ zu stärken, ist die Bürgerschaft insgesamt gefragt: Für eine gute, lebendige Nachbarschaft braucht die Stadtgesellschaft möglichst viele Menschen.

Dieses Hilfenetz soll in erster Linie nachbarschaftliche Beziehungen fördern. Es gilt die Barrieren der Anonymität zu durchbrechen und gleichzeitig eine stets nötige Abgrenzung zu bewahren. Der mitmenschlichen Hilfe soll ein „gutes Image“ verliehen werden.

Dem oft verbreiteten Schamgefühl (insbesondere bei älteren Menschen) zur Entgegennahme von Hilfe soll positiv entgegengewirkt werden.

Das zentrale Ziel der Kampagne wird es sein, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und damit dazu beizutragen, dass Bürger stärker als bisher aufeinander achten. Ziel soll es nicht sein, die Aufgaben professioneller Pflege an Bürger zu übertragen. Es gilt, der unserer Gesellschaft anhaftenden Oberflächlichkeit und Gleichgültigkeit wieder mehr Gemeinsinn entgegenzusetzen.“

3. Projektskizze (Kurzfassung)

Die Pandemie und die damit einhergehenden Krisenerfahrungen, die Erfahrungen der Flutkatastrophe und die Folgen des Angriffskrieges gegen die Ukraine, die Energiekrise und die Furcht vor einem wirtschaftlichen Niedergang – alles das macht die Entwicklung dieses Konzeptes zur Stärkung der Resilienz von Menschen und Systemen unabdingbar erforderlich.

²⁴ Vgl. Kapitel B 3, 2 der Kommunalen Planung für Alter und Pflege 2019.

Hauptgedanken der gemeinsamen Projektskizze für das Verbundprojekt des Sozialamtes der Stadt Mülheim an der Ruhr, der MSH Medical School Hamburg und weiteren Kooperations- und Netzwerkpartnerinnen und –partnern

**WIR ZUSAMMEN
GEMEINSAM STARK**

**„Aufbau einer nachhaltig wirksamen Unterstützungsstruktur
zur Bewältigung psychosozialer Auswirkungen kollektiver Krisensituationen
als Beitrag zu einer resilienten Stadtgesellschaft“**

Fragt man Menschen unterschiedlicher Altersgruppen danach, was ihnen am Wichtigsten ist, dann wird am häufigsten die Nähe zu anderen Menschen genannt, der Familie, den Freunden und einer guten Nachbarschaft.

Gleichzeitig treten immer häufiger professionelle Hilfen in die Rolle familiärer und freundschaftlicher Hilfen. Dienstleistungsangebote sind für alle Notwendigkeiten des Alltags, beispielsweise im Bereich der haushaltsnahen Hilfen oder in Form von Beratungs- und Betreuungsangeboten verfügbar – wenn auch nicht für jeden Menschen bezahlbar. Allerdings wird es zukünftig nicht ausreichen, ausschließlich auf professionelle, gewerbliche und karitative Hilfeangebote zu setzen.

Parallel dazu ist das Vertrauen in die Institutionen zurückgegangen, soziale Regeln werden in geringerem Maß anerkannt. Die gesellschaftliche Teilhabe ist schwächer als zuvor. Durchaus verfügbare Hilfsangebote werden relativ wenig in Anspruch genommen – möglicherweise, weil die Schwelle zu hoch ist, um sie zu erreichen. Nachbarschaftshilfe und Netzwerkarbeit in den Stadtteilen liegen nach der Corona-Pandemie zum Teil immer noch brach.

Derzeit wird der gesamten Gesellschaft ihre besondere Verletzlichkeit so deutlich vor Augen geführt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Es ist ein Alarmsignal für alle, deren Aufgabe darin besteht, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Gesellschaft sich nicht spaltet und alle Menschen gute Lebenschancen und Perspektiven haben, denn aktuell sind erheblich mehr Menschen als früher der Meinung, der Zusammenhalt in ihrer Wohngegend und damit ihrer unmittelbaren Umgebung sei nicht gut.

Möglich ist, dass Menschen, die von Beginn an schlechter in die Gesellschaft eingebunden waren und somit einen schwächeren Zusammenhalt erleben, in Krisen stärker von Belastungen betroffen sind. Ihnen fehlt der „Schutzschild“ stabiler sozialer Beziehungen, starker Verbundenheit und Einbindung in Gemeinschaften in besonderem Maße. Insbesondere die Menschen, die einsam und sozial isoliert sind, spüren Auswirkungen auf Gesundheit, Teilhabe,

Engagement und auch auf ihre wirtschaftliche Situation. Dabei fehlt Menschen in psychosozialer Not vor allem eines: Menschliche Nähe!

Keine Nähe, kaum Austausch, wenig Resonanz: Viele Menschen fühlen sich einsam. Einsamkeit ist ein vielschichtiges Phänomen mit unterschiedlichen Ursachen. Das Risiko zu vereinsamen, ist von Mensch zu Mensch unterschiedlich.

Während vor der COVID 19-Pandemie vor allem die Ältesten der Gesellschaft von Einsamkeit betroffen waren, hat das Phänomen nun die ganze Gesellschaft erreicht. Es gibt schon jetzt zunehmend Hinweise darauf, dass Frauen, Migrantinnen und Migranten, junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren und Menschen mit geringer Bildung oder niedrigem Einkommen ein deutlich erhöhtes Risiko haben, infolge der Pandemie einsam zu sein. Zu dieser Gruppe gehören auch Alleinerziehende, alleinlebende Menschen und Menschen mit psychischen oder körperlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie Kinder von Eltern, auf die die genannten Risikofaktoren zutreffen. Insbesondere Personen, die schon vor der Pandemie wenig zufriedenstellende soziale Beziehungen geführt haben und Gefahr liefen, einsam zu sein oder zu werden, sind nun umso stärker gefährdet.

Es ist aber zu befürchten, dass die Einsamkeitsschere weiter auseinandergeht und sich so die Ungleichheit weiter verstärkt. Doch je einsamer oder sozial isolierter Menschen leben, desto schwieriger ist es, sie aus diesem Zustand herauszuholen. Zudem ist es wichtig, bereits vereinsamte und von Einsamkeit bedrohte Menschen frühzeitig dabei zu unterstützen, bedeutungsvolle soziale Beziehungen eingehen zu können. Maßnahmen zur Behandlung von Einsamkeit sollten nicht erst dort ansetzen, wo dieses subjektive Gefühl bei Betroffenen durch eine Psychotherapeutin bzw. einen Psychotherapeuten oder von einer Psychiaterin bzw. einem Psychiater erkannt wurde, sondern bereits zuvor.

Stabile soziale Netze und qualitativ hochwertige Beziehungen schützen das Individuum vor Einsamkeit. Wer auf diese Weise sicher sozial „eingebettet“ ist, leidet seltener an dem Gefühl der Einsamkeit. Für viele Menschen ist die Familie ein wichtiges soziales Netz, aber das muss nicht so sein. Auch Freundinnen und Freunde oder die Partnerin oder der Partner können diese Rolle übernehmen. Ebenso können Nachbarinnen und Nachbarn und Bekannte ein soziales Netz(werk) bilden und Bindung bieten. Auch wenn gesundheitliche Beeinträchtigungen vorliegen oder die Mobilität eingeschränkt ist, kann eine gut funktionierende Nachbarschaft ein wichtiger sozialer Ort sein.

Die Erschöpften, Belasteten, Einsamen, Isolierten, Abgehängten, die Beeinträchtigten, Menschen mit Armutserfahrungen etc. sind in den Blick zu nehmen und zu entlasten und

(wieder) in das soziale Gefüge einzubinden. Mehr niederschwellige Teilhabemöglichkeiten sind zu schaffen, neue Beteiligungsformate einzusetzen und gezielt konkrete Verbesserungen in der kleinräumigen Versorgung herbeizuführen. Gleichzeitig gilt es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gelebte Solidarität in der Gesellschaft zu nutzen und zu stärken.

Hilfstrukturen, die in der gesamten Pandemiezeit an Wirksamkeit eingebüßt haben, sind zu reaktivieren und möglichst auszubauen. Ausdrücklich ist darauf hinzuweisen, dass einzelne „Maßnahmen“ im Sinne eines „interventionistischen“ Krisenmanagements kaum noch zielführend sind. Angestrebt werden muss vielmehr ein abgestimmtes Gesamtpaket, bestehend aus verschiedensten Unterstützungsangeboten, verknüpft mit dem erforderlichen politischen Willen und dem entsprechend supportivem Verwaltungshandeln.

Vor diesem Hintergrund planen das Sozialamt der Stadt Mülheim an der Ruhr und die MSH Medical School Hamburg gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnerinnen und -partnern den Aufbau einer nachhaltig wirksamen Unterstützungsstruktur zur Bewältigung der psychosozialen Auswirkungen aktueller Krisensituationen als Beitrag zu einer resilienten Stadtgesellschaft. Für erwartbare künftige kollektive Krisensituationen werden so nachhaltige Strukturen geschaffen, die es den (verantwortlichen) Akteurinnen und Akteuren ermöglichen sollen, zukünftig eigenständig (noch) besser handeln zu können. Auf der Grundlage psychosozialer Aspekte werden konkrete Handlungsempfehlungen für Interventionen und unterstützende Maßnahmen abgeleitet und umgesetzt, um die gegenwärtige psychosoziale Lage der Mülheimer Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der aktuellen Krisensituationen zu verbessern und deren weitreichende Folgen erfolgreich meistern zu können.

Darüber hinaus erscheint es zwingend erforderlich, die Resilienz der Stadtgesellschaft und ihrer einzelnen Mitglieder gewissermaßen prophylaktisch systematisch und gezielt zu entwickeln und zu stärken, um zukünftig weniger „geschädigt“ auf gravierende (Krisen)Ereignisse reagieren zu können. Im Mittelpunkt müssen daher sowohl die Förderung von Resilienz durch Stärkung individueller und sozialer Ressourcen als auch die Ausweitung struktureller Prävention durch Sicherung und Gestaltung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in allen Lebensbereichen mittels Partizipation stehen.

Dazu entsteht unter der Marke

**WIR ZUSAMMEN
GEMEINSAM STARK**

der „Aufbau einer nachhaltig wirksamen Unterstützungsstruktur zur Bewältigung psychosozialer Auswirkungen kollektiver Krisensituationen als Beitrag zu einer resilienten Stadtgesellschaft“.

Absicht ist die Schaffung eines festinstallierten kommunalen Hilfenetzwerkes, das ausgehend vom Prinzip der sozialraumorientierten Bürgerzentrierung über die Projektförderung hin zu einem verstetigten, bürgerschaftlich getragenen Programm einer sorgenden Gemeinschaft wird – vom Prinzip zum Projekt zum Programm.

WIR ZUSAMMEN GEMEINSAM STARK hat zum Ziel, dass alle vorhandenen und noch neu zu schaffenden Hilfen in unserer Stadt so miteinander verbunden werden, dass jeder Mensch in die Lage versetzt wird, schnell und unbürokratisch Hilfe zu erlangen: Von der nachbarschaftlichen Hilfe bis zur sozialen Regelleistung der Stadt oder eines Trägers.

Innovativ ist die Aufstellung des Projektes sowohl auf der strategischen wie auch auf der operativen Projektebene:

- auf der strategischen Projektebene durch den Zusammenschluss der Stadt Mülheim an der Ruhr (hier: Sozialamt) und der MSH Medical School Hamburg mit weiteren Kooperationspartnerinnen und -partnern, um in gemeinsamer Ausrichtung Unterstützungsangebote zu einem partizipativen Netzwerk zu verbinden. Das Projekt bietet hier die Möglichkeit – auch mit Kooperationspartnerinnen und -partnern außerhalb der Verwaltung – soziale Verantwortung insbesondere durch die personelle Projektaufstellung in einem gemeinsamen Team (kreativ) zu vernetzen. Die Bedarfe der Bevölkerung können so gedeckt werden.
- auf der operativen Projektebene durch eine Begleitung und Beteiligung von Nutzerinnen und Nutzern auf der Basis von drei unterschiedlichen Wirkungsfeldern: der individuellen Unterstützung (aufsuchendes Nachbarschaftsmanagement), dem Ort der Begegnung (Geschäftsstelle „WIR ZUSAMMEN GEMEINSAM STARK) und einem Webangebot, die nicht isoliert stehen, sondern über die inhaltliche Ausgestaltung miteinander verbunden werden. Durch diese Organisationsstrukturen und innovativen Angebote soll ein möglichst niederschwelliger Zugang in das Projekt sowie die Etablierung zusätzlicher Hilfestrukturen und Hilfeangebote erreicht werden. Diese Angebote basieren auf einer interdisziplinären und bedarfsorientierten

Zusammenarbeit möglichst vieler in dem Bereich vor Ort tätigen Akteurinnen und Akteure unter der Koordination des neu installierten Projektes.

Die besondere Bedeutung der Innovation des Projektes liegt aber gerade darin, dass die Initiative genau jetzt wirkt. Die Dinge entstehen im Dialog mit der Stadtgesellschaft hier und jetzt mit veränderten Wegen des Zugangs. Darin liegt die Besonderheit der Innovation: Es wird keine theoretische Perspektive für die Zukunft entwickelt, die erst im Bedarfsfall umgesetzt wird. Die Stadtgesellschaft und damit jeder Mensch in Mülheim an der Ruhr kann und soll jetzt zur Unterstützung der Folgen zur Krisenbewältigung (im Nachgang) beitragen und gleichzeitig auf die Bewältigung erwartbarer Extremsituationen (für die Zukunft) vorbereiten – so entsteht eine resiliente Stadtgesellschaft.

Im Sinne eines generalisierten Gebens und Nehmens soll das Wissen und die Haltung entstehen: „Ich verlasse mich auf Dich und Du kannst Dich auf mich verlassen.“ Ein „nachbarschaftliches“ Miteinander soll entstehen. Jeder soll ein „Nachbar“, eine „Nachbarin“ auf Augenhöhe sein. Der Begriff der „Nachbarschaft“ steht dabei für die Nähe, für das Nebenan-Sein, für eine Haltung. Darüber hinaus gilt es, die Barrieren der Anonymität zu durchbrechen und gleichzeitig eine stets nötige Abgrenzung zu bewahren. Der mitmenschlichen Hilfe wird so ein „gutes Image“ verliehen. Dem oft verbreiteten Schamgefühl (insbesondere bei älteren Menschen) zur Entgegennahme von Hilfe wird positiv entgegengewirkt. Deshalb wird der Begriff der Nachbarschaft hier weit und durchaus im übertragenen Sinne gefasst: Ein „Nachbar“, eine „Nachbarin“ in diesem Sinne ist jemand, der weiß, dass ich da bin, der hilft – ein Mensch, aber auch eine Organisation oder sogar das Internet mit all seinen Facetten und Möglichkeiten.

Gemeinsames Ziel aller Engagierten ist es, generationenübergreifend das Thema Nachbarschaftshilfe in das Bewusstsein der Menschen zu bringen. Dabei wird erreicht, dass sich im Alltag eine Kultur des Miteinanders in den Quartieren entwickelt, die geprägt ist von einem Interesse für die Belange anderer Menschen und dem Wunsch nach gegenseitiger Unterstützung, Beteiligung und Teilhabe. Menschen werden ermuntert und ermutigt, anderen zu helfen. Wer sich freiwillig beteiligt, beteiligt sich verbindlich – im Rahmen seiner Möglichkeiten. Wirkung entfaltet sich analog eines Zitats der prominenten deutschen Ärztin und Gründerin der Deutschen Krebshilfe, Mildred Scheel: „Es sind nicht die großen Worte, die in der Gemeinschaft Grundsätzliches bewegen: Es sind die vielen kleinen Taten der Einzelnen.“

Interdisziplinäre Zusammenarbeit der Kooperationspartnerschaften und Partizipation der Menschen in Mülheim an der Ruhr – Streben nach Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Streben nach individueller Entfaltung (Strukturentwicklung und Einzelförderung) – werden gemeinsam gedacht und sollen sich (wenn möglich) in allen Aktivitäten im Rahmen der Umsetzung der Handlungsstrategie wiederfinden.

Insbesondere gegen Einsamkeit und soziale Isolation sind die Stärkung von Eigenverantwortung und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit wichtig auf der Suche nach erfolgversprechenden Lösungen. Es gilt daher, partizipative Mechanismen zur Beteiligung vereinsamer Menschen zu entwickeln (z. B. bei Tagungen zum Thema, Bürgerabenden, Planung von Quartiersentwicklung etc.). Als Sachkundige ihrer Lebenssituation sollten sie an der Entwicklung neuer Angebote oder im Sinne von „citizen science“ fachlich eingebunden werden, weil sie aufgrund ihrer Erfahrungen selbst am besten wissen, welche Bedarfe sie haben.

Auf unterschiedliche Weise trägt freiwilliges Engagement sehr oft zum Gelingen guter Nachbarschaft und zur Bildung stabiler sozialer Netze bei: „Engagement schafft Heimat“. Es prägt den sozialen Nahraum und die Nachbarschaft und in dem es Möglichkeiten der Gestaltung und Partizipation schafft, stärkt es die Bürger- und Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement ist eine wichtige Säule der Gesellschaft, trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und ist wichtig für eine lebendige Demokratie.

In ihrem Abschlussbericht „Einsamkeit – Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ empfiehlt die vom Landtag Nordrhein-Westfalen eingesetzte Enquetekommission, die Kommunen in ihren Aktivitäten zur Prävention und Bekämpfung von Einsamkeit zu beraten und zu unterstützen, „Best Practices“ zu sammeln, auf ihre Übertragbarkeit für Nordrhein-Westfalen zu analysieren und deren Verbreitung, Umsetzung und die lokale Netzwerkbildung zu fördern.

Dazu wird eine dreijährige Regelförderdauer und ggf. eine einmalige Verlängerungsoption vorgeschlagen, damit erfolgreiche Projekte einfacher verstetigt und Projektziele und Laufzeiten besser aufeinander abgestimmt werden können.

Die Enquetekommission kommt zu dem Schluss, dass dabei auch die Einrichtung von Modellkommunen hilfreich sein könnte.

Das geplante und hier beschriebene Mülheimer Vorhaben des nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzwerkes verfügt in der Konzeption bereits über gute Ansätze für eine Förderung und Einrichtung einer Modellkommune in diesem Sinne und bietet dem Land die Möglichkeit, die im Konzept beschriebenen innovativen Ideen auf kommunaler Ebene zu unterstützen und zu testen, neue Ansätze konkreter sozialpolitischer Maßnahmen zu erproben und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu analysieren.

Gemäß des Health in All Policies-Ansatzes der WHO soll es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in Nordrhein-Westfalen werden, in allen Bereichen des öffentlichen Handels die Bekämpfung und Reduktion von Einsamkeit und sozialer Isolation zu fördern. Die Enquetekommission empfiehlt der Landesregierung zu prüfen, wie dieser Ansatz in Nordrhein-Westfalen Anwendung finden kann.

Dies könnte im Rahmen des Vorhabens ebenso ermöglicht werden, wie die Empfehlung, zu prüfen, ob es sinnvoll ist, Leistungen der Vereinsamungsminderung und -prävention auf kommunaler Ebene als Pflichtaufgabe – unter Sicherstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen – festzuschreiben.

Insbesondere durch die wissenschaftliche Begleitung im Vorhaben bieten sich Möglichkeiten zur gemeinsamen Analyse mit dem Land, ob das im Vorhaben zu erprobende Konzept und seine Methoden ihre Ziele erreichen und die erwartete Wirkung entfalten können. Die Beschreibungen von Gelingensbedingungen könnten Auskünfte und Empfehlungen für eine Übertragbarkeit auf weitere Kommunen in Nordrhein-Westfalen geben. Die Landesregierung hat so die Möglichkeit, positive Veränderungen in der Region voranzutreiben. Erfolgreiche Ansätze könnten so als Vorbild für andere Regionen oder sogar das gesamte Land dienen.

Zusammenfassend könnten über das hier beschriebene Vorhaben verschiedenste Handlungsempfehlungen der Enquetekommission (wie z.B. Prüfung, Leistungen der Vereinsamungsminderung und -prävention auf kommunaler Ebene als Pflichtaufgabe festzuschreiben; Aufklärung, Sensibilisierung und Enttabuisierung von Einsamkeit mit der Botschaft: Jede oder Jeder kann etwas tun – schon mit kleinen Gesten; Austausch und Öffentlichkeitsarbeit; Aufklärung und Aktivierung der Bevölkerung; Förderung von ehrenamtlichen Engagement; das Ergreifen von zielgruppenspezifischen bzw. indizierten (sozialpolitischen) Maßnahmen, die auf die Förderung gesellschaftlicher Teilhaben abzielen; Überprüfung digitaler Unterstützungsmöglichkeiten, etc.) auf kommunaler Ebene in der Praxis erprobt und damit dem Fünf-Säulen-Modell der Landesregierung im Kampf gegen Einsamkeit gefolgt werden:

- Phänomen Einsamkeit weiter erschließen,
- Sensibilisieren der Öffentlichkeit,
- Identifikation von Best Practices,
- Entwicklung niederschwelliger Maßnahmen,
- Unterstützung von Aktiven und Ehrenamtlichen vor Ort.

Aufgrund der Vielschichtigkeit des Phänomens sind Prävention und Abmilderung von Einsamkeit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen. Die Landesregierung erhält hier gemeinsam mit der starken Zivilgesellschaft, die Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreiches Land seit jeher auszeichnet, die Möglichkeit, neue Angebote zu entwickeln, die von Achtsamkeit und wertschätzendem Miteinander geprägt sind. Das ehrenamtliche Engagement, die Ideen und Initiativen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Vereine, wird dabei eine tragende Säule sein. Eine weitere Säule sind die Aktivitäten und Maßnahmen der Fachressorts, die im Rahmen der Möglichkeiten und den Erfordernissen entsprechend ausgebaut und miteinander verzahnt werden sollen.

In diesem Tenor hat das Mülheimer Projekt in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 6 der Fraktion SPD Drucksache 18/2389 vom 19.04.2023 auf Seite 204 als Antwort auf die Frage nach kommunalen Aktionsplänen zur Bekämpfung von Einsamkeit bereits als potenzielles Modellprojekt Eingang gefunden.

Zusammenfassend und konkretisierend zielt das in der Projektskizze ausführlich beschriebene Vorhaben darauf ab, folgende Ziele zu erreichen:

- Das Hauptanliegen des Projektes besteht darin, die stadtgesellschaftliche Resilienz im Hinblick auf zukünftige demographische Entwicklungen und unter Berücksichtigung sozialer, ökonomischer und ökologischer Rahmenbedingungen sowie der in den nächsten Jahren zu erwartenden Krisenlagen systematisch und strukturell zu stärken. Leitgedanke hierbei ist das Konzept einer „resilient community“.
- Unterschiedlichste gesundheitliche bzw. psychosoziale Unterstützungsangebote, die in der Stadt Mülheim an der Ruhr bereits vorhanden sind, bislang aber teilweise unverbunden nebeneinanderstehen, sollen im Rahmen einer Status-Quo-Erhebung zunächst systematisch erfasst und in einem übergreifenden, vernetzenden Gesamtkonzept zusammengeführt werden.
- Insbesondere sollen die identifizierten Akteurinnen und Akteure im Handlungsfeld gesundheitlicher bzw. psychosozialer Unterstützungsangebote untereinander und in der Öffentlichkeit bekannt bzw. „sichtbarer“ gemacht werden, als dies bislang der Fall ist.

- Auf diese Weise soll dazu beigetragen werden, die einzelnen Unterstützungsangebote besser verfügbar und erreichbar zu machen als bisher. Außerdem sollen unnötige Redundanzen vermieden werden, um die verfügbaren Ressourcen so effektiv wie möglich nutzen zu können.
- Darüber hinaus sollen weitere, ergänzende und verstärkende Unterstützungsangebote entwickelt und etabliert werden, die den konkreten Bedarfen und Bedürfnissen hilfsbedürftiger Menschen entsprechen.
- Schließlich sollen weitere Akteurinnen und Akteure motiviert werden, sich engagiert in die Stadtgesellschaft einzubringen. Damit wird ein partizipativer, integrativer, stärkender und ermutigender Ansatz verfolgt.
- Perspektivisch soll das Projekt auf das stadtgesellschaftliche Miteinander einwirken, auf die individuelle und gemeinschaftliche Resilienz sowie das Bewusstsein und Verständnis für die Notwendigkeit gegenseitiger, u. a. nachbarschaftlicher Hilfe. Einsamkeit und soziale Isolation sollen so vermieden, verringert und/oder verzögert werden.

Im Einzelnen sollen diese Ziele erreicht werden durch folgende Maßnahmen, die im Rahmen des Projektes durchzuführen sind:

- die Einrichtung und den Betrieb einer zentralen Informations-, Ansprech- und Beratungsstelle für unterschiedlichste Hilfebedarfe im gesamten Stadtgebiet,
- die systematische Erhebung verfügbarer Unterstützungsangebote einerseits sowie der vorhandenen Bedarfe und Bedürfnisse einzelner Bevölkerungs(teil)gruppen andererseits,
- die Durchführung von Netzwerktreffen und Workshopangeboten gemeinsam mit den unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteuren im Handlungsfeld gesundheitlicher bzw. psychosozialer Unterstützungsangebote,
- die Koordinierung unterschiedlichster Unterstützungsangebote und Hilfeinitiativen,
- die Etablierung einer Informationsplattform im Internet, ggf. auch einer App, die zur Vernetzung, Bekanntmachung und Erreichbarkeit von Unterstützungsangeboten beitragen soll,
- die Etablierung der gemeinsamen „Dachmarke“ „WIR ZUSAMMEN GEMEINSAM STARK“ als Teil des stadtgesellschaftlichen Selbstverständnisses durch geeignete Marketingstrategien,
- eine systematische Begleitforschung zur Verfügbarkeit und Erreichbarkeit und Unterstützungsangeboten, zu stadtgesellschaftlich identifizierbaren Bedarfen und Bedürfnissen sowie den Effekten bisheriger Unterstützungsangebote, aber auch zum Projektverlauf selbst.

Aus der Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe im Psychosozialen Krisenmanagement der Stadt Mülheim an der Ruhr, eingerichtet als eigenes Sachgebiet bei der Berufsfeuerwehr, entstand der Gedanke, das bereits in Planung befindliche Unterstützungsnetzwerk als Kooperation zwischen dem Sozialamt der Stadt Mülheim an der Ruhr, der Medical School Hamburg und den Mitgliedern der AG Nachbarschaft zu konzipieren. Federführend verantwortlich ist eine Steuerungsgruppe, bestehend aus der Leitung und Mitarbeitenden des Sozialamtes der Stadt Mülheim an der Ruhr und Prof. Dr. Harald Karutz, Notfallpädagoge und Inhaber des Lehrstuhles für Rettungswesen an der Medical School Hamburg, sowie dem Mitinitiator der Dialog-Offensive Pflege Martin Behmenburg, der mit hohem sozial-ethischem Anspruch zudem als Kopf der bürgerschaftlichen Bewegung Mitstreiter, Begleiter, Impuls- und Ideengeber der Kommune im Rahmen dieser Projektidee ist.

Dieses Konzept, das jetzt in der Schlussfassung vorliegt, soll, nach dem Willen der AG Nachbarschaft und der Steuerungsgruppe, als Grundlage eines Antrages auf Landesförderung an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales geleitet werden.

Gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern soll unter der Marke

**WIR GEMEINSAM
ZUSAMMEN STARK**

der Aufbau einer nachhaltig wirksamen Unterstützungsstruktur zur Bewältigung der psychosozialen Auswirkungen der aktuellen Krisensituation als Beitrag zu einer resilienten Stadtgesellschaft geschaffen werden. Für erwartbare künftige kollektive Krisensituationen werden so nachhaltige Strukturen geschaffen, die es den (verantwortlichen) Akteuren ermöglichen sollen, zukünftig eigenständig (noch) besser handeln zu können. Auf der Grundlage psychosozialer Aspekte werden konkrete Handlungsempfehlungen für Interventionen und unterstützende Maßnahmen abgeleitet und umgesetzt, um die gegenwärtige psychosoziale Lage der Mülheimer Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der aktuellen Krisensituationen zu verbessern und deren weitreichende Folgen erfolgreich meistern zu können.

Darüber hinaus erscheint es zwingend erforderlich, die Resilienz der Stadtgesellschaft und ihrer einzelnen Mitglieder gewissermaßen prophylaktisch systematisch und gezielt zu entwickeln und zu stärken, um zukünftig weniger „geschädigt“ z. B. auf folgende Ereignisse reagieren zu können:

- unvorhersehbare, schwerwiegende Ereignisse („Schwarze Schwäne“) wie Pandemien, Krieg, Flüchtlingswellen
- Ressourcenknappheit
- Fachkräftemangel
- Vereinsamung und Isolation Einzelner oder ganzer Gruppen

- Folgen des demographischen Wandels wie z.B. vermehrter Pflegebedarf bei gleichzeitigem Pflegekraftmangel
- Senkung des Lebensstandards (Inflation, steigende Abgabenlast)
- Klimawandel
- besondere Lebenslagen (alleinerziehend, arbeitslos, beschäftigungslos, Menschen, die einer (evtl. diskriminierten) Minderheit angehören, usw.)
- ethische Orientierungslosigkeit (bei gleichzeitig reduziertem oder fehlendem Wertesystem).

Im Rahmen der bisherigen Zusammenarbeit ist geplant, dass die Medical School Hamburg als gleichberechtigter Verbundpartner im Projekt den Aufbau der Unterstützungsstruktur wissenschaftlich in Form einer formativen Evaluation von Beginn an begleitet, um die Prozesse im Tun zu analysieren, zu bewerten und zu verbessern. Vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Neutralität und Unabhängigkeit von eigenen und städtischen Interessen wird ein möglicher Interessenskonflikt als Verbundpartner hier ausgeschlossen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen sollen kontrollierte Veränderungen und neue Vorgehensweisen beim Aufbau einer Unterstützungsstruktur zur Bewältigung psychosozialer Auswirkungen und kollektiver Krisensituationen entstehen. Erleben und Verhalten, Erfahrungen und Ideen der Bevölkerung bzw. einzelner Bevölkerungsgruppen und der Akteure im Unterstützungssystem sollen ebenso wie Risiken, Ressourcen, Bedarfe und Bedürfnisse erfasst und analysiert werden, um daraus konkrete Handlungsempfehlungen für Interventionen und unterstützende Maßnahmen als Grundlage zukünftigen, „verbesserten“ Handelns ableiten zu können (Lessons learned – Lektion gelernt). Durch die wissenschaftliche Begleitung wird sichergestellt, dass die Bewertungen der Aktivitäten und Maßnahmen auf Grundlage valider, empirisch gewonnener Erkenntnisse erfolgen.

4. Ziele des nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzwerkes

Ziel des Projektes ist es, eine nachhaltig wirksame Unterstützungsstruktur zur Bewältigung psychosozialer Auswirkungen kollektiver Krisensituationen aufzubauen und zu einer resilienten Stadtgesellschaft beizutragen.

Absicht ist die Schaffung eines festinstallierten kommunalen Hilfenetzwerkes, das ausgehend vom Prinzip der sozialraumorientierten Bürgerzentrierung über die Projektförderung hin zu einem verstetigten, bürgerschaftlich getragenen Programm einer sorgenden Gemeinschaft wird – vom Prinzip zum Projekt zum Programm.

Die Menschen können ihre Anliegen jederzeit in Form von Fragen und Wünschen nach Hilfe und Unterstützung auf einfache und schnelle Art und Weise an die richtigen Personen adressieren. Die Bearbeitung erfolgt umgehend, um den Bürgerinnen und Bürgern angemessene Informations- und Hilfeangebote machen zu können. Damit dieses hohe Qualitätsniveau kontinuierlich gehalten werden kann, braucht das Netzwerk Verlässlichkeit und Stabilität. Dies gewährleisten Ansprechpartner, die als haupt- und ehrenamtliche Ankerpunkte für Bürgerinnen und Bürger in Mülheim an der Ruhr präsent sind und entsprechende Strukturen im Projekt schaffen.

Die Bürgerinnen und Bürger können aus einer Vielzahl von Möglichkeiten auswählen, z. B. um sich für das Thema Gesundheit im Alter zu engagieren. Neben den Hilfen professioneller Anbieter bestehen viele niedrigschwellige Angebote, bei denen beispielsweise direkt betroffene Personen und/oder pflegende Angehörige in kleinen Schritten Neues ausprobieren können.

Allen Menschen stehen umfassende und aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zusammengestellte Informationsangebote zur Verfügung. Es gibt eine große Transparenz dahingehend, welche Personen für welche Hilfethemen angesprochen werden können. Viele Bürgerinnen und Bürger kommen durch diese Informationen und die vielfältigen Angebote in Quartieren erstmalig in Kontakt mit neuen Lösungsmöglichkeiten für die Herausforderungen, vor denen sie stehen.

Die Menschen erhalten Gelegenheit, sich bürgerschaftlich füreinander zu engagieren und unterstützen sich gegenseitig. So wird das Gesamtziel des Netzwerkaufbaues thematisch und inhaltlich auf unterschiedlichen Wegen angegangen.

Um dies zu erreichen ergeben sich für das Projekt folgende Zielsetzungen:

1. Die Leistungen der Netzwerk Beteiligten und die damit verbundenen Ansprech- und Kontaktmöglichkeiten sind für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mülheim an der Ruhr verfügbar.
2. Professionell und ehrenamtlich tätige Ansprechpartnerinnen und -partner nutzen moderne Arbeitstechnologien und sind durch persönliche Kontakte und digitale Technologien bestens miteinander vernetzt. Da wo Hilfen professionell verantwortet werden, sorgen zuverlässig funktionierende Vertretungs- und Nachfolgeregelungen dafür, dass strukturell notwendige Kontinuität bei der Kontakthanfrage und -pflege gewährleistet ist.

3. Für Abläufe sind Verantwortlichkeiten festgelegt. Die Verantwortlichen achten auf das Erreichen der Ziele und Leistungsstandards und entwickeln die Qualität der Prozesse weiter, wenn neue Anforderungen auftreten. Insbesondere beim Bearbeiten der Anliegen wird der Blickwinkel der Anbietenden von Hilfeleistungen ergänzt um die Perspektive der Bürgerschaft. Das bedeutet: diese Prozesse werden auch aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger dahingehend optimiert, dass deren Lebenssituationen, Bedürfnisse und Bedarfe erfasst und bei den Hilfeleistungen berücksichtigt werden, soweit dies möglich ist (Bürgerzentrierung).
4. Das Netzwerk entwickelt sich kontinuierlich weiter. Dazu tragen die Projektverantwortlichen, die projektbeteiligten Kooperationspartner innerhalb und außerhalb der Verwaltung ebenso bei wie die vielen engagierten ehrenamtlich Tätigen, die hilfeleistenden Organisationen und die Bürgerinnen und Bürger selbst.

Die Projektverantwortlichen stellen für diese Netzwerkentwicklung einen Rahmen zur Verfügung. Wesentliche Elemente des Rahmens sind ein finanzielles Budget im Rahmen der Projektförderung, das die Schaffung von Strukturen und Entstehung und Umsetzung notwendiger Maßnahmen bis zur Verstetigung ebenso wie die Einrichtung einer Kommunikationsplattform ermöglicht. Die Plattform bietet neben organisierten Kommunikationsprozessen auch die Möglichkeit, dass sich Menschen zu speziellen Themen selbst organisieren und diese in Eigenverantwortung bearbeiten.

Menschen, die sich im Netzwerk engagieren, sind gleichsam Abgesandte des Netzwerks. Sie vermitteln Sinn, Ziele und Maßnahmen des Projekts vor allem an Personengruppen, die trotz Bedarf bis dahin wenig erreicht wurden sowie an Netzwerkpartnerschaften außerhalb der Stadt Mülheim an der Ruhr. Weitere Treiber der Netzwerkentwicklung sind die gelebten Werte wie beispielsweise Bürgerzentrierung und Partizipation, Stabilität im Zusammenspiel mit Innovationen, Transparenz und Qualitätsbewusstsein. Bedarfsgerechte und schnell bereitgestellte analoge und digitale Weiterbildungen und Austauschmöglichkeiten unterstützen die Ansprechpersonen darin, ihre Kompetenzen anforderungsgerecht weiterzuentwickeln.

5. Wichtige Schwerpunktthemen wie z.B. Digitale Bildung für Ältere werden im gesamten Netzwerk eingeführt und in verschiedenen Handlungsfeldern systematisch bearbeitet. Um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen, sollen Maßnahmen auch auf bestimmte Personengruppen zugeschnitten werden. Denn Forschungsergebnisse zei-

gen zum Erleben und Verhalten der Bevölkerung in Notfallsituationen und Krisenlagen deutlich, dass im Hinblick auf das Krisenmanagement zielgruppenspezifische Differenzierungen erforderlich sind.

Zu den Kernprozessen des Netzwerks gehören vor allem

- die Stärkung und Förderung des Miteinanders der Menschen,
- das Bearbeiten von Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in Verbindung mit Hilfeleistungen,
- die Kommunikation zwischen allen Beteiligten des Netzwerks,
- das gemeinsame Gestalten von Lernangeboten und das Lernen von- und miteinander.²⁵
-

6. Die Marke

**WIR GEMEINSAM
ZUSAMMEN STARK**

wird öffentlichkeitswirksam und nachhaltig eingeführt und mit dem Netzwerk verbunden.

- #### 7. Der Aufbau der Unterstützungsstruktur durch die Medical School Hamburg wissenschaftlich in Form einer formativen Evaluation von Beginn an begleitet, um die Prozesse bereits im Tun valide und fachlich zu bewerten, zu korrigieren und zu verbessern.

²⁵ Um hier den Aufbau von Doppel- bzw. Parallelstrukturen zu vermeiden, wird ämter- und dezernatsübergreifend eine Kooperation mit der Koordinierungsstelle Bildung im Amt für Kinder, Jugend und Schule der Stadt Mülheim an der Ruhr im Rahmen der Beteiligung am Förderaufruf „Bildungskommunen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 10. Januar 2022 angestrebt. Verfügbar unter:

<https://www.bundesanzeiger.de/pub/publication/yFlt0FIMUNCc42AVZrX/content/yFlt0FIMUNCc42AVZrX/BAanz%20AT%2018.01.2022%20B7.pdf?inline> – Zugriff am 06.04.2022.



Januar 2024 Stabsstelle Sozialplanung und Statistik - Stadt Mülheim an der Ruhr